Einzelpreis 15 Pfennig

Volksstimme

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Die Volksstimme erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich Albert Paul, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co. Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernsprech-Anschlüsse 6284 bis 6287 — Postzeitungsliste 2. Nachtrag Seite 110 — Bezugspreis Monatlich 2.00 Mark. Abholer 1.50 Mark. Einzelpreis 15 Pfennig, Sonntags 20 Pfennig

Anzeigenpreise: Die 10gespaltene 27 Millimeter breite Nonpareillezeile örtlich 20 Pf., auswärts 30 Pf., Familienanzeigen und Stellengesuche 12 Pf., Vereinskalender 30 Pf., die dreigespaltene 90 Millimeter breite Reklamezeile örtlich 100 Pf., auswärts 150 Pf. Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Für Platzvorschriften keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postscheckkonto Nr. 122 Magdeburg

Nr. 275. Magdeburg, Donnerstag den 25. November 1926. 37. Jahrgang.

Gegen Schund und Schmutz

Erklärung der Dichter-Akademie

Berlin, 24. November. (Eigner Drahtbericht.) Der Vorsitzende der Dichterakademie, Wilhelm von Scholz, veröffentlicht in letzter Minute einen Protest gegen das Schund- und Schmutzgesetz.

Es heißt in der Erklärung:

„Ich brauche nicht zu betonen, daß das angegebene Ziel des Gesetzes, die Jugend vor den ekelhaften Erzeugnissen widerwärtiger Schmutzliteratur zu schützen, jedes Dichters, jedes geistigen Menschen innigster Wunsch ist. Aber ein Gesetz, das mit seinem Chirurgenmesser in der Nähe des Herzens und des Gehirns der Kultur und des Geisteslebens zu schneiden beginnt, muß durch eine klare, eindeutige, alle Willkür ausschließende Fassung vor Mißbrauch geschützt sein.

Der Gesetzentwurf, der jetzt vorliegt, bietet fast in jedem Paragraphen dem Mißbrauch Hand und Möglichkeit. Ja, ich habe den Verdacht, daß bei manchen Befürwortern des Gesetzes gerade diese Möglichkeit, das Gesetz zu Parteizwecken gegen die Geistesfreiheit zu mißbrauchen, das ist, was ihre Begeisterung für den Entwurf geweckt hat. Würde dieser Entwurf jemals Gesetz, so wäre der Kunstfeindschaft an sich, die einer der grundlos bösen Triebe in der Menschheit ist, eine schlimme Waffe in die Hand gegeben."

Nach dem vom Reichstagspräsidenten getroffenen Geschäftsdispositionen wird der Gesetzentwurf gegen Schmutz und Schund in der Literatur am Freitag auf die Tagesordnung der Reichstagsitzung gestellt werden. Die Vorlage will Reichsminister Külz in längern Ausführungen vertreten. —

Auf Befehl Mussolinis ermordet

Paris, 24. November. (Eigner Drahtbericht.) Vom Garibaldi-Skandal veröffentlicht die Pariser Presse neue Einzelheiten, namentlich über die Ermordung des fascistischen Agenten, der die spanische Regierung von dem Komplott der Katalanen in Kenntnis gesetzt hatte. Dieser Agent, ein bekannter Fascist namens Mattenchi, sei nach der Erfüllung seiner eigentlichen Mission nach Paris gereist, um sich dort in die antifascistischen Kreise einzuschleichen, um zu versuchen, in die Geheimnisse der katalanischen Verschwörer einzudringen. Er wurde aber sofort in seiner Eigenschaft als Spitzel erkannt und mußte Paris verlassen. Nach Italien zurückgekehrt, soll er einen zu hohen Preis für seine Verräterdienste gefordert und Mussolini sogar mit Enthüllungen über die Tätigkeit der fascistischen Polizei in Frankreich gedroht haben. Es sei daher Befehl gegeben worden, ihn zu beseitigen. In Ravenna ist er denn auch tatsächlich von der fascistischen Tscheka ermordet worden. Mit einem Revolverschuß in der Brust und mehreren Dolchstichen wurde er sterbend ins Spital eingeliefert, wo er, ohne die Besinnung wiedererlangt zu haben, verschieden ist.

Stresemann als Verleger

Berlin, 24. November. (Eigener Drahtbericht.) Das Dunkel, in das die Affäre der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" bisher gehüllt war, lüftet sich jetzt immer mehr. Es wird erklärt, daß ursprünglich das Reichskabinett im Sommer 1925 den Ankauf der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" erwog, später aber davon Abstand genommen hat, als die preußische Regierung die Zeitung und die Druckerei kaufte. Im Februar 1926, als das Verhältnis Preußens zur „Deutschen Allgemeinen Zeitung" gelöst war, fanden neue Verhandlungen mit der Reichsregierung statt, die sich bis zum April hinzogen. Der Ankauf geschah durch das zweite Kabinett Luther und wurde dem Reichskanzler Marx, als er an die Stelle Luthers trat, einige Tage nach dem Regierungsantritt bekanntgegeben.

Der Ankauf ist, so wird versichert, vor allem deshalb getätigt worden, weil die Befürchtung geltend gemacht wurde, daß sonst das Blatt in Hände geraten würde, die es zu einem starken Oppositionsorgan ausgestaltet hätten. Die Reichsregierung hat nach der Erwerbung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" an der Zusammensetzung des Aufsichtsrates nichts geändert und nur einen Vertrauensmann in den Aufsichtsrat entsandt, so daß also die Vertrauensleute, die noch von der preußischen Regierung hineindelegiert worden waren, auch weiter darin geblieben sind.

Im ersten Stadium der Verhandlungen, also im Jahre 1925, sind die Parteiführer von der Reichsregierung über den Plan des Ankaufes, der sich damals zerschlug, in Kenntnis gesetzt worden; im zweiten Stadium, als der Ankauf wirklich erfolgte, hat Reichskanzler Dr. Luther eine Informierung der Parteien nicht für erforderlich gehalten, weil er sich auf den Standpunkt stellte, daß er für diesen Ankauf aus dem Dispositionsfonds der Reichskanzlei und des Reichsministeriums des Auswärtigen allein berechtigt sei.

Von Eingriffen in die Rechte der Redaktion hat man Abstand genommen und lediglich den Aufsichtsrat dahin instruiert, daß das Blatt im Sinne der Regierung zu führen sei. Aber auch der Aufsichtsrat hat der Redaktion vollkommen freie Hand gelassen. Eine Mitteilung an die Oeffentlichkeit, daß das Blatt in die Hände des Reiches übergegangen ist, will man absichtlich unterlassen haben, weil sonst die Gefahr bestanden hätte, daß der Abonnentenkreis sich wesentlich verringert hätte. —

Stresemann spricht

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:

Auftakt zur außenpolitischen Aussprache im Reichstag. Eine flaue Stimmung liegt über dem Hause. Die Sitzung fängt lediglich an. Der bayrische Volksparteiler Emminger ist auserkoren, eine gemeinschaftliche Erklärung der Regierungsparteien als Zustimmung zur Regierungspolitik zu verlesen. Die Erklärung enthält nur Selbstverständlichkeiten, und die Stammtischberedsamkeit des Herrn Emminger ist nicht geeignet, dieser Erklärung lebhaftere Anteilnahme zu verschaffen. Dann eine Rede des deutschnationalen Außenpolitikers Professor Hötzsch, der Opposition zu schauspielern versucht. Die Herren Helfferich Nachfolger sind nicht mehr gegen eine Verständigung mit Frankreich, aber die Friedensarbeit geht ihnen auf einmal nicht rasch genug. Man erinnert sich jedoch, daß unter deutschnationaler Regierungskunst der Weg nach Locarno Monate um Monate gedauert hat und die Deutschnationalen mißmutig sich in die Büsche schlugen, noch ehe das Ziel erreicht war. Gelächter gab es, als Herr Hötzsch so etwas wie internationale Verhandlungen auch für seine Partei in Anspruch nimmt, also etwa eine nationalistische oder gar eine deutschnationale Internationale. Und schließlich der Sehnsuchtsruf, ohne den nun kein deutschnationaler Sprecher mehr schließt: wir treiben nationale Opposition, nur, um unsre Außenpolitik möglichst bald in der Regierung fortzusetzen.

Unmittelbar danach spricht Stresemann. Der vielgewandte Redner hat keinen guten Tag. Er scheint müde oder leidend zu sein. Seine Rede ist kurz und an mehreren Stellen schriftlich formuliert. Sie ist nur gegen rechts gerichtet. Von links her — die Kommunisten ausgenommen — hat der Minister ja volle Unterstützung. Starken Eindruck macht die Bemerkung, daß er volles Vertrauen zu dem französischen Außenminister Briand hat. Das Abrücken des deutschen Außenministers von den nationalistischen Verbänden ist den Worten nach gut, wenn nur nicht immer wieder Reichsstellen diese guten Absichten zuschanden machten.

Nun spricht Geßler, auch er gegen die politisierenden Verbände der Rechten. Er betont stark, daß die Reichswehr keinerlei Verbindungen mit den Rechtsradikalen haben dürfe. Der Reichswehrminister scheint sich nach sechsjähriger Amtsdauer auf seinem Posten nicht mehr recht sicher zu fühlen, und die Aufnahme seiner Rede wird ihm wieder gezeigt haben, wieviel Vertrauen er verwirtschaftet hat.

Die Rechte bleibt mißbilligend kühl, in der Mitte war man schweigend, und von links her fand Geßlers Rede eisiges Mißtrauen. Man hört zwar seine Worte, aber man hat verlernt, zu glauben, daß ihnen Taten folgen werden. (Den Bericht über die Reichstagsverhandlungen finden unsre Leser in der Beilage.) —

*

Das „volksparteiliche Geschäft"

Reichsaußenminister Stresemann verhält sich schweigsam gegenüber den Vorwürfen, daß er aus Reichsmitteln die „Deutsche Allgemeine Zeitung" gekauft habe und damit seiner Partei ein Organ. Durch die ihm nahestehende Presse läßt Herr Stresemann die Behauptung verbreiten, der Ankauf der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" sei mit Zustimmung der Parteiführer der Regierungskoalition erfolgt. Auf die Feststellung demokratischer Zeitungen, daß die Führer der Demokratischen Partei nicht befragt worden seien, läßt er antworten: der preußische Finanzminister Höpker-Aschoff habe der Reichsregierung den Ankauf der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" angeboten, als sie seinerzeit mit der Druckerei in den Besitz Preußens übergegangen ist. Der preußische Finanzminister hatte in der Tat keine Lust, den Defizit-Betrieb der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" zu behalten. Wenn er der Reichsregierung die „Deutsche Allgemeine Zeitung" anbot, dann wahrscheinlich in Erinnerung an einen alten Plan der Luther-Stresemann, die schon einmal im Jahre 1925 die „Deutsche Allgemeine Zeitung" unter ihren Einfluß bringen wollten. Höpker-Aschoff hatte sich gewiß nicht träumen lassen, daß Stresemann und Luther die „Deutsche Allgemeine Zeitung" kaufen würden, ohne sich des Einverständnisses einer Mehrheit im Reichstag sicher zu sein und noch weniger, daß eine von der Reichsregierung zu erwerbende Zeitung einer einzelnen Partei zum Kampfe gegen die preußische Regierung zur Verfügung gestellt würde.

Ueber den Gedanken einer reichsoffiziösen Zeitung läßt sich reden. Der Protest gegen Stresemanns Verlegerkünste richtet sich gegen die heimliche Verwendung von Reichsmitteln zur Erhaltung einer seiner Parteizeitungen. Sittlich sind für den Außenminister des Reiches Praktiken nicht gestattet, die der Syndikus eines Unternehmerverbandes zu üben gewohnt ist.

Die „Germania" hat recht, wenn sie fordert, daß das „volksparteiliche Geschäft" rückgängig gemacht werden muß; eine Forderung, der sich nicht nur die sozialdemokratischen und demokratischen, sondern auch einzelne Organe der Rechtsparteien anschließen. —

*

Geßler erklärt

Der ewig lächelnde Reichswehrminister Geßler ist vom Glück verlassen: sechs Jahre lang verstand er es, sich mit „Erklärungen" durch alle Schwierigkeiten zu schwindeln. Sonst währte es Wochen und Monate, bis die Oeffentlichkeit bemerkte, daß zwischen den Erklärungen des Reichswehrministers und der Wirklichkeit bedeutsame Differenzen bestanden. Seit kurzem werden die Differenzen fast über Nacht offensichtlich.

Gestern erklärte Geßler im Reichstag, der Inhalt der Denkschrift des Jungdeutschen Ordens sei seinerzeit vom Reichswehrministerium dem preußischen Innenminister zur Kenntnis gebracht worden. Heute wird festgestellt, daß der damalige preußische Innenminister von

Der Kampf um das Oel

TU. Neuyork, 24. November. Das Staatsdepartement veröffentlicht jetzt den Notenaustausch mit der mexikanischen Regierung, aus dem hervorgeht, daß Kelloggs letzte Note vom 30. Oktober faktisch einem Ultimatum gleichkommt.

Kellogg erklärte u. a., Amerika erwarte, daß Mexiko die verbrieften Rechte der amerikanischen Staatsbürger anerkennen und nichts zu deren Beeinträchtigung tun werde. Die amerikanische Regierung steht auf dem Standpunkt, daß Mexiko weder die amerikanischen Staatsbürger zwingen könne, rechtmäßig erworbene Besitztitel auf Oelland gegen 31jährige Konzessionen einzutauschen, noch die amerikanischen Gesellschaften in Mexiko zu veranlassen, die Aktienmehrheit innerhalb von 10 Jahren an Mexikaner zu verkaufen.

Demgegenüber erklärte der mexikanische Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Saenz, in einer Note, daß die Nationalisierung des Petroleums unbedingt durchgeführt werden müsse, und die Amerikaner keine exterritorialen Rechte beanspruchen dürften. —

Briand über den Anschluß Oesterreichs

Wb. Paris, 24. November. „Journal" weiß zu berichten, daß der Minister des Aeußern, Briand, gestern nach der Sitzung des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten, über die Frage des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland befragt, erklärt habe, die vereinigten Staaten von Europa seien die beste Bürgschaft gegen den Anschluß. —

Krassin gestorben

Wb. London, 24. November. Der Geschäftsträger der Sowjetunion in London, Krassin, ist gestorben.

Krassin ist 1870 geboren, also nur 56 Jahre alt geworden. Vor dem Umsturz schon war er eind der bedeutendsten Mitglieder der russischen Kommunistischen Partei. Durch seinen Tod ist die Zahl der noch lebenden Mitglieder des vorrevolutionären Zentralkomitees dieser Partei noch kleiner geworden. Krassin war Ingenieur, war unmittelbar nach der Revolution Vorsitzender der Außerordentlichen Kommission für die Ausrüstung der Roten Armee und Volkskommissar für den Außenhandel. 1920 vertrat er Sowjetrußland in London. 1924 machte man ihn zum Botschafter in Paris. Vor kurzem wurde er von Paris als Geschäftsträger nach London, dem schwierigsten Platze der russischen Diplomatie, gesandt. —

der Denkschrift zwar gehört hat, daß aber die Bemühungen, sie vom Reichswehrministerium zu erlangen, stets ohne Erfolg geblieben sind.

Um so besser unterrichtet über diese Denkschrift zeigten sich der Wikingführer Herr von Sodenstern und seine Freunde im Lande. Sie benutzten ihre Kenntnis — die sie nur aus Reichswehrkreisen erhalten haben können — zu einer Information des Jungdeutschen Ordens.

Der Jungdo-Führer Mahraun veröffentlicht den Briefwechsel zwischen ihm und dem Reichswehrministerium, der wegen der Denkschrift gepflogen worden war. Dadurch gerät die im Reichstag abgegebene Erklärung des Reichswehrministers, die Angaben der Denkschrift Mahrauns bezögen sich nur auf den Streit der sogenannten Vaterländischen Verbände untereinander, in ein seltsames Licht. In einem ersten Briefe Mahrauns vom 18. März 1926, der der sogenannten „Denkschrift" vorangeht, finden sich in der Veröffentlichung verschiedene markierte Stellen. In ihnen ist im Original, wie wir zu wissen glauben, von „getarnten (von Tarnkappe. Red.) Reichswehrorganisationen" die Rede. Herr Geßler konnte also über den Inhalt und die Richtigkeit der mitgeteilten Tatsachen nicht im Zweifel sein. Geßler bestätigt den Eingang der Denkschrift und bemerkt, sie sei ein neuer Beweis für die Notwendigkeit, „jedes Zusammenarbeiten der Reichswehr mit Verbänden aller Art aufs schärfste zu bekämpfen". Auf die Mahraunschen Beschwerden über indiskrete Behandlung seiner Denkschrift läßt Geßler in einem Ton antworten, der vermuten läßt, daß im Reichswehrministerium Unbehagen über die Denkschrift herrschte.

Herr Geßler wird sich die Leute in seinem Ministerium sehr genau ansehen müssen, die seinerzeit die Denkschrift bearbeitet haben; vielleicht findet er, daß er auch in dieser Angelegenheit hintergangen worden ist, wie seinerzeit mit dem [illegible].

*

Reichswehr und Unternehmer

Die Vereinigung der Breslauer Unternehmerverbände hat am Dienstag zu den Mitteilungen eines Industriellen an das „Berliner Tageblatt" über die privaten Finanzierungs-Besprechungen zwischen Reichswehr und Unternehmern in Breslau eine öffentliche Erklärung erlassen, die [illegible] der Reichswehr entlasten will.

Die Vereinigung erklärt, daß die Aussprache zwischen Arbeitgebern und Vertretern des Berliner Wehrkreiskommandos sowie der Breslauer Kavallerie-Division auf ihre — der Vereinigung — Veranlassung zustande gekommen sei. Dabei wird angedeutet, daß eine derartige förmliche Besprechung dadurch erwünscht wurde, daß schon vorher inoffiziell zwischen einzelnen angeblich Beauftragten der Reichswehr und Arbeitgebern wegen solcher Finanzierungen Stellung genommen war. Die Unternehmervereinigung hätte, so wird weiter ausgeführt, eine Garantie für den politisch einwandfreien und [illegible] neutralen Charakter der Reichswehreinrichtungen darin gesehen, daß die zuständigen Zivilbehörden diese Dinge kannten und billigten.

Es wird nicht angegeben, welche Zivilbehörden damit gemeint sind. Daß das preußische Innenministerium eine private Finanzierung der Reichswehr niemals gebilligt hat, wird [illegible] nicht bedauert.

Es wäre interessant, zu erfahren, ob irgendwelche [illegible] Äußerungen der inneren Verwaltung tatsächlich in der [illegible] gegen derartige illegale Reichswehrmachenschaften [illegible] als das Innenministerium. Etwas anderes bleibt nach der Veröffentlichung der Unternehmerverbände kaum anzunehmen übrig, wenn man nicht glauben will, daß in dieser Erklärung absichtlich bestimmte Dinge mit [illegible] vermischt worden sind. —

Rußland und England

Die Presse aller Länder zerbricht sich seit fast zwei Wochen den Kopf darüber, was die Zusammenkunft Tschitscherins mit dem türkischen Außenminister in Odessa unter Teilnahme eines Vertreters Persiens eigentlich zu bedeuten hat. Die Kommentare schwanken zwischen der Auslegung, daß es sich hier um eine Etappe eines Blockes asiatischer Staaten unter russischer Führung handle, um ein Locarno des Ostens, und der Vermutung, daß in Wirklichkeit hier nur einige wirtschaftliche Fragen geregelt worden seien.

Authentisches ist nicht bekannt, und die offiziösen Kommentare sind wenig aufschlußreich. Man wird aber zu einigermaßen richtigen Schlüssen kommen, wenn man diese Zusammenkunft in die gesamte russische Außenpolitik hineinstellt und in deren Rahmen betrachtet. Dann unterliegt es zunächst keinem Zweifel, daß diese Zusammenkunft eine Demonstration gegen Westeuropa bedeutet, so wie seinerzeit der auffällige Besuch Tschitscherins in Warschau eine Demonstration war, die sagen sollte: Auch wenn ihr euch in Locarno und Genf zusammenschließt und uns immer mehr zu isolieren sucht (denn diesen Verdacht hegt das mißtrauische Moskau stets), so können wir euch doch zeigen, daß wir deshalb noch nicht isoliert sind, daß wir vielmehr auch Bündnismöglichkeiten haben, die euch, d. h. vor allem England, sehr unangenehm werden können.

Ueberhaupt hat ja jede Außenpolitik Rußlands, die nach der teilweisen Verdrängung Rußlands aus Europa ganz von selbst wieder eine größere Rolle spielt, unvermeidlich eine Spitze gegen England. In der Türkei, in Persien, in Afghanistan, in China — überall stößt eine russische Asienpolitik ganz von selbst auf die alten Reibungsflächen mit England, die erst Sasonow bewußt vorübergehend ausgeschaltet hat, um das englisch-russische Zusammengehen gegen die Zentralmächte zu ermöglichen. Es ist nicht wahrscheinlich, daß in Odessa große Pläne mit konkreten Zielen im Sinne einer antienglischen russischen Außenpolitik geschmiedet worden sind. Aber die Bedeutung dieser Zusammenkunft im Sinne einer Stärkung der russischen antienglischen Position in Asien kann kaum bestritten werden.

Auf der andern Seite sind die Deutungen durchaus wahrscheinlich, daß auch die Türkei bei dieser Konferenz demonstrieren wollte. Die Türkei ist nicht Mitglied des Völkerbundes, und die Frage ihres Beitritts ist aktuell. Gleichgültig, ob, wie die Presse meldete, Deutschland hierbei zu vermitteln versucht oder nicht. Auch für die Türkei ist es in dieser Lage eine Stärkung ihrer diplomatischen Position, wenn sie zeigen kann, daß sie auch andre, mächtige Freunde hat und auf den Völkerbund nicht angewiesen ist. Damit ist ja auch noch keineswegs gesagt, daß sie den Beitritt zum Völkerbund ablehnt, was die Russen natürlich gern möchten, aber sie kann vielleicht unter der scheinbaren Drohung, sich Rußland wieder mehr zu nähern, irgendeinen Vorteil herausschlagen; denn in derart gefährlichen Formen spielen sich ja auch politische Geschäfte ab.

Nimmt man an, daß sowohl auf seiten Rußlands wie auf seiten der Türkei mit der auffälligen Zusammenkunft in Odessa der Zweck verknüpft war, in der dargestellten Weise einen moralischen Eindruck zu machen, gewisse „Imponderabilien" zu erzeugen, dann kann man sich leicht mit dem Faktum abfinden, daß der materielle Gehalt der Odessaer Verhandlungen und ihr positives Ergebnis wirtschaftliche Abmachungen gewesen sind, die an sich in weit weniger demonstrativer Form erledigt werden konnten. Aber verkleinern soll man die ideelle Bedeutung dieser Zusammenkunft nicht. Das große asiatische Problem, das allerdings uns mittelbar kann, wohl aber England in der empfindlichsten Weise berührt, steht hinter diesen Besprechungen der Vertreter zweier Mächte, die Jahrhunderte die erbittertsten Feinde gewesen sind. —

Briand über seine Politik

Vor der Kammerkommission für Auswärtige Angelegenheiten hat Briand am Dienstag nachmittag ein längeres Exposé über die Probleme der auswärtigen Politik abgegeben. Er begann mit einer Darlegung über den Stand der Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich. Von seiner Besprechung mit Stresemann in Thoiry ausgehend, entwickelte er die Verhandlungen, wie sie in den letzten Wochen fortgeschritten sind. Beide Regierungen, so führte er aus, seien bemüht, durch Abmachungen wirtschaftlicher, handelspolitischer und politischer Art die Atmosphäre der Entspannung, die in den letzten Monaten glücklicherweise zwischen den beiden Ländern Platz gegriffen habe, zu erweitern.

Dann ging Briand zu dem Verhältnis zwischen Frankreich und Italien über. Er betonte, Frankreich habe stets in seiner Geschichte und ganz besonders bei den letzten durch den Fascismus hervorgerufenen Zwischenfällen, einen Geist des Entgegenkommens und der freundschaftlichen Sympathie Italien gegenüber an den Tag gelegt. Die französische Regierung werde sich bemühen, in diesem Geiste die noch nicht geregelten Zwischenfälle beizulegen.

Nach der Sitzung der Auswärtigen Kommission erklärte Briand in den Wandelgängen der Kammer den Journalisten: Ich habe mich im Laufe meiner Darlegungen bemüht, nachzuweisen, daß ich fest entschlossen bin, die Politik der Versöhnung und des Friedens fortzusetzen, die ich in den letzten Monaten begonnen habe. Ich habe die Ergebnisse auseinandergesetzt, die sich bereits aus dieser Politik entwickelt haben und die eine Atmosphäre der Entspannung in unsern Beziehungen zu Deutschland geschaffen haben, wie wir gegenwärtig feststellen können. —

Versuchsballon Mussolinis?

Aus Paris wird uns gemeldet:

An zuständiger Stelle äußert man sich in keiner Form über die Nachricht, daß eine Besprechung zwischen Briand und Mussolini nach der Genfer Tagung des Völkerbundsrates in Aussicht genommen sei. Die Blätter weisen darauf hin, daß eine solche Zusammenkunft außerordentlich unwahrscheinlich sei.

Das „Journal des Débats" meint, eine solche Aussprache im gegenwärtigen Augenblick würde keinerlei nützliche Ergebnisse zeitigen, da die jüngsten Zwischenfälle noch nicht beigelegt seien. Anderseits habe Italien gegenwärtig eifrige Besprechungen mit Deutschland eingeleitet. „Auf alle Fälle," schreibt das Blatt, „liegt es auf der Hand, daß es nicht an der französischen Regierung ist, im gegenwärtigen Zeitpunkt irgendeine Initiative der italienischen Regierung gegenüber zu ergreifen."

Die Meldung von einer Zusammenkunft zwischen Briand und Mussolini wird hier als ein von Rom lancierter Versuchsballon angesehen. —

Parlament oder Kinderstube?

Aus den verschiedensten Vorgängen der letzten Zeit läßt sich erkennen, daß die gegenwärtige polnische Regierung systematisch versucht, die Bedeutung des Sejm und seiner Arbeiten zu verkleinern und ihn nach Möglichkeit überhaupt auszuschalten.

So hat der polnische Ministerrat vor einigen Tagen beschlossen, zu den Sitzungen der einzelnen Sejmkommissionen, mit Ausnahme der Budgetkommission, entgegen der bisherigen Gepflogenheit keine Regierungsvertreter mehr zu entsenden, da die Regierung auf dem Standpunkt steht, daß die gegenwärtige Sejmsession lediglich zur Besprechung des Budgets eröffnet wurde und sich daher mit keinen andern Fragen zu beschäftigen hat. In polnischen parlamentarischen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß ein derartiger Beschluß der Regierung die selbständige gesetzgebende Initiative des Sejm, die ihm auf Grund des Art. 10 der Konstitution zusteht, in erheblichem Maße beschneidet.

Daneben hat die Regierung an die Marschälle des Sejm und Senats ein Schreiben gerichtet, in dem sie verlangt, daß sämtliche Anträge der Abgeordneten, die in den frühern Sitzungen eingebracht worden sind, ihrer Gültigkeit verlustig erklärt und nicht beantwortet werden sollen. Diese beiden Maßnahmen haben, abgesehen von ihrer konstitutionsrechtlichen Fraglichkeit, unter den Abgeordneten große Erregung hervorgerufen und bilden den Gegenstand eifriger Kommentare, die einen scharfen Ton gegenüber der Regierung anschlagen. —

In letzter Stunde

Bei dem griechisch-bulgarischen Grenzzwischenfall hing es seinerzeit von knappen zwei Stunden ab, daß die Anordnungen des Völkerbundsrates das griechisch-mazedonische Armeekommando noch erreichten, bevor mit einem Angriff auf die Stadt Petritsch begonnen wurde. Ein solcher Angriff hätte einen Krieg zwischen beiden Ländern vielleicht nicht mehr vermeiden lassen. Diese Erfahrung hat den Völkerbundsrat veranlaßt, den ständigen Verkehrsausschuß mit der Prüfung aller Möglichkeiten zu beauftragen, welche die Nachrichtenübermittlung im Dienste des Völkerbundes im Falle einer Kriegsgefahr zu sichern geeignet sind.

Zentraltheater

Wieder eine Premiere im Zentraltheater von [illegible] Sorte. Wieder eine [illegible], exakte und flotte Aufführung, von [illegible] Regiment und der Zweckdienlichkeit [illegible] getragen, von [illegible] musikalischem Schwung geführt. Es wurde also wieder ein Erfolg mit Blumen, Vorhängen und [illegible] Beifall.

Unter uns gesagt: dieses Stück — „Die tolle Komteß" — ist [illegible]. Es ist weder Operette, noch Posse, weder ein Singspiel, noch ein Schwank mit Musik. Es ist ein [illegible]. Das Buch ist von Rudolf Bernauer und Rudolph Schanzer. Die beiden Librettisten unterscheiden sich nur dadurch, daß der eine seinen Vornamen mit f, der andre mit ph schreibt; ansonsten sind sie gleich [illegible] und [illegible]. Von einer Handlung kann man kaum reden, nicht einmal von Geschehnissen [illegible] auf der Bühne. Das Stück [illegible] von [illegible] Figuren, von [illegible] Situationen, so daß es eher wie ein [illegible] als wie eine Operette wirkt. Die Musik von Walter Kollo kommt aber gut [illegible]. Sie ist im Grunde genau so [illegible] wie die Handlung. Kurz, es ist [illegible].

[illegible] nicht als „tolle Komteß" einen [illegible] auf der Bühne [illegible], [illegible] — wenn also die Hauptrollen nicht so gut besetzt gewesen wären, dann hätte den Bühnen [illegible] (sehr [illegible]). Ihre [illegible] auch gut, wie immer, [illegible] und der übrigen Mitglieder des Ensembles [illegible].

Das gute — [illegible] — Aufführung [illegible] der [illegible] „tollen Komteß" [illegible]. Und [illegible] für das Zentraltheater, [illegible] einmal an seine [illegible] Braut schlagen sollte und entweder eine gute alte, oder eine wirklich moderne Operette herausbringen dürfte, damit [illegible] nicht [illegible] wird. Aber halt, — da sehen wir auf der nächsten Seite des Programms die Ankündigung: Ab Donnerstag den 9. Dezember „Ein Walzertraum" von Oskar Straus. Das [illegible] schon besser und wird die [illegible] der gründlichen Erinnerung [illegible], — wenn man dieses [illegible] Stück — [illegible] läßt.

Eck.

Gerhart-Hauptmann-Uraufführung

„Dorothea Angermann", Schauspiel in 5 Akten, ist ein Versuch Gerhart Hauptmanns, die Tradition seiner besten naturalistischen Dramen fortzusetzen. (Der Kern des Dramas: eine Episode aus dem „Roman".) Aber der Versuch ist nur zum Teil gelungen. Das Schicksal der [illegible], streng [illegible] Pastorstochter — die sich einem Koch hingibt, und mit ihm, einem [illegible], auf Befehl des Vaters nach Amerika reist, wo sie schlimme Dinge [illegible] erleidet —, diese spannende Handlung [illegible], weil die Handlungen [illegible], um das Thema [illegible] zu [illegible], ohne [illegible] zu sein. [illegible] Menschen [illegible], der selbst in den [illegible] Jahren nicht [illegible]. Am schwächsten der dritte Akt: ein deutsches Weihnachtsmärchen in Amerika. Verwunderlich, wie der alternde Hauptmann neben echten starken Szenen welche haben darf, in denen billige, falsche Wirkungen [illegible] und z. B. Vorstellung [illegible], was schlechte Konzeption des Dramatikers bedeutet. Ein ungleiches, schwankendes Stück, mit [illegible] zwischen Tiefe und [illegible], zwischen [illegible] und [illegible]. Auf solche Weise wurde das fruchtbare Thema vom [illegible] Bürgerlichkeit mit [illegible] zum [illegible], [illegible] Szene, wenn Dorothea erkennt, daß sie nicht mehr auf [illegible]. Das [illegible] Schönste ist im Schlußakt enthalten: das Gespräch zweier [illegible], die [illegible] Gleichmut fanden, das Wiedersehen Dorotheas mit ihrem Vater, ihr schlichter Tod.

Bei der Uraufführung am Leipziger Schauspielhaus war der Erfolg am stärksten nach dem zweiten Akte, Widerspruch regte sich nach dem vierten, der Beifall nach dem letzten galt vor allem einer wirkungsvollen Darstellung. (Am selben Abend fanden Aufführungen in Wien, München, Hamburg und Braunschweig statt.)

Heinrich Wiegand.

Das Ende des Heyer-Museums. Das von Wilhelm Heyer in Köln im Jahre 1906 begründete berühmte Musik-Museum mußte auf Veranlassung der Erben aufgelöst werden. Da die Stadt Köln den Ankauf ablehnte, der sächsische Staat aber nur die Instrumentensammlung erwarb, werden die Musiker-Handschriften der Sammlung am 6. und 7. Dezember durch die Berliner Firmen K. E. Henrici und Leo Liepmannssohn, Antiquariat im Hause Henrici, versteigert werden. Der Katalog nennt Musikmanuskripte und Briefe von Bach, Beethoven, Schubert, Schumann, Gluck, Wagner, Paganini und allen andern Größen der musikalischen Welt. —

Der Erfinder der Heliogravüre gestorben. Im Alter von 85 Jahren ist in Wien der Graphiker Karl Klič gestorben, der sich als humoristischer Zeichner und Karikaturist, besonders aber durch die Erfindung der Heliogravüre, einen Namen gemacht hat. Klič, ein geborener mährischer Tscheche, gab zuerst in seiner Heimat ein tschechisches Witzblatt heraus, war dann in Budapest und Wien als Illustrator humoristischer Blätter tätig und beschäftigte sich gleichzeitig mit Photographie. In Anwendung dieser Kunst auf die Graphik wurde er der Erfinder der Heliogravüre. Diese Erfindung suchte er später als Leiter einer graphischen Anstalt in England zu verwerten, wo er auch als Mr. Klic mit [illegible] großen Erfolg hatte. Als wohlhabender Mann kehrte er von England nach Wien zurück, wo er bis in die letzte Zeit an der Verbesserung seiner Erfindung arbeitete. —

Von Freitag bis Montag tagte zu diesem Zweck in Genf ein Ausschuß von sechs höhern Beamten der deutschen, österreichischen, italienischen und englischen Telegraphenverwaltung sowie des Internationalen Telegraphenamtes in Bern. Die von ihm ausgearbeiteten Vorschläge gehen dahin:

1. In Fällen von Kriegsgefahr sollen Meldungen an das Völkerbundssekretariat und von diesem an die Regierungen mit einer besondern Bezeichnung versehen werden, die ihnen die schnellste Beförderung zusichert; 2. es soll ein Linienverzeichnis der raschesten Telegraphen-, Telephon- und drahtlosen Verbindungen aufgestellt werden, damit die gleiche Meldung auf verschiedenen Wegen abgesandt werden kann, um dadurch ihre Ankunft möglichst zu sichern; 3. in besondern Fällen sollen eigne direkte Verbindungen hergestellt werden. —

Staatsanwalt gegen Ueberstunden

Im Zusammenhang mit dem an die Sozialministerien der Länder gegangenen Erlaß des Reichsarbeitsministeriums zur Einschränkung der Ueberstundenarbeit hat der Reichsarbeitsminister auch ein Schreiben an den Reichsjustizminister über die strafrechtliche Sicherung der Durchführung des gesetzlichen Arbeitszeitschutzes gerichtet. Der § 11 Abs. 3 der Verordnung über die Arbeitszeit bestimmt, daß der Arbeitgeber bei Duldung oder Annahme freiwilliger Mehrarbet, soweit es sich um männliche Arbeitnehmer über 16 Jahre handelt, nicht strafbar ist, wenn die Mehrarbeit durch besondere Umstände veranlaßt und keine dauernde ist, und wenn sie weder durch Ausbeuten der Notlage oder der Unerfahrenheit des Arbeitnehmers von dem Arbeitgeber erwirkt wird, noch auch offensichtlich eine gesundheitliche Gefährdung mit sich bringt. Diese Vorschrift gibt dem freien Ermessen einen zu großen Spielraum. Sie ist in den Entwurf des Arbeitsschutzgesetzes nicht aufgenommen. Auch der von den Gewerkschaften verfaßte Entwurf zum Notgesetz fordert den Wegfall der Vorschrift.

Die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt lassen es nach Auffassung des Reichsarbeitsministers als notwendig erscheinen, ganz allgemein die Staatsanwaltschaften darauf hinzuweisen, daß sie bei der Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen die Schutzvorschriften über die Arbeitszeit mit aller Strenge vorgehen. Der Reichsarbeitsminister verlangt daher vom Reichsjustizminister, dafür zu sorgen, daß die Justizministerien der Länder entsprechende Anweisungen an die Staatsanwaltschaft geben.

Duldung freiwilliger Mehrarbeit? Was heißt das? Das heißt so viel, wie Duldung freiwilliger Hergabe des Geldbeutels, wenn einem die Pistole auf die Brust gesetzt wird. Der Schrei nach dem Staatsanwalt ist der beste Beweis für die Notwendigkeit des von den Gewerkschaften geforderten Notgesetzes zur Beseitigung des Ueberstundenunfugs. —

Arbeitsgerichtsgesetz

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstags trat Dienstag in die zweite Lesung des Arbeitgerichtsgesetzes ein. Ministerialdirektor Sitzler vom Reichsarbeitsministerium trug eine Reihe von Bedenken vor, die die Regierung gegen die Beschlüsse erster Lesung geltend macht. Sie wendet sich gegen die Einbeziehung der Erfinderstreitigkeiten in die Arbeitsgerichte und gegen die Ausdehnung des Personenkreises auf gesetzliche Vertreter von juristischen Personen (Direktoren usw.). Die vom Ausschuß vorgenommene Ermäßigung der Gebühren geht der Regierung auch zu weit. Ebenso lehnt sie es ab, daß die Arbeitsgerichte mit je zwei Beisitzern besetzt werden, statt je einem nach der Regierungsvorlage. Auch der vom Ausschuß beschlossene Schutz der Arbeitnehmerbeisitzer gegen Maßregelungen wird von der Regierung abgelehnt. Sie wendet sich aber anderseits ebenso gegen die Aufrechterhaltung der Innungsschiedsgerichte.

Der Vertreter des Justizministeriums bekämpfte leidenschaftlich den Beschluß, wonach die Erfinderstreitigkeiten unter die Zuständigkeit der Arbeitsgerichte fallen. Nach seiner Auffassung hätten die ordentlichen Gerichte für diese technischen Dinge eine größere Sachkunde.

Abg. Aufhäuser (Soz.) erklärte für die sozialdemokratische Fraktion, daß für seine Fraktion nach den hier geplanten wesentlichen Verschlechterungen der Beschlüsse erster Lesung eine neue Situation geschaffen sei, zu der sie erst Stellung nehmen müsse. Er ließ in seinen weiteren Ausführungen aber keinen Zweifel, daß die Sozialdemokratie nach wie vor bezüglich der Einbeziehung der Erfinderstreitigkeiten, der Besetzung mit je zwei Beisitzern und des Schutzes gegen Maßregelungen ihren bisherigen Standpunkt aufrechterhalten werde. Die Verhandlungen werden am Donnerstag fortgesetzt. —

Abbau des Wohnungsschutzes

Der Wohnungsausschuß des Preußischen Landtags beschäftigte sich am Dienstag mit der Verordnung des Wohlfahrtsministers über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft für große Wohnungen und gewerbliche Räume ohne Wohnung.

Ministerialdirektor Conze erklärte, die Verordnung sei im vollen Einverständnis mit dem Handelsminister Schreiber, der auch die Handelskammern vorher befragt habe, erlassen worden. Er wies darauf hin, daß der Wohlfahrtsminister ausdrücklich zugesichert habe, die Verordnung jederzeit zu widerrufen, wenn sich ungünstige Wirkungen herausstellen sollten.

Abg. Lüdemann (Soz.) und Abg. Kilian (Komm.) mißbilligten den Erlaß des Ministers und verlangten seine Zurückziehung. Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftliche Vereinigung und Zentrum traten für die Verordnung ein. Die Abänderungsanträge der Demokraten und der Antrag der Kommunisten auf Zurückziehung wurden abgelehnt. In den nächsten Tagen wird sich der Wohnungsausschuß mit dem Wohnungsbauprogramm für 1927 beschäftigen. —

Neue badische Regierung

Der Badische Landtag wählte am Dienstag nachmittag nach dem erfolgreichen Abschluß langwieriger Verhandlungen über die Neubildung der Weimarer Koalition mit 49 von 72 Stimmen den zum Zentrum gehörigen Innenminister Köhler abermals zum Staatspräsidenten und den Innenminister Remmele (Soz.) zum stellvertretenden Staatspräsidenten. Auf Vorschlag der demokratischen Fraktion wurde der Ministerialdirektor im Innenministerium Otto Leers mit 46 Stimmen zum Unterrichtsminister gewählt.

Die Verhandlungen über die Erweiterung der nach den letzten badischen Landtagswahlen im Jahre 1925 aus Zentrum und Sozialdemokraten gebildeten Regierung waren äußerst langwierig und schwierig. Beide Koalitionsparteien wünschten den bisherigen Zustand zu beheben und waren übereinstimmend zu entsprechenden Verhandlungen entschlossen, ohne aber über das Ziel der Erweiterung einig zu sein. Es wurde zunächst mit den Demokraten verhandelt, die auf eine Bildung der Großen Koalition bestanden. An den weitern Verhandlungen wurde dann auch die Volkspartei beteiligt. Auch diese Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis, weil die Demokraten ebenso wie die Deutsche Volkspartei je einen Ministersitz verlangten, obwohl von den vier Ministerien nur eins noch zu besetzen war. Man versuchte anfänglich, die Schwierigkeiten durch die Schaffung unbesoldeter Staatsratsämter zu überwinden. Die Demokraten verhielten sich aber auch gegenüber der Schaffung einer zweiten Staatsratsstelle ablehnend, so daß schließlich nur noch mit der Volkspartei als der zahlenmäßig stärkern Parlamentsgruppe verhandelt wurde. Die sozialdemokratischen Parteiinstanzen waren nicht abgeneigt, eine Regierung unter Beteiligung des Zentrums und der Volkspartei zu unterstützen. Das erübrigte sich insofern, als schließlich auch die Verhandlungen mit der Volkspartei an der vom Zentrum und der Sozialdemokratie geforderten zahlenmäßigen Zusammensetzung des neuen Kabinetts scheiterten. Infolgedessen wurden am Dienstag vormittag kurz vor dem Zusammentritt des Landtags neue Besprechungen mit den Demokraten zur Bildung der Weimarer Koalition erforderlich. Man einigte sich hierbei dahin, daß das bisher von dem sozialdemokratischen Innenminister gleichzeitig verwaltete Unterrichtsministerium unter bestimmten Voraussetzungen der Demokratischen Partei überlassen werden sollte. Im übrigen bleiben die bisherigen Minister im Amte.

Die sozialdemokratische Fraktion des Badischen Landtags hat zu Beginn der Tagung zwei Anträge eingebracht. In dem einen wird die Regierung ersucht, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Grenze zum Bezug von Invalidenrente und des Ruhegehalts bei der Angestelltenversicherung auf das 60. Lebensjahr herabgesetzt wird. Im zweiten Antrag wird um Bewilligung eines Betrags von 500 000 Mark als einmaliger Unterstützungszuschuß an die Klein-, Sozial- und Kriegsrentner ersucht. Schließlich wird die Regierung aufgefordert, dem Landtag eine Vorlage wegen Gewährung einer einmaligen Winterbeihilfe an die langfristigen und bedürftigsten Erwerbslosen vorzulegen, die noch vor Weihnachten zur Auszahlung gelangen soll. —

Bayerns Luxusregierung

Am Dienstag begann im Bayrischen Landtag die politische und wirtschaftliche Aussprache, in deren Mittelpunkt der Finanzausgleich und die angebliche Gefährdung der bayrischen Eigenstaatlichkeit steht. Im Verlauf der Aussprache will Ministerpräsident Held neuerdings Erklärungen über die weiteren Schritte Bayerns in dieser Frage abgeben.

Der Redner der Bayrischen Volkspartei bezeichnete es als „schmachvoll und unwürdig", daß der bayrische Ministerpräsident bei den Reichstagsparteien in Berlin betteln gehen müsse. Die Steuersenkungen des Reichsfinanzministers während des laufenden Haushaltsjahres hätten den Haushalt der Länder ins Wanken gebracht und seien ein Verfahren wider Treu und Glauben. Preußen sei der alleinige Nutznießer des Berliner Zentralisierungssystems. Wenn es nicht anders werde, werde das Land Bayern versuchen, sich finanziell auf die eignen Beine zu stellen. (Dann wird aber das bayrische Volk jubeln, wenn es Gelegenheit bekommt, seiner „Eigenstaatlichkeit" durch Extrasteuern sich bewußt zu werden.)

Der Redner der Sozialdemokratie, Abg. Dirr, hielt den bayrischen Regierungsföderalisten einen Spiegel ihrer staatspolitischen Leistungen vor. Die bayrische Regierung verlange vom Reich die Einkommensteuer zurück. Da die Lohnempfänger den Löwenanteil gerade dieser Steuer aufbringen, müßten die Aermsten des bayrischen Volkes die Kosten bezahlen für die eigenstaatliche Luxusverwaltung Bayerns mit ihren acht Ministerien, acht Kreisregierungen, Gesandten und Konsulaten und ihren 32 Millionen Jahresausgaben für kirchliche Zwecke. Die Sozialdemokratie danke für einen Föderalismus, der dem Reiche gegenüber fortgesetzt die bayrische Stammeseigenart hervorhebt, gleichzeitig aber der fränkischen und schwäbischen Stammeseigenart gegenüber keinerlei Rücksicht kennt. Dieses Bayern hätten die französischen Chauvinisten als Aktivposten in ihre Rechnung eingesetzt. Ueber die Loslösung Bayerns vom Reich habe Dr. Heim nicht nur geschrieben, sondern auch mit dem Abgesandten des Marschalls Foch verhandelt. Nicht durch die Weimarer Verfassung und nicht durch den Unitarismus sei Bayern um sein Ansehen gekommen, sondern dadurch, daß es glaubte, mit Hilfe bewaffneter Freischaren von Bayern aus die Dinge im Sinne der Wiederaufrichtung der Monarchie gestalten zu können. —

Neuer Spartakusspuk

Am Sonntag hielt der neugegründete Spartakusbund, die neue Vereinigung der ausgeschlossenen Kommunisten, mit der Allgemeinen Arbeiter-Union in Göttingen seine erste Reichskonferenz ab. Den Vorsitz auf der Tagung, die von 30 Ortsgruppen beschickt war, hatte Merges (Braunschweig).

Iwan Katz hielt ein Referat über die Zwecke des Bundes: Organisation des Proletariats zum Sturze des kapitalistischen Systems durch Errichtung der Rätediktatur. Die Kommunistische Partei sei nicht besser als die Sozialdemokraten. Sowjetrußland sei ein kapitalistischer Neppstaat geworden in dem die Lage der Arbeiterklasse immer schlechter werde. Die Kommunistische Partei Deutschlands könne man nur noch als eine russische Fremdenlegion betrachten.

Pfemfert sprach über die Stellung des Bundes zu Rußland und den internationalen Arbeiterorganisationen. Sein Referat war ein einziges Geschimpfe über die Partei- und Gewerkschaftsführer.

Der tiefere Sinn dieser revolutionären Hanswurstiere ist Blödsinn. Womit nicht etwa gesagt sein soll, daß das Treiben der Zentral-Kommunisten höher zu werten wäre. —

Notizen

Bürgerblockschmerzen. Auch nachdem die Verhandlungen in Thüringen zwischen Wirtschaftspartei und den andern bürgerlichen Parteien wegen einer Einheitsliste zu keinem positiven Ergebnis geführt haben, sind in den letzten Tagen die Bestrebungen gescheitert, den sogenannten „Kleinen Bürgerblock" zwischen Deutschnationalen, Deutscher Volkspartei und Zentrum für die Thüringer Wahlen zustande zu bringen. Die Deutsche Volkspartei veröffentlichte eine Absage an die Deutschnationalen. Dieser Brief ist aber darum nicht von politischer Bedeutung, weil die bürgerlichen Parteien noch immer erhoffen, daß der Staatsgerichtshof von Thüringen, der deswegen angerufen worden ist, die Listenverbindung zwischen einzelnen Parteien als mit der thüringischen Verfassung für zulässig erklären wird. Die Sozialdemokratie hat gegen diese Auffassung der Verfassung Einspruch erhoben. —

Vom englischen Bergarbeiterkampf. Eine halbamtliche Meldung besagt, daß die englische Regierung nunmehr den Gedanken der gesetzlichen Errichtung eines „Berufsschiedsgerichtshofes" für den Bergbau endgültig aufgegeben habe. Die Verhandlungen für Distriktstarifverträge haben am Dienstag in Schottland, Cumberland, Südwales, Durham und Lancashire begonnen. —

Béranger lehnt ab. Der französische Außenminister wurde am Dienstag durch den Ministerrat ermächtigt, die Mission des Senators Béranger als französischen Botschafter in Washington zu erneuern. Béranger hat jedoch in einem längern Schreiben an Briand den Auftrag abgelehnt. Als Grund führt er seine Absicht an, sich voll und ganz seinem Senatorenmandat zu widmen. In Wirklichkeit hat Béranger natürlich andre Gründe, den Posten abzulehnen. Sie dürften in dem Verhalten Poincarés gegenüber dem von Béranger in Washington abgeschlossenen Schuldenabkommen zu suchen sein. —

Politischer Mord. Der Führer einer kommunistischen Bauerngewerkschaft, Anhjzewski, wurde auf einer belebten Straße Warschaus mitten am Tage von vier unbekannten Männern niedergeschossen. Diese konnten nach der Tat entfliehen. —

Entwaffnungsnote an Bulgarien. Die Regierungen der frühern Entente haben in Sofia eine von Briand persönlich und von den Pariser Botschaftern der übrigen Ententemächte unterschriebene Entwaffnungsnote überreicht, die für die bulgarische Armee stark einschränkende Maßregeln fordert. Ein der bulgarischen Regierung nahestehendes Blatt bemerkt, die Regierung habe nach ihrer bisherigen vertraglichen Durchführung ihrer Verpflichtungen Erleichterungen und nicht neuen Zwang erwartet. Eine Schwächung des jetzigen Heeresbestandes müßte das Land neuen bolschewistischen Gefahren entgegenführen.

Depeschen

Landbundkorruption

Breslau, 24. November. (Radio.) Eine neue Skandalaffäre berichtet unsre schlesische Parteipresse über den Kreislandbund Freystadt. Dort hat die Ein- und Verkaufs-A.-G. des Kreislandbundes, deren Vorsitzender Graf Kalckreuth ist, 886 Zentner Roggen, die ihr zu treuen Händen übergeben waren, nachweislich veruntreut, und von 1400 Zentnern, die ihr von andrer Seite übergeben worden sind, ist die Veruntreuung gleichfalls anzunehmen. Die Sache ist durch die geschädigten Kleinpächter ans Tageslicht gekommen. Bezeichnenderweise hat der Kreislandbund alle diese Dinge gedeckt und den Versuch einer Offenlegung der Schiebungen dadurch auch verhindert, daß er den geschädigten Ankläger von seinem Pachtgut zu verdrängen suchte.

Splitternder Bürgerblock

Tu. Braunschweig, 24. November. Die vier Wirtschaftler, die mit den Deutschnationalen, der Volkspartei und den zwei Abgeordneten der Welfen und Nationalsozialisten die parlamentarische Arbeitsgemeinschaft bildeten, sind aus dem Rechtsblock ausgeschieden. Sie haben die Absicht, eine eigne Fraktion zu bilden. Die Stellung der Wirtschaftler zur Regierung wird nicht berührt. —

Abrüstungskonferenz aussichtslos

Wb. London, 24. November. Zu Chamberlains Bemerkung, daß es nicht ratsam wäre, die Abrüstungskonferenz zu einem frühern Zeitpunkt wie nächstes Jahr einzuberufen, schreibt der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph", die vorbereitenden Erörterungen hätten nur die großen und gegenwärtig unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheiten zwischen den kontinentalen und den Seemächten enthüllt und diese Meinungsverschiedenheiten seien grundsätzlicher Art und gingen tief. Hieraus läßt sich errechnen, wie groß die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit eines völligen Zusammenbruchs einer Abrüstungskonferenz sein würde, wenn nicht zuvor ein völliger Stimmungsumschwung einträte. —

Tschitscherin nach Paris abgereist

Moskau, 24. November. (Eig. Drahtbericht.) Tschitscherin ist nach Paris abgereist. Er wird unterwegs in Deutschland wenige Tage Aufenthalt nehmen. Vor seiner Abreise dementierte er nochmals die Gerüchte, daß bei den Verhandlungen in Odessa die Gründung einer panasiatischen Liga erfolgt sei. —

Englische Landwirte in Deutschland

Wb. London, 24. November. „Morning Post" zufolge ist in vergangener Woche eine Kommission unter Führung des ständigen Sekretärs des Landwirtschaftsministeriums nach Deutschland abgereist, um die dortige Zuckerrübenindustrie kennenzulernen. Im Juli dieses Jahres hatte sich bereits eine andre Kommission eine Woche lang in Deutschland aufgehalten. Diese Studienreise soll weitergeführt werden. Nach einem Besuch in Berlin, wo die englischen Vertreter den Landwirtschaftsminister besuchen werden, wollen sie nach Klein-Wanzleben bei Magdeburg reisen. —

Ein Holzwarenfabrik durch Feuer vernichtet

TU. Uslar, 24. November. **Seit heute morgen 3 Uhr ist das Hauptgebäude der Sallingerschen Holzwarenfabrik in Flammen. Gewaltige Vorräte sind bereits vernichtet. In der Fabrik waren 300 Arbeiter beschäftigt. —**

Unglück beim Pawlowa-Gastspiel

Tu. Braunschweig, 24. November. Bei einem Gastspiel der Tänzerin Anna Pawlowa mit ihrem Ensemble am Braunschweigischen Landestheater stürzte gestern die Tänzerin Brunsta schwer und erlitt eine Verrenkung der rechten Schulter und eine Zersplitterung des Schlüsselbeins am Gelenk. Die Künstlerin fand Aufnahme in einer hiesigen Privatklinik. —

Unfall — nicht Verbrechen

Berlin, 24. November. (Radio.) Der Tod des Geschwisterpaares in Stahnsdorf hat sich einwandfrei als Unglücksfall herausgestellt. Die beiden jungen Leute sind Kohlenoxydgasen, die dem Ofen entströmt sind, zum Opfer gefallen. —

Die Leichen gefunden

Berlin, 24. November. (Radio.) **Die fünf Opfer des Bootsunglücks auf dem Plauer See bei Brandenburg, Naturfreunde aus Brandenburg und Berlin, wurden im Laufe des Dienstags vom Reichswasserschutz als Leichen geborgen. —**

Wieder freigegeben

Neuyork, 24. November. (Radio.) Die amerikanischen Behörden haben die beschlagnahmte Hamburger Bark „Carmen" wieder freigegeben, nachdem sich einwandfrei herausgestellt hatte, daß sie außerhalb der amerikanischen Küstengewässer aufgebracht worden war. —

Die gefährlichen Haarnadeln

Wb. Hamburg, 24. November. Die 70jährige Ehefrau Anna Schewen kam in ihrer Wohnung zu Fall, wobei die Haarnadeln in die Schädeldecke drangen. Die Verunglückte ist an den Verletzungen gestorben. —

Wir prolongieren FAUST Den Film der Filme aller Zeiten! **Deulig-Palast** Die bevorzugte führende Filmbühne!

Kammer-Lichtspiele **Heute letzter Tag!** **Die versunkene Flotte.**

DIE INDIANER KOMMEN

[illegible]

Original-Indianer,

[illegible]

kommen Freitag in Magdeburg an,

[illegible]

Ein roter Gentleman

[illegible] **Cecil B. de Mille,** [illegible]

Wir bitten das verehrliche Publikum,

[illegible]

ab Freitag in den

Walhalla-Lichtspielen

[illegible]

Der Weg zur Straße

[illegible]

Zum Donnerwetter

ich kann nicht mehr auf dem Stuhle sitzen. Mein Kopf, meine Augen, mein Bauch tut mir vor Lachen weh!

Aber Lachen ist doch gesund — —

ja ja, aber Kinder, das ist doch ein bißchen zuviel. So etwas Komisches, so etwas Groteskes wie Harold Lloyd als Sportstudent, habe ich in meinem Leben noch nicht gesehen. Ein Glück, daß Harold Lloyd nur mehr einen Film im Jahre macht, denn sonst müßte ich ihn auf Schadenersatz verklagen.

So sprechen seit Wochen tausende und abertausende Berliner . . .

So werden ab Freitag tausende u. abertausende Magdeburger sprechen

denn: **Harold Lloyd als Sportstudent**

kommt ins **Fifi** Das Theater der internat. Großfilme

Heute letzter Tag: Der [illegible] und [illegible]

Walhalla-Lichtspiele

Wegen seit Wochen festliegender Dispositionen

Mittwoch Donnerstag letzte Tage

FAUST

Eine deutsche Volkssage

Beginn 4, 6.15, 8.30 Uhr

Hofjäger

Täglich abends 8½ Uhr:

Leipziger

Fritz-Weber-Sänger

mit dem groß. Schlager-Programm

Tarragona

[illegible]

[illegible price list]

Branntwein-Quelle, [illegible] 17.

Zentraltheater

Sonntag: Zwei Vorstellungen.

[illegible]

Die tolle Komteß

Operette von Walter Kollo.

Köstritzer Schwarzbier

Der Erde Kraft

und Sonnenschein sind in jedem Gerstenkorn aufgespeichert. Etwa ½ Pfund bestes Gerstenmalz, also der für den menschlichen Körper erschlossene Auszug aus etwa 3800 Gerstenkörnern gehört dazu, um ½ Ltr. dieses seit fast 400 Jahren gebrauten Bieres herzustellen. Dank diesem hohen Malzgehalt ist Köstritzer Schwarzbier ein Nähr- und Kräftigungsmittel allerersten Ranges.

Es ist erhältlich in allen Bierhandlungen sowie in allen durch Plakate kenntlichen Geschäften.

Generalvertreter: Walter Knoch — Fernruf 2562.

Proletarierfrauen!

Kaufen Sie sich zur Aufklärung die Broschüre der Genossin Luise Otto

Vorbeugen nicht abtreiben!

Sie finden darin mehr, als in dicken, gelehrt tuenden Büchern. Die Schrift ist ein ausreichender

Ratgeber für Eheleute

5. Aufl. Preis 50 Pfg. (Nach auswärts geg. Einsend. von 70 Pfg.)

Buchhandlung Volksstimme

Magdeburg, Gr. Münzstraße Nr. 3

Zentraltheater

[illegible]

Einmalige Sondervorstellung

für das

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

und den

Allgem. deutsch. Gewerkschaftsbund

Montag, den 29. November

Die tolle Komteß

Operette von Walter Kollo.

[illegible]

ZIEHUNG 18. DEZEMBER

Arbeiterwohlfahrt Weihnachts-Lose

50 Pf

PORTO UND LISTE 25 PF EXTRA

16302 GEWINNE IM WERTE VON MK

81500

HAUPTGEWINNE IM WERTE VON MK

50000
25000
20000
15000

u. s. w. u. s. w.

Glücksbrief mit 10 Losen 5 Mk.

einschließlich Porto u. Liste

Vertrieb durch:

Gebr. Baresch, Magdeburg
Buchhandlung Volksstimme
alle Konsumlager
die Funktionäre der Partei, der Arbeiterwohlfahrt, der Gewerkschaften, des Reichsbanners
alle Lotterie-Kollekteure
Fahrradhäuser „Frischauf".
„Singer"-Nähmaschinen-Geschäfte.

[illegible]

Künstliche Blumen

[illegible]

Karl Eichert

[illegible]

Neue preiswerte Damentaschen

[illegible]

G. A. Krause

Koffer- und Lederwarenfabrik

Magdeburg • Breiteweg [illegible]

FORSTHAUS THEATER

[illegible]

Baron Trenck

[illegible]

Stadttheater

[illegible]

Wilhelm-Theater

[illegible]

Scala

[illegible]

Bis inkl. Donnerstag

auf vielseitigen Wunsch

Die Wolgaschiffer

Beginn ½7 Uhr.

Tanzinstitut

[illegible]

Unentbehrlich für jeden Opern-, Musik- und Rundfunkfreund ist der

OPERNFÜHRER

von FR. DITTMAR

Vollständig neu bearbeitet und bis auf die neueste Zeit ergänzt von C. H. FRANKE

[illegible]

Zu beziehen durch:

[illegible]

KAPPEL

[illegible] UDO SEIFFE [illegible]

Die Luxemburger Resolution

Die Vierländerkonferenz, zu der am Sonntag in Luxemburg die Vertreter der sozialistischen Parteien Frankreichs, Englands, Deutschlands und Belgiens zusammengetreten sind, hat sich die Aufgabe gestellt, der Politik der internationalen Verständigung und Versöhnung, die seit den Ansätzen von Thoiry etwas ins Stocken geraten ist, neue Impulse zu geben. Sie will die Richtlinien festlegen, die der Zusammenarbeit der Arbeiterparteien auf dem Gebiet der Friedenssicherung als Grundlage und Gemeinschaftsprogramm dienen und sie veranlassen, die beteiligten Regierungen auf dem seit Locarno und dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund eingeschlagenen Wege vorwärts zu treiben.

Die erste Vollversammlung wurde am Sonntag um 10 Uhr morgens eröffnet. Auf Vorschlag der deutschen Delegation wurde de Brouqueère zum Vorsitzenden gewählt. In seiner Begrüßungsansprache begrüßte er die deutsche Anregung zur Einberufung der Konferenz als der notwendigen Fortsetzung des in den Jahren 1922 und 1923 in Frankfurt und Berlin begonnenen Werkes, die sozialistische Internationale auf ein gemeinsames Friedensprogramm zu einigen.

Wels (Deutschland) wies darauf hin, daß heute die sozialistischen Parteien und die bürgerlichen Regierungen die Früchte einer Politik ernten, für die der Sozialismus jahrelang gekämpft hat, und wofür wir aufs schärfste bekämpft worden sind. Wels gibt einen kurzen Ueberblick über die Entwicklung seit der Berliner Besprechung und stellt mit Genugtuung fest, daß ein großer Teil der damals aufgestellten Forderungen inzwischen verwirklicht worden ist. In Thoiry ist bedauerlicherweise die Frage der Sicherheit Frankreichs und der Räumung des Rheinlandes auf ein Gebiet gezogen worden, auf dem notwendigerweise neue Schwierigkeiten entstehen mußten. Während die Beschlüsse der sozialistischen Internationale die Frage der Räumung als einen Teil des Sicherheitsproblems betrachteten, hat man in Thoiry ein Finanzgeschäft daraus zu machen versucht. (Frage der Eisenbahnobligationen.) Der Umschwung, der seitdem sowohl in der innerpolitischen Konstellation der einzelnen Länder wie auch in der internationalen Situation eingetreten ist, hat die deutsche Sozialdemokratie veranlaßt, an die Bruderparteien mit der Frage heranzutreten, ob es nicht zweckmäßig wäre, der Politik des Sozialismus erneut mit einer gemeinsamen Kundgebung Ausdruck zu geben. Als Diskussionsbasis schlägt die deutsche Delegation eine Resolution vor, die im Sinne der Berliner und Frankfurter Beschlüsse sowie im Rahmen der von der Internationale in Hamburg und Marseille gefaßten Entschließung die Richtlinien für die Fortführung der Politik der internationalen Sicherung in prägnanter Form zusammenfaßt.

Die Aussprache darüber, an der sich vor allem die französischen und belgischen Genossen beteiligten, ergab grundsätzliche Einmütigkeit über die darin niedergelegten Forderungen. Nur gegen die redaktionelle Fassung einzelner Abschnitte wurden Bedenken erhoben, denen die Konferenz durch Einsetzung eines Unterkomitees Rechnung trägt, das einen neuen Text ausarbeitete. Dieses setzt sich wie folgt zusammen: Müller und Hilferding für Deutschland, Blum und Paul Boncour für Frankreich, de Brouqueère und Sare für Belgien, Roberts und Gillies für England.

Die Beschlüsse der Konferenz.

Nach eingehender Aussprache beauftragte der Unterausschuß de Brouqueère und Blum mit dem Entwurf einer neuen Resolution.

Nach einem Meinungsaustausch, der völlige Uebereinstimmung aller Delegationen ergab, wurde folgende Resolution

einstimmig angenommen:

I.

Die am 21. und 22. November 1926 in Luxemburg versammelten Vertreter der belgischen, deutschen, englischen und französischen Sektionen der sozialistischen Arbeiterinternationale stellen mit Genugtuung fest, daß als Ergebnis der Konferenz von London und Locarno, der Völkerbundstagung von 1926 in Genf und der Zusammenkunft von Thoiry wesentliche Fortschritte in der Verständigung und der Politik der europäischen Völker erzielt worden sind.

Nicht Schuld der Sozialisten war es, daß diese Fortschritte nicht früher und vollständiger verwirklicht wurden. Sie haben alle beteiligten Parteien zu solidarischen Anstrengungen zusammengefaßt; allen Angriffen zum Trotze, die allein schon dieses Zusammenwirken jeder einzelnen Partei eintrug, haben sie bereits unmittelbar nach dem Kriege jene Grundsätze aufgestellt, die ihre Regierungen nur allzu spät und nur unvollständig zur Anwendung gebracht haben.

Der Dawes-Plan ist in seinem nützlichen und gerechten Teil durch den von der Frankfurter Fünfländerkonferenz ausgearbeiteten Plan beeinflußt worden.

Der Vertrag von Locarno ist dem Protokoll der sozialistischen Zusammenkunft in Berlin im April 1925 entlehnt; Deutschlands Eintritt in den Völkerbund ist durch die Brüsseler Konferenz und den Internationalen Kongreß von Marseille im Juli bzw. August 1925 vorbereitet worden.

Heute gestatten die erzielten Ergebnisse und die dadurch geschaffene günstigere Atmosphäre den Sozialisten, eine neue Stufe des Fortschritts ins Auge zu fassen. Sie wollen auch heute durch ihre Initiative und unter ihrem Drucke von den Regierungen die notwendigen Entschlüsse erwirken, um

das Werk des Friedens vorwärts zu treiben

und nur die Konfliktsstoffe zu beseitigen, die noch zwischen Deutschland und Frankreich bestehen; denn die aufrichtige Versöhnung zwischen beiden Ländern bleibt die wesentliche Voraussetzung des europäischen Friedens.

II.

Die Resolution der Berliner Konferenz vom April 1925 hatte bereits festgestellt, daß „der Frieden in Europa und die Sicherheit Frankreichs ihre sicherste Garantie in einer Stärkung der Republik und der Demokratie in Deutschland haben". In Deutschland und fast überall in Europa besteht eins der gefährlichsten Hindernisse, die der wirklichen Befriedung entgegenstehen, noch immer in der

Propaganda der reaktionären Parteien

und der militaristischen Cliquen.

Die Gefahr wird dadurch gesteigert, daß sich faszistische Parteien in verschiedenen Ländern Europas, Italien, Spanien, Ungarn im Besitz der Macht befinden und ihr Regime der Unterdrückung nur aufrecht erhalten können, indem sie wahnsinnige Abenteuer suchen, um nationalistische Instinkte zu fördern und Ablenkung der Volksmassen vom innern Drucke zu finden.

Pflicht einer jeden Sektion der sozialistischen Internationale ist es,

den Kampf gegen den Faszismus

auf allen Gebieten fortzusetzen und den unterdrückten Proletariern mit materieller und moralischer Hilfe beizustehen, deren Ringen nicht nur der eignen Befreiung vom unerträglichen Drucke, sondern auch der Befreiung der gesamten Menschheit von einer Gefahr gilt, die den Frieden ständig bedroht.

III.

Die wirkliche und dauernde deutsch-französische Aussöhnung, die für die Festigung des Friedens unerläßlich ist, schließt notwendig

das baldigste Ende der militärischen Besetzung

deutschen Bodens ein. Schon auf der Frankfurter Konferenz vom Februar 1922 hatten die in Luxemburg vertretenen Parteien erklärt: „Solche Okkupationen verletzen die Gefühle der Bevölkerung der besetzten Gebiete und verschlingen die von Deutschland für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete aufgebrachten Mittel, erzeugen immer von neuem Haß gegenüber den Besetzenden und bergen in sich die Gefahr neuer Konflikte."

Eine der wesentlichsten Aufgaben der sozialistischen Parteien besteht also darin,

eine schnelle Lösung

des Problems der Rheinlandsräumung herbeizuführen. Die Ausführung des Dawes-Planes durch Deutschland, Deutschlands Eintritt in den Völkerbund und das Inkrafttreten der Verträge von Locarno gestatten den Regierungen, eine schnelle Lösung dieser Frage ins Auge zu fassen. Es ist die Aufgabe der beteiligten sozialistischen Parteien, diese Lösung der Frage zu beschleunigen und die Schwierigkeiten aller Art zu beseitigen, die sich ihr noch entgegenstellen. Es muß insbesondere vermieden werden, daß finanzielle Schwierigkeiten ein Hindernis für die baldige Räumung bilden, die der internationale Sozialismus für unerläßlich hält.

IV.

Hingegen haben die sozialistischen Parteien erkannt, daß die Räumung des Rheinlandes mit einer befriedigenden Lösung

der Abrüstungsfrage praktisch verbunden

ist. Deutschland hat sich verpflichtet, abzurüsten „und die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen zu ermöglichen".

Die in Versailles vertretenen Regierungen sowie alle Regierungen, die in den Völkerbund eingetreten sind, haben die feierliche Verpflichtung übernommen, diese Rüstungsbeschränkung zu verwirklichen. Die organisierte Arbeiterschaft aller Länder muß die Erfüllung dieses Versprechens mit Entschiedenheit fordern.

Die Luxemburger Konferenz stellt fest, daß nach dem Abschluß der technischen Vorarbeiten die Einberufung der allgemeinen Abrüstungskonferenz nur noch von dem Willen der Regierungen abhängt. Die Konferenz erklärt, daß jede ungerechtfertigte

Verzögerung die schlimmsten Folgen

haben würde. Ein Versagen des Völkerbundes auf diesem Gebiete müßte zu einer Krise des Völkerbundes führen. Der Völkerbund muß die allgemeine Abrüstung entschlossen und schleunigst in Angriff nehmen und damit die Kontrolle der Abrüstung für alle Völker durchführen.

Die Arbeiter Deutschlands und Frankreichs müssen auf ihre Regierungen einen Druck ausüben, damit diese den nötigen guten Willen zeigen, die eine, um die letzten von Deutschland versprochenen Abrüstungsmaßnahmen bald durchzuführen, und die andre, um zu verhindern, daß durch schikanöse Forderungen die notwendige Ausführung der interalliierten Militärkontrolle hinausgezögert wird.

Die Kontrolle der deutschen Abrüstung kann in Zukunft nur im Rahmen einer allgemeinen Konvention gedacht werden,

die allen Staaten gleiche Rechte

gewährt und gleiche Pflichten auferlegt, wie übrigens auch die Abrüstung Deutschlands nur denkbar ist, im Hinblick auf die Weltabrüstung.

Bis zu dem Zeitpunkt, wo diese Gesamtorganisation ausgebaut sein wird, und um die Räumung der rheinischen Gebiete nicht hinauszuzögern, würde es sich empfehlen, daß der Völkerbund eine aus Vertretern von Bundesmitgliedern bestehende

zivile Kommission

bildet, in der Deutschland vertreten ist. Es darf keine Anstrengung gescheut werden, um zu erreichen, daß in denkbar kürzester Frist dies Regime durch ein andres ersetzt wird, das einen streng vertraglichen Charakter hätte und auf der Grundlage strikter Gegenseitigkeit stehen müßte, um die Feststellungen zu treffen, die notwendig sind, um den Eintritt der Verträge von Locarno am wirksamsten zur Anwendung zu bringen.

V.

Die sozialistischen Parteien müssen dafür sorgen, daß im Zusammenhang mit der Lösung des Reichsproblems das Schicksal der Bevölkerung des

Saargebietes

endgültig und ihrem Willen entsprechend geregelt werde. Es liegt im Interesse keines Landes, die harte Zeit, die der Versailler Vertrag der Saarbevölkerung auferlegt hat, fortdauern zu lassen. Eine freundschaftliche Reglung, für die alle Voraussetzungen bereits geschaffen sind, würde die deutsch-französische Annäherung wirksam fördern.

VI.

Endlich erfordert das Werk der internationalen Versöhnung und Annäherung eine endgültige und vollkommen befriedigende Lösung der

Reparations- und Schuldenfrage.

Der internationale Sozialismus hat allen Anlaß, auf Grund der Fortschritte, die seine eignen Anstrengungen auf diesem Gebiet ermöglicht haben, seine Bemühungen fortzusetzen. Die Erfahrung hat die Richtigkeit der sozialistischen Ansichten bewiesen, die auf der Konferenz von Frankfurt und auf den Internationalen Kongressen von Hamburg und Marseille durch nachstehende Resolution zum Ausdruck kam:

Allgemeine Streichung der aus dem Kriege stammenden internationalen Schulden, ausschließliche Verwendung der deutschen Zahlungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, Mobilisierung der deutschen Schuld nach Maßgabe der Möglichkeit und Billigkeit.

Heute lastet das Problem der interalliierten Schulden auf dem Wirtschaftsleben und auf den politischen Beziehungen aller großen Völker.

Die Gesamtsumme der deutschen Schuld

ist noch nicht festgesetzt. Das Fehlen ihrer Mobilisierung hat zur Folge, daß sich nach wie vor ein Schuldnerstaat und Gläubigerstaat gegenüberstehen. Gemäß den von ihm stets vertretenen Grundsätzen muß der internationale Sozialismus auf die

Streichung der interalliierten Schulden

hinarbeiten sowie auf die Beschränkung der deutschen Schuld nach dem Wert der tatsächlichen Wiedergutmachung.

Dann kann eine Mobilisierung der deutschen Schuld erfolgen, die eine schnelle finanzielle Befreiung Deutschlands bewirken wird.

VII.

Schon die Frankfurter Konferenz hatte erkannt, daß das Reparations- und Schuldenproblem nicht allein die ehemals kriegführenden Länder berührt und daß sie nicht von den allgemeinen Problemen getrennt werden können, von denen alle Völker durch die Nachwirkungen des Krieges betroffen worden sind.

Die Konsolidierung des Friedens hängt zum großen Teile von der

Entwicklung des weltwirtschaftlichen Solidaritätsgefühls

ab. Die Luxemburger Konferenz stellt die wesentlichsten Fortschritte fest, die auf diesem Gebiet in den letzten Monaten erzielt worden sind, deren Notwendigkeit so oft von der Internationale unter Angabe der geeigneten Mittel und Wege betont worden sind.

Aber die sozialistischen Parteien dürfen nicht den Großkapitalisten die Leitung der neuen Gebilde überlassen, in denen die Bezeichnung und der Austausch der Güter sich konzentrieren. Sie müssen unablässig kämpfen, um eine größere Beteiligung des Staates und der Arbeiterorganisationen an der Leitung dieser Zentren zu sichern, in denen alle Fäden der Wirtschaft zusammenlaufen. Sie müssen besonders dafür sorgen, daß unter den neuen Verhältnissen, die die industrielle Entwicklung geschaffen hat, die Löhne und Arbeitsbedingungen geschützt werden.

Die Konferenz erinnert die vertretenen Parteien an die Notwendigkeit, in ihren Ländern die

Ratifikation des Washingtoner Abkommens

über den Achtstundentag durchzusetzen. Dies ist eins der wichtigsten Mittel, dem neuen Ansturm siegreich abzuschlagen, den der internationale Kapitalismus auf eine der wertvollsten Errungenschaften des Proletariats unternimmt. Die Konferenz erinnert außerdem an die entsprechenden Beschlüsse der Brüsseler sozialistischen Konferenz vom Januar 1925.

Die Arbeiter dürfen sich nicht von der Wirtschaftskonferenz aufhalten lassen, die der Völkerbund vorbereitet und bei der ihre Interessen so offenkundig auf dem Spiele stehen. Die Luxemburger Konferenz ersucht die Sozialistische Arbeiterinternationale, sich mit der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale in Verbindung zu setzen, damit eine gemeinsame Zusammenkunft noch vor dem Zusammentritt der offiziellen Konferenz einberufen werde, um dort die geeigneten Propaganda- und Aktionsmaßnahmen festzulegen.

VIII.

Die Luxemburger Konferenz übermittelt die vorstehende Resolution dem Exekutivkomitee der Sozialistischen Arbeiterinternationale mit der Bitte, sie allen angeschlossenen Sektionen zur Kenntnis zu geben. —

Außenpolitische Debatte

Am Dienstag trat der Reichstag nach einwöchiger Pause wieder zusammen. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der ersten Beratung des Nachtragsetats für 1926 mit der

Aussprache über die auswärtige Politik,

verbunden mit der Beratung des völkischen Antrags auf Kündigung der Locarnoverträge und des Antrags der bürgerlichen Parteien über die Prüfung der Kriegsschuldfrage.

Abg. **Emminger** (Bayr. Vp.) gibt zunächst für die Regierungsparteien, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Demokraten und Bayrische Volkspartei, eine Erklärung ab, in der heißt: Das oberste Ziel der von den Regierungsparteien gebilligten Außenpolitik ist die Befreiung Deutschlands. Einen bedeutsamen Bestandteil dieser Politik bildete der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Wir billigen die Haltung der deutschen Delegation in Genf. Der Versuch, die allgemeine Abrüstung als Fortsetzung der in Deutschland zwangsweise bereits vorgenommenen Abrüstung herbeizuführen, findet unsre vollste Unterstützung. (Beifall.) Ebenso findet unsre uneingeschränkte Zustimmung der Versuch, als Folgerung aus dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund die endgültige Befreiung der besetzten Gebiete und des Saargebiets zu erreichen. (Beifall.) Eine ausführliche Diskussion darüber halten wir im gegenwärtigen Stadium schwierigster Vorerörterungen nicht für zweckmäßig. Der Grundgedanke und das politische Ziel von Thoiry ist dadurch nicht als falsch erwiesen oder entwertet, daß sich ihrer baldigen Verwirklichung gewisse Hemmungen entgegengestellt haben. Die schleunige Beendigung der interalliierten Militärkontrolle erstreben wir mit dem Außenminister. Dabei muß unter allen Umständen verhindert werden, daß die Anwendung der Investigationen über das hinausgeht, was im Artikel 213 des Versailler Vertrags Deutschland auferlegt ist.

Die Erklärung der Regierungsparteien

begrüßt zum Schlusse den Ausgang der Wahlen in Polnisch-Oberschlesien als einen Beweis der Treue der an Polen abgetretenen Deutschen und spricht die Erwartung aus, daß Polen nunmehr die Deutschen nicht schlechter behandeln möge als Deutschland die Polen. (Beifall bei den Regierungsparteien.)

Abg. **Hoetzsch** (Dt.-nat.) führt aus, der Geist von Locarno sei zunächst nur eine Hoffnung, nicht eine Tatsache. Er erwähnt dann die Flaggenhissung durch den deutschen Botschafter in Washington am Waffenstillstandstag und erklärt dazu: Der 11. November war der Tag, der Deutschlands Zusammenbruch besiegelte. Mit der Flaggenhissung an diesem Gedenktag wurden durch den deutschen Botschafter Imponderabilien verletzt, deren Bedeutung in diesem Falle sehr groß war. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.) Wir begrüßen die deutsch-französische Wirtschaftsverständigung, aber wir betonen, daß daraus nicht weitgehende politische Folgerungen gezogen werden können. Der Eisenpakt präjudiziert nicht unsre Haltung zum Abschluß eines deutsch-französischen Handelsvertrags. Die großen Hoffnungen, die an Thoiry geknüpft wurden, sind bitter enttäuscht worden. Frankreich will die Militärkontrolle durch die Investigationen ablösen lassen. Wir lehnen jede Verbindung zwischen diesen beiden Dingen ab. Eine ständige Kontrolle Deutschlands ist unvereinbar mit Deutschlands Mitgliedschaft im Völkerbund. (Beifall rechts.) Wir bedauern, daß die deutsche Delegation in Genf für den polnischen Ratssitz gestimmt hat. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist

auch für uns eine Tatsache

und eine Bindung internationalen Rechts. Die Folge muß die Anerkennung der vollen Gleichberechtigung Deutschlands sein.

Von größter Bedeutung für unsre Außenpolitik ist das Verhältnis zu Polen und zu Frankreich. Deutschland ist der größte Gläubiger Polens. Diese enge wirtschaftliche Verflechtung sollte auch zu einer Aenderung der politischen Haltung Polens beitragen.

Der Ausfall der Wahlen in Oberschlesien

hat vollständig das bestätigt, was seinerzeit im Deutschen Reichstag gegen den Fehlspruch von Genf, gegen die Losreißung deutschen Gebiets und deutscher Menschen von Deutschland und gegen ihre Zuteilung an Polen gesagt wurde. (Lebh. Beifall.) Die ungerechte und willkürliche Festlegung der neuen deutschen Ostgrenzen ist durch den Wahlausfall von neuem dargetan worden. Wenn Poincaré und Sauerwein von Deutschland eine Garantie dieser Ostgrenzen verlangen, so muß ich erklären, daß wir Deutschnationalen eine solche Garantie unbedingt ablehnen. (Beifall bei

den Deutschnationalen.) Wir sind überzeugt von der Aufrichtigkeit des Verständigungswillens des französischen Außenministers, aber wir sehen auch die Hemmungen und Störungen, die seiner Politik in großen Teilen der französischen Parteien und ihrer Presse entgegengestellt werden (Rufe links: „Ganz wie bei uns von den Deutschnationalen!“) Auch wir

wollen keinen Revanchekrieg,

auch wir stehen einer deutsch-französischen Verständigung sehr wohlwollend gegenüber, aber sie muß großzügig und restlos sein auf dem Boden der vollen Gleichberechtigung. Der Außenminister hat als die nächsten Ziele der Verständigungspolitik bezeichnet die Befriedung des Rheinlandes und die Beseitigung der Militärkontrolle. Da ergeben sich in praxi viele Berührungspunkte zwischen der Regierung und uns als der nationalen Opposition. (Hört, hört!) Wir lehnen den völkischen Antrag auf Kündigung der Locarnoverträge ab, weil wir international bindende Verträge nicht brechen wollen. Wenn sich der Augenblick ergeben sollte, wo unsere Partei aus der nationalen Opposition in die

Mitarbeit an der Regierung

eintritt (Hört, hört!), dann wird sie als Regierungsteilnehmerin ebenso wie jetzt als Oppositionspartei in der Außenpolitik die Haltung einnehmen, die ihr ihr nationales Gewissen vorschreibt, zumal die Regierung jetzt in der Außenpolitik viele Forderungen und Formeln der nationalen Opposition aufgenommen hat. (Beifall bei den Deutschnationalen.)

Reichsaußenminister Stresemann:

Der Vorredner wies darauf hin, daß im Gegensatz zum französischen Außenminister andere Stimmen in Frankreich dem Geiste des Gesprächs von Thoiry widersprechen. Es ist doch eine Selbstverständlichkeit, daß bei allen großen politischen Neuorientierungen widerstrebende Elemente vorhanden sind. Schließlich setzt sich doch etwas so Neuartiges, wie es 7 Jahre nach dem Weltkrieg die Verhandlungen von Thoiry waren, im Denken des Volkes nur langsam durch. Es gibt immer gewisse Kreise, nicht nur in Frankreich, die erst spät die Gedanken begreifen, die andere vor ihnen gehabt haben. (Rufe links: „Die ewig Gestrigen rechts!“) In der Ablehnung einer bewaffneten Garantie der deutschen Ostgrenzen gibt es in Deutschland keine Parteiunterschiede. Eine solche Forderung ist von amtlicher französischer Seite auch niemals an uns gestellt worden. Bei dem großen Umfang der Fragen, die zur Verhandlung standen, kann niemand erwarten, daß 8 Wochen nach dem Gespräch von Thoiry schon die Resultate vorgelegt werden. Auch die Militärkontrolle war ein Gegenstand jenes Gesprächs und mit dieser Frage beschäftigen wir uns jetzt. Anläßlich der

Flaggenhissung in Washington

erklärt der Minister: Der deutsche Botschafter in Washington hat nicht eine Anordnung des Auswärtigen Amtes eingeholt, sondern hat nach eigenem Ermessen gehandelt. Ich danke ihm dafür, denn ich bin überzeugt, der selbst am Platz ist, kann beurteilen, was er im gegebenen Moment zu tun hat. Der deutsche Gesandte in Warschau war im Recht, als er nicht flaggte, denn dort handelte es sich um eine Siegesfeier, deren Tendenz sich gegen Deutschland richtete. In Washington war dagegen das deutsche Botschaftspersonal [illegible], die frühere Siegesfeier umzuwandeln in eine Trauerfeier für die Gefallenen und in eine Friedensfeier. (Unruhe und Widerspruch bei den Deutschnationalen.) Zur

Militärkontrolle

nimmt die Regierung den Standpunkt ein, daß die sachlichen Voraussetzungen für die Abberufung der Kontrollkommission gegeben sind. Die deutsche Entwaffnung ist formell und tatsächlich abgeschlossen. Sollte sich bei den Verhandlungen zeigen, daß noch irgendwelche Anhänge nicht endgültig geklärt sind, so darf das kein Grund zur Verlängerung der Militärkontrolle sein, sondern zur Erledigung dieser Anhänge steht der Weg der Verhandlung von Regierung zu Regierung offen. Mit [illegible] muß die Selbstentwaffnung der Reichswehrstellen anerkannt werden, die bei der Entwaffnung mitgewirkt haben. Eine allgemeine Entwaffnung wäre ein Werk des Friedens, die einseitige einem Volke aufgezwungene aber ist ein Werk der Demütigung.

In der Frage der sogenannten

nationalen Verbände

hat die Reichsregierung alles getan, um jede Verbindung dieser Verbände mit der Reichswehr oder die Ausbildung der Verbandsangehörigen durch Reichswehrorgane zu unterbinden. Mit der Gleichberechtigung Deutschlands als Völkerbundsmitglied ist es auf die Dauer nicht vereinbar, wenn die allgemeine Abrüstungsfrage [illegible] bleibt, während man einzelnen Staaten die Abrüstung vorschreibt. Die [illegible] Verhütung der Rüstung muß gleichfalls als notwendige Folgerung der deutschen Abrüstung im Völkerbund erkannt werden. Nur so kann Frieden und Verständigung erreicht werden. (Beifall.)

Reichswehrminister Geßler:

Ich habe mich immer mit größter Entschiedenheit gegen jede Verbindung der Reichswehr mit den Wehrverbänden ausgesprochen, habe solche Verbindung streng verboten und bin gegen jede Verletzung des Verbots, soweit sie zu meiner Kenntnis kam, rücksichtslos eingeschritten. (Abg. [illegible] (Komm.): „Haben Sie [illegible] als wir [illegible]!“ — Schallende Heiterkeit im ganzen Hause.) Die Denkschrift des Herrn [illegible] gibt auch nicht eine einzige Reichswehrstelle und nicht einen einzigen aktiven Reichswehroffizier an, gegen den sie [illegible]. Die [illegible] zwischen früheren aktiven Offizieren und Verbänden bestehen, war die richtige Reichswehrstelle hier. In dieser Zeit will ich die Reichswehr nicht hineinziehen lassen. Ich gehe allen [illegible] Angaben rücksichtslos nach, aber ich kann nicht eingehen auf die [illegible] Hetze gegen die Reichswehr. (Rufe b. d. Komm.: „Ist das alles?“ — „Sie [illegible] schon 7 Jahre das [illegible]!“)

Abg. [illegible] (Komm.): [illegible]

Darauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch 3 Uhr vertagt. [illegible] Schluß 6¾ Uhr. —

Der Minister als Angeklagter

Der [illegible] Wechsel des augenblicklichen politischen Lebens in Thüringen [illegible] Untersuchungsausschusses [illegible] thüringischen Landtags.

Vor etwa 1½ Jahren hat die Sozialdemokratische Partei auf Grund gewisser ungewöhnlich [illegible] Vorgänge in der thüringischen Polizei einen Untersuchungsausschuß bei dem Thüringer Landtag beantragt, der nunmehr im Gegensatz zu [illegible] Untersuchungsausschüssen seine Arbeiten abgeschlossen dem Thüringer Landtag unterbreitet.

Allerdings hat der Polizei-Untersuchungsausschuß einen sozialdemokratischen Vorsitzenden gehabt, Grund genug für die bürgerliche Presse, den sachlichen Abschluß der Arbeiten dieses Ausschusses durch den fortwährenden Hinweis auf die Kostenrechnung für Sitzungen, Zeugenvernehmungen usw. zu verdunkeln. Die sozialdemokratische Fraktion hat aber aus den Ergebnissen der parlamentarischen Untersuchung einige Konsequenzen ziehen müssen, die zweifellos geeignet sind, die Thüringer und darüber hinaus die deutsche Oeffentlichkeit aufhorchen zu lassen.

In völliger Einmütigkeit hat sie das Willkürregiment des jetzt herrschenden Polizeiministers Sattler nicht anders zu kennzeichnen und die schweren Verfassungs- und Gesetzesverletzungen nicht anders zu sühnen vermocht, als bei dem Landtag die Erhebung der Ministeranklage gemäß einer Verfassungsbestimmung zu beantragen. Die Anklageschrift ist dem Landtag zugegangen und lautet auf schuldhafte Verletzung der Gesetze. Die Fraktion der Sozialdemokraten fordert den Landtag auf, sich der Anklage deshalb anzuschließen, weil Sattler die Grundsätze über die Verwendung der Landespolizei und eine Verordnung über Polizeikosten, die beide ordnungsmäßige Gesetze sind, schuldhaft verletzt hat. —

Die Subsidien der DAZ.

„Das Geld vom Auswärtigen Amt ist eingetroffen. Jetzt einen kräftigen Schimpfartikel gegen die Regierung, um die Unabhängigkeit der Presse zu beweisen!“

Aus der Wirtschaft

Der Eisenpakt.

Der Auswärtige und der Handelspolitische Ausschuß des Reichstags hielten am Dienstag vormittag eine gemeinsame Sitzung ab, die sich mit dem Eisenpakt zwischen Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg befaßte.

Der Reichswirtschaftsminister Curtius gab zu, daß große widerstreitende Interessen zwischen eisenschaffender und eisenverarbeitender Industrie, Produzenten und Konsumenten, den Unternehmern und Arbeitern, bestünden. Aber die Regierung habe trotzdem diesem Pakte zustimmen müssen, weil es keinen anderen Weg gegeben habe, um die durch den Frieden gesprengte wirtschaftliche Einheit im Westen wiederherzustellen. Allerdings müsse sie darüber wachen, daß damit kein Mißbrauch getrieben werde, und dazu habe sie jederzeit die notwendigen gesetzlichen Maßnahmen in der Hand. Im übrigen sei die viel angegriffene Ausgleichskasse keine Waffe gegen [illegible], sondern nur ein Mittel zur Beseitigung der gegenseitigen Preisunterbietung.

Abg. Wissell (Soz.) vermißte in den Darlegungen des Ministers einige Mitteilungen über die Nebenabreden, die doch zweifellos gleichzeitig mit dem Eisenpakt getroffen worden seien. Darauf erklärte Curtius später, von solchen Verabredungen sei ihm nichts bekannt, er zweifle auch an dem Bestehen derartiger Geheimabkommen, denn es handle sich bei dem Eisenpakt nur um einen Rahmenvertrag, der noch durch Sonderverträge ergänzt werden müsse. Abg. Wissell machte weiterhin auf das Bedenkliche der Ausgleichskasse aufmerksam, durch die die Kartellmitglieder jedes Vierteljahr 23 bis 30 Millionen für Antikartellzwecke zur Verfügung hätten. Dazu erklärte der Reichswirtschaftsminister unter Berufung auf seine vorherige Erklärung, daß solche Wirtschaftsgebilde nicht einfach in eine soziale Kampfgemeinschaft umgestellt werden könnten. Wissell wies ferner darauf hin, daß in dem Eisenpakt keine Bestimmung darüber enthalten sei, wer die sachliche Kontrolle ausüben solle, wie diese beschaffen sein müsse usw. Der Reichswirtschaftsminister gab zu, daß hierfür noch keine besondere Organisation bestünde. Doch erklärte er etwas Derartiges auch für überflüssig, da gegebenenfalls der Regierung schon die notwendigen Mittel zur Verfügung stünden, namentlich durch die Zölle. Er selbst habe keinen Zweifel daran, daß das Eisenkartell schon nach „vernünftigen wirtschaftlichen Grundsätzen“ geleitet werde.

Schließlich wies Abg. Wissell auf den Widerspruch hin, daß die Regierung erklärt habe, in bezug auf die Eisenzölle am 1. April 1927 freie Hand zu haben, während es vor [illegible] nachweislich so dargestellt worden sei, als ob die Regierung mit den Eisenzöllen für die ganze Dauer des Paktes gebunden sei. Darauf erklärte Curtius: Irgendwelche Verpflichtungen der Regierung in dieser Hinsicht bestünden nicht, er habe im Gegenteil den Eisenindustriellen erklärt, daß bei einer Schädigung der eisenverarbeitenden Industrie oder auch der übrigen Wirtschaft durch die eisenschaffende Industrie die Eisenzölle herabgesetzt oder auch ganz aufgehoben würden. Vorläufig allerdings müßten diese Zölle noch bestehen bleiben, da sie ein wichtiges Instrument im Wirtschaftskampf seien.

In der weiteren Debatte erklärte der volksparteiliche Abgeordnete v. Raumer für die eisenverarbeitende Industrie, daß sie mit dem Eisenpakt vollkommen einverstanden wäre und sogar positiv daran mitgearbeitet habe. Sie hätte seinerzeit die Beseitigung der Eisenzölle abgelehnt, weil sie davon überzeugt wäre, daß sie nur auf dem Rückhalt einer gutfundierten eisenschaffenden Industrie gedeihen könne, was ohne Eisenzölle nicht möglich sei. Sie müßten auch weiterhin bestehen bleiben, und zwar als Kartellschutz, weil sonst das Kartell auseinanderbreche. Notwendig wäre nur, die Preise so aneinander anzugleichen, daß die Zölle nicht mehr wirksam würden. Im übrigen sei der Weg des Kartells der einzige zur Rettung der Wirtschaft und der Befriedung in ganz Europa.

Abg. Hilferding (Soz.) betonte, daß auch die Sozialdemokratie einen Fortschritt in dieser Organisation sehe, weshalb deren Träger geradezu Männer der marxistischen Tat seien, nur solle man sich über deren Folgen keinen Illusionen hingeben. Der Eisenzoll sei jetzt noch ein Kartellschutz, aber später werde er überflüssig, und dann wäre auch jedes Handelsabkommen unmöglich. Das werde sich bald in bezug auf Deutschland und Frankreich zeigen, denn nun sei der Eisenzoll kein Austauschobjekt mehr für Deutschland und es müsse sich mehr als bisher an die agrarischen Produkte halten, an Obst, Gemüse, Wein usw. Außerdem würden durch Verträge wie den Eisenpakt neue Konfliktsmöglichkeiten an andern Stellen geschaffen, so beispielsweise durch ein evtl. deutsch-englisches Kohlenabkommen. Jedenfalls müsse der demokratische Staat danach streben, so ungeheure wirtschaftliche Machtgebiete unter seine Kontrolle zu bekommen, und da es sich hierbei um übernationale Organisationen handle, müsse auch ein so übernationales Organ wie der Völkerbund damit betraut werden, neben der nationalen Kontrolle.

Die Debatte schloß nach kurzen Gegenreden von kommunistischer und deutschnationaler Seite. —

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Reichsknappschaftswahlen.

Am Dienstag tagte im Reichswirtschaftsrat die Hauptversammlung der Reichsknappschaft. In der gemeinsamen Hauptversammlung der Arbeiter und Angestellten wurde die Satzung mit den vom Vorstand vorgeschlagenen Aendrungen angenommen. Gleichzeitig wurden die Wahlen zu den verschiedenen Ausschüssen vorgenommen.

In der anschließenden Hauptversammlung für die Arbeiter wurden auf Grund einer Einheitsliste die Wahlen zum Vorstand getätigt. Die Arbeiter haben 12 Vertreter mit 36 Stimmen, die Arbeitgeber 12 Vertreter mit 24 Stimmen. Drei Viertel der Arbeitnehmersitze entfallen auf den alten Bergarbeiterverband, das restliche Viertel auf den christlichen Gewerkverein.

Die Hauptversammlung der Angestellten wählte in den Vorstand drei Afa-Vertreter, zwei Vertreter des G. d. A. und einen Vertreter des G. E. D. A. G. Die neugewählten Abteilungsvorstände traten dann zusammen und wählten als Vorsitzenden den Bergarbeiter Victor vom alten Bergarbeiterverband, als ersten Stellvertreter Steiger Peters von der Afa und als zweiten Stellvertreter Generaldirektor Wiskott vom Zechenverband. In die Arbeiterabteilung wurde der Vorsitzende Genosse Victor und sein Stellvertreter Wiskott, in den Abteilungsvorstand der Angestellten Steiger Peters vom Afa als Vorsitzender und Generaldirektor Wiskott als Stellvertreter delegiert. —

Notschrei der Post- und Telegraphenbeamten.

Die am Sonntag den 21. November 1926 im Gewerkschaftshaus zu Berlin tagende erweiterte Reichsleitung der A. D. P., Mitgliedschaft im Deutschen Verkehrsbund, weist darauf hin, daß sich die Post- und Telegraphenbeamten, insbesondere die der Besoldungsgruppen 2 bis 6 sowie die Lohnempfänger der Deutschen Reichspost in einer äußerst bedrängten wirtschaftlichen Notlage befinden.

Alle Bemühungen der Organisationsleitung, die in Frage kommenden Stellen zu einem Entgegenkommen zu veranlassen, sind bis heute ohne Erfolg geblieben.

Das Einkommen der Beamten ist, trotz der Verteuerung aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände, im Jahre 1926 niedriger als im Jahre 1925, weil die Reichsregierung und die bürgerliche Mehrheit des Reichstags es abgelehnt haben, die im Dezember 1925 bewilligte Notstandsbeihilfe, durch die der Notstand anerkannt wurde, auf die laufenden Bezüge der Beamten zu übertragen.

Das Reichsfinanzministerium lehnte auch im Einverständnis mit der Reichsregierung bisher ab, einen Ausgleich für die erhöhten Wohnungsmieten zu gewähren, wodurch die Notlage weiter verschärft wird.

Die erweiterte Reichsleitung [illegible] daher den Bundesvorstand und die Reichsleitung, [illegible] erforderlichen Schritte zu unternehmen, um eine Besserung der Lage der notleidenden Post- und Telegraphenbeamten und -lohnempfänger herbeizuführen. —

Weberaussperrung. Nachdem der Streik in den Betrieben von Schulenberg und Bößler in Gera-Zwötzen und bei der Firma Engländer A.-G. in Berga fortgesetzt wird, hat der Sächsisch-Thüringische Webereiverband durch Anschlag in den Betrieben angekündigt, daß am Mittwoch oder Donnerstag in allen Werken in Gera die Aussperrung erfolgen soll, wenn sich bis dahin in den bestreikten Betrieben nicht so viel Arbeiter eingefunden haben, daß die Unternehmen in Gang kommen. Es dürften in Gera und Greiz etwa 8000 Arbeiter in Betracht kommen. —

Rundschreiben der Transportarbeiter-Internationale. Die Transportarbeiter-Internationale beschloß neuerdings, in einem Rundschreiben aller Landesverbände, gemeinschaftlich mit ihren gewerkschaftlichen Landeszentralen um weitere energische Schritte zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens zu ersuchen und wandte sich gleichzeitig mit dem Ansuchen um Unterstützung an den Internationalen Gewerkschaftsbund. Außerdem hat die Transportarbeiter-Internationale die Gewerkschaften der am Londoner Abkommen beteiligten Länder ersucht, auf die Aenderung des deutschen Reichsbahngesetzes gemäß den Wünschen der deutschen Eisenbahner hinzuwirken. —

Tagung der Versicherungsangestellten. Der Reichsfachausschuß der im Zentralverband der Angestellten (Z. d. A.) organisierten Versicherungsangestellten tagte in der letzten Woche im Erholungsheim des Z. d. A. in Bad Finkenmühle in Thüringen. Neben organisatorischen und Agitationsfragen beschäftigte sich der Ausschuß vor allem mit der Auswirkung der Wirtschaftslage auf das Versicherungsgewerbe und die Lage der Versicherungsangestellten. Auch zur Frage der Kündigung des Reichstarifvertrags wurde Stellung genommen. Die freigewerkschaftliche Bewegung der Versicherungsangestellten erhielt durch die arbeitsreiche Tagung einen neuen kräftigen Auftrieb. Die Anerkennung der wertvollen organisatorischen Arbeit des Z. d. A. für die Versicherungsangestellten wurde in den Verhandlungen durch die ehrenamtlichen Kollegen wiederholt uneingeschränkt zum Ausdruck gebracht. —

Rechtlose Arbeiter. Ein am Sonntag abgehaltener [illegible] Ministerrat hat ein Gesetzdekret über die Regelung der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern angenommen. Es sieht die Schaffung von örtlichen paritätischen Ausschüssen, bestehend aus je fünf Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer vor, welche die Arbeitsbedingungen zu regeln haben. Diese Ausschüsse wählen je fünf Vertreter in die 23 sämtliche Industrie- und Handelszweige vertretenden Korporationen, deren Hauptaufgabe die Unterrichtung der Regierung und die Einberufung von Kongressen zur Lösung von Arbeitskonflikten sein soll. (Wer diese Ausschüsse ernennen, wie diese — offenbar Mussolini abgeguckten — „Korporationen“ bestimmt werden, wer sie Arbeiterschaft „führen“ sollen, geht aus dieser Mitteilung nicht hervor.) —

Aus den Gerichtssälen

Dampfkesselexplosion.

Wegen fahrlässiger Tötung hatten sich vor dem großen Schöffengericht in Magdeburg unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dietze, der Mechaniker Max Kroll und seine Ehefrau sowie deren Vater aus Glinde bei Schönebeck zu verantworten.

Die Angeklagten hatten sich in Glinde ein Anwesen gekauft und dachten dort mit der Zeit eine Schweinemästerei anzulegen. Sie bauten mit Unterstützung zweier arbeitsloser ihnen befreundeten Brüdern eine Einrichtung, die später zur Aufnahme eines Dampfkessels benutzt werden sollte. Vorläufig sollte aber diese Anlage lediglich zur Aufnahme eines großen Wasserkessels benutzt werden. Der eine der Brüder probierte nach Fertigstellung des Mauerwerks, ob der bereits angeschaffte Dampfkessel in die Anlage hineinpaßte. Entgegen dem ausdrücklichen Verbot der Angeklagten steckte er Feuer an, um heißes Wasser zu erzeugen und damit die Eisenanlage von dem Mennig zu reinigen. Der hinzukommende Angeklagte, Schlossermeister R. wollte das Feuer wegreißen, als eine furchtbare Explosion erfolgte. Das aus dem Kessel fließende kochende Wasser verbrühte den Arbeitslosen. Der Angeklagte R. wurde ebenfalls erheblich verbrüht, auch der Bruder des Angeklagten erhielt Verletzungen. Die Verwüstungen waren fürchterlich. Das Dach des Gebäudes wurde vollständig abgehoben und die Dächer der Nebengebäude beschädigt. Sämtliche Wände wurden auseinandergerissen. Der Verunglückte starb wenige Tage später im Krankenhause.

Vor Gericht war Einigkeit nicht darüber zu erzielen, worauf die Explosion zurückzuführen war. Der Sachverständige nahm an, daß der Kessel infolge Ueberdruckes explodiert sei, während die Angeklagten und der Bruder des Verunglückten annahmen, daß sich Gase gebildet hatten, die infolge einer Stichflamme die Explosion herbeigeführt hatten.

Der Bruder des Verunglückten bekundete, daß der Angeklagte R. dem Verunglückten ausdrücklich untersagt habe, Feuer unter dem Kessel zu machen, weil der Kessel überhaupt noch nicht polizeilich abgenommen sei. Er hätte ihn angewiesen, sich heißes Wasser aus der Küche zum Reinigen zu holen. Nach seiner Meinung treffe die ganze Schuld allein seinen Bruder, der in der besten Absicht und in dem Willen schleunigst vorwärts zu arbeiten, eine Unvorsichtigkeit begangen habe.

Der Staatsanwalt beantragte für den Angeklagten R. 5 Monate Gefängnis, wegen fahrlässiger Körperverletzung und für die übrigen Angeklagten je 1 Monat Gefängnis, die umzuwandeln sind in eine Geldstrafe. Er beantragte weiterhin die Strafe für den ersten Angeklagten auf 3 Jahre auszusetzen.

Rechtsanwalt Dr. Braun als Verteidiger wies nach, daß eine Fahrlässigkeit der Angeklagten nicht in Frage kommen könne. Der Verunglückte hätte entgegen dem ausdrücklichen Verbot gehandelt. Die Angeklagten hätten nicht annehmen können, daß der Verunglückte die Unvorsichtigkeit begehen würde. Außerdem seien die Angeklagten, die sich mit bewundernswerter Energie mit den einfachsten Mitteln emporzuarbeiten versucht hätten, genügend gestraft.

Das Gericht sprach die Eheleute Kroll von der Anklage wegen fahrlässiger Körperverletzung frei und verurteilte den Schwiegervater R. zu einer Geldstrafe von 100 Mark, während die Ehefrau Kroll wegen Errichtung einer Dampfanlage ohne vorherige Genehmigung zu einer Geldstrafe von 40 Mark verurteilt wurde. Das Gericht sah die Sache als sehr milde an und war der Meinung, daß die Hauptschuld den Verunglückten selbst treffe.

Kleine Chronik

Eine Dame mit Kapital gesucht . . .

Den Vertreter einer amerikanischen Holzhandlung spielte ein Heiratsschwindler, dem zwei hiesige Witwen ins Garn gingen. Der 52 Jahre alte Kaufmann Wilhelm Lang, der in Berlin in einem Hotel wohnte, machte bekannt, daß er eine Dame mit Kapital zur Frau suche. Zwei Witwen meldeten sich und er spiegelte jeder vor, daß er in Geschäften nach Spanien reisen müsse, um dort neue Beziehungen anzuknüpfen. Von Spanien aus schrieb er den Bräuten, daß die Geschäfte mißlungen seien. Das Geld sei vorläufig verloren. Die eine hatte ihm 13 000, die andre 3000 Mark gegeben. Bei seiner Rückkehr wurde er angezeigt und verhaftet. —

Dammrutsch.

Ein großer Dammrutsch, der glücklicherweise rechtzeitig entdeckt wurde und so kein Unheil angerichtet hat, ereignete sich auf der Strecke Stettin—Neubrandenburg. Dort ist das Gelände in der Umgebung des Bahndammes sehr moorig, und zwischen den Stationen Sponholz und Netzka, etwa 10 Kilometer von Neubrandenburg entfernt, sackte der Bahndamm in einer Länge von mehreren hundert Meter vollständig weg, so daß die Eisenbahngleise etwa 5 bis 6 Meter frei in der Luft hängenblieben. Der Personenzug, der die Unfallstelle nach 6 Uhr morgens passieren sollte, konnte rechtzeitig angehalten werden. —

Todesfahrt des Schmugglers.

Ein seit längerer Zeit des Schmuggels verdächtiger Kaufmann Plum fuhr mit seinem schwer beladenen Lastautomobil in verdächtiger Weise in der Nähe der Grenze bei Aachen. Da er auf die Haltesignale der Zollbeamten nicht reagierte, eröffneten diese das Feuer. Der Wagen fuhr trotzdem weiter, bis der Fahrer durch einen Bauchschuß getroffen zusammenbrach. Der Begleiter entkam, während Plum selbst seinen Verletzungen erlegen ist. In dem Auto fand man 20 Zentner Kaffee, 6 Zentner Tabak, 1 Zentner Kakao, 25 Kilogramm Tee und 12 000 Zigaretten.

Das sterbende Dorf.

Der in der Nähe Zittaus gelegene Ort Türchau, ehemals ein ansehnliches Bauerndorf, ist dem Untergange geweiht. Es fällt allmählich dem Kohlenbau zum Opfer, den die Sächsischen Werke auf bzw. unter seinen Fluren betreiben. Ein Gut, ein Haus nach dem andern wird von den jetzigen Besitzern des Dorfes zum Abbruch verkauft. Jetzt teilen auf einmal acht Wohngebäude und ein Kuhlenstall dieses Schicksal. —

Aufdeckung eines dreifachen Giftmordes.

In Carnitz bei Lüchow wohnte der Maurer Kehbein mit seiner Frau, zwei Kindern im Alter von 2 und 4 Jahren, und seinem etwa 70 Jahre alten Vater. Im Jahre 1919 verstarben plötzlich kurz hintereinander die beiden Kinder. Schon damals bestand die Vermutung, daß Kehbein, der seine gesamte Familie (Frau, Kinder und Vater) fast immer roh behandelte, an dem Tode der Kinder, die sonst nie ernst krank waren, wohl nicht ganz unschuldig sei. Eine gewisse Zeit nach dem Tode der Kinder starb dann auch ganz plötzlich der 70 Jahre alte Vater, ohne vorhergehende längere Erkrankung. Die Ehefrau des Kehbein ließ sich im Laufe der nachfolgenden Jahre von ihrem Manne scheiden, der sich vor etwa 2 Jahren wieder verheiratete und inzwischen nach Bardowiek verzogen war. Im August dieses Jahres wurde durch einen Einwohner Anzeige gegen den Kehbein wegen angeblichen Mordes, begangen an den Kindern und dem Vater, erstattet, und zwar auf Grund von Meinungsäußerungen der Verwandten des Kehbein, die in einem Gespräch sich über die eventuelle Schuld des Kehbein an dem Tode seiner Familie geäußert hatten. Die daraufhin von der Staatsanwaltschaft in Lüneburg angeordnete Exhumierung der Leichen, die vor etwa 8 bis 10 Tagen stattfand, ergab Reste von Gift beim Vater sowie bei den Kindern. Trotz der vorliegenden Verdachtsmomente leugnet Kehbein, der im August auf Grund der Anzeige und der vorliegenden Verdachtsmomente in Haft genommen wurde, noch jede Schuld. Seit rund 10 Tagen weilt nun ein Kriminalkommissar aus Hannover dort, dem es gelang, durch umfangreiche Beweisaufnahmen und eingehende Vernehmungen das Verdachtsmaterial so zu verstärken, daß eine Schuld des Kehbein an dem Tode des Vaters und der Kinder als bewiesen angesehen werden kann. —

Ein wütender Liebhaber.

Ein Vorfall, der von besondrer Roheit zeugt, spielte sich auf der Chaussee zwischen Falkenberg und Ahrendsfelde ab. Der Handwerker Jackschinski aus Lichtenberg ging hier mit seiner Braut, einem 24jährigen Hausmädchen aus Falkenberg, spazieren. Zwischen dem Paare war es zu Streitigkeiten gekommen, weil das Mädchen das Verhältnis lösen wollte. Da es auf wiederholtes Zureden auch bei ihrem Vorsatz bleiben wollte, geriet der junge Mann in eine sinnlose Wut; er packte das Mädchen und warf es vor ein in voller Fahrt vorbeifahrendes Motorrad. Der Führer des Rades, Artur John aus Weißensee, stürzte mit dem Rade und zog sich einen schweren Schädelbruch zu. Auch das Mädchen erlitt schwere Verletzungen und mußte mit dem auf so tragische Weise verunglückten Motorradfahrer nach dem Krankenhaus gebracht werden. Der Täter ergriff die Flucht und konnte bisher noch nicht verhaftet werden. —

Großfeuer in Pommern.

In Schleffin bei Treptow a. d. R. wurden am Montag drei Bauerngehöfte durch Feuer vollständig zerstört. Bei einem vierten Bauernhof brannte das Wirtschaftsgebäude ab. Zahlreiches Vieh ist in den Flammen umgekommen. —

Schwerer Unfall auf Torpedoboot „Möwe".

Auf dem deutschen Torpedoboot „Möwe", das gegenwärtig von Pillau (Ostpreußen) aus Fahrten zur Erprobung der Maschinenanlage unternimmt, wurde am Dienstag vormittag ein Kondensator undicht. Durch den ausströmenden Dampf wurden Obermaschinistenmaat Blume und Oberheizer Blümel getötet. Schwer verletzt wurden Maschinist Henning, Heizer Krause und die Maschinenbauer Schler und Müller von der Marinewerft in Wilhelmshaven. Ein Kapitänleutnant, ein Heizergefreiter und ein Maschinenbauer wurden leicht verletzt.

Die Reichsbahn um 48 000 Mark betrogen.

Der Kassierer der Reichsbahnhauptkasse in Dortmund ist einem Schwindler zum Opfer gefallen. Ein junger Mann legte an der Kasse Papiere vor, wonach er für einen tödlich verunglückten Verwandten von der Reichsbahnverwaltung eine Entschädigung von 48 000 Mark abheben sollte. Der Kassenbeamte überzeugte sich nur oberflächlich von der Richtigkeit der Papiere und stellte einen Scheck aus, der auch sofort eingelöst wurde. Bei einer eingehenden Nachprüfung stellte sich heraus, daß die Papiere gefälscht waren. Der Schwindler konnte zwar bereits verhaftet werden, er verweigerte aber zunächst jede Auskunft über den Verbleib des Geldes. —

Ein gefährliches Nachtquartier.

Ein schweres Unglück trug sich in der Nacht zum Montag in der Nähe von Gelsenkirchen zu. In einer Ringofenziegelei hatten vier erwerbs- und wohnungslose Arbeiter sich Nachtquartier zurechtgemacht. Anscheinend haben die vier Leute sich in der Nacht ein Feuer angezündet, um sich gegen die Kälte zu schützen. Am Montag morgen wurde die Feuerwehr alarmiert. Man fand einen der Männer bereits tot vor, ein zweiter hatte lebensgefährliche Brandwunden erlitten. Die beiden übrigen waren mit leichtern Brandverletzungen davongekommen. —

Der verräterische Radioapparat.

Mit Hilfe eines Radioapparates hatte die Berliner Kriminalpolizei durch Zufall fünf große Einbruchsdiebstähle aufgeklärt. Ein Kriminalbeamter, im Nebenberuf eifriger Radioamateur, mußte in letzter Zeit an seinem Apparat ständig Störungen feststellen. Diese konnten nur von einem Neuling in der Bedienung des Funkgerätes stammen. Auf der Suche nach dem Störenfried kam der Beamte in der Nachbarschaft in die Wohnung des 25 Jahre alten Kurt Conje, eines der Kriminalpolizei bekannten Konfektionseinbrechers. In der Wohnung fanden sich Pelz-, Seiden- und Textilwaren. Außerdem konnte festgestellt werden, daß Conje Lieferant einer Kürschnerei in Berlin-Lichtenberg war. Hier hat er einen Teil seiner Beute zu normalen Preisen angeboten und abgesetzt. Conje war im Oktober an einem Einbruch in ein Seidengeschäft beteiligt, wo er für 20 000 Mark Ware erbeutete; ungefähr zur gleichen Zeit fielen für 8000 Mark Konfektionsstoffe in seine Hände. Am 2. November hat er in Stolp in Pommern für mehrere tausend Mark Pelze gestohlen und am 4. November in Berlin für 25 000 Mark Pelzwaren und Felle. Auch der Radioapparat stammte aus einem Einbruch in Berlin, bei dem für mehrere tausend Mark Radioapparate gestohlen worden sind. Conje witterte, daß man sich auf seiner Spur befindet und ist einstweilen aus seiner Wohnung verschwunden. —

Der Leiter eines Wohnungsamts verhaftet.

In Frankfurt a. d. O. wurde der Leiter des städtischen Wohnungsamts, Stadtsekretär Folta, verhaftet. Untersuchungen hatten ergeben, daß Folta im Laufe des letzten Jahres wiederholt sogenannte Baukostenzuschüsse, die er entgegengenommen hatte, für sich behalten hat. Bei seiner Festnahme konnte ihm sofort eine Unterschlagung von über 1000 Mark, die er erst wenige Tage zuvor gemacht hatte, nachgewiesen werden. Wie groß die Zahl der Veruntreuungen, die Folta sich hat zuschulden kommen lassen, ist, steht noch nicht genau fest. —

Achsenbruch eines Güterwagens.

Auf der Eisenbahnstrecke Berlin—Hamburg brach am Dienstag abend gegen 6 Uhr zwischen den Stationen Wittenau und Kuhblank die Achse eines Wagens eines Güterzuges, der in den Mittagstunden Berlin verlassen hatte. Der Zugführer merkte den Unfall erst nach einigen Minuten und brachte den Zug dann zum Stehen. Inzwischen hatte der Wagen, der sich etwa in der Mitte des Zuges befand, sämtliche Schwellen auf einer Länge von etwa 1½ Kilometer beschädigt. Die Schwellen müssen ausgewechselt werden; dazu muß das Gütergleis 2 Tage lang gesperrt werden. Bis zur Wiederherstellung der Strecke wird der Güterzugverkehr umgeleitet. —

Zuchthaus für den Trick mit dem Schimmelgespann.

Die Hochstaplerin Emma Ludwig, die einen originellen Trick mit großem Erfolg angewandt hat, stand mit ihrer Freundin Hedwig Denike, die als Mitschuldige in Betracht kommt, und mit ihrem Geliebten, einem Kaufmann Peters, vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Gahl. Es handelt sich um „die Dame mit dem Schimmelgespann", die lange Zeit hindurch Betrügereien verübte und etwa 200 alleinstehende Frauen empfindlich geschädigt hat. Sie pflegte in einer eleganten, mit zwei Schimmeln bespannten Equipage bei alleinstehenden Damen, besonders Kleinrentnerinnen, vorzufahren. Sie erklärte „im Auftrag des Magistrats" oder des „Wohlfahrtsministeriums", daß die Damen „aufgewertet" werden sollten beziehungsweise größere Zuwendungen erhalten würden. Sie müßten aber für Schreibgebühren und andre Auslagen einen Kostenvorschuß zahlen. Die armen Frauen opferten meist das Letzte und gaben Beträge von 15 bis zu 400 Mark. Die Mitangeklagten Denike und Peters sollen sich der Beihilfe bzw. Hehlerei schuldig gemacht haben. Die Angeklagte Ludwig, die geständig war, wurde zu 3 Jahren Zuchthaus, 500 Mark Geldstrafe, im Nichtbeitreibungsfalle zu weitern 100 Tagen Zuchthaus, und zu 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Die beiden Mitangeklagten Denike und Peters wurden mangels an Beweisen freigesprochen. —

Bauchtanz verboten.

Kemal-Pascha hat durch Verordnung den Bauchtanz in der Türkei bei Zuchthausstrafe verboten. Damit schwindet ein weiteres Stück orientalischen Lebens. Das Verbot hängt mit dem Bestreben Kemal-Pascha zusammen, die Türkei den europäischen Sitten zu erschließen. Nach Auffassung der regierenden Kreise habe der Bauchtanz der türkischen Tänzerinnen die Türkei in den Augen der Westeuropäer lächerlich gemacht. —

Opfer des Glücksspiels.

Die Tragödie des argentinischen Universitätsprofessors Artur Turmaco bildet augenblicklich die größte Sensation von Buenos Aires. Der Gelehrte hatte seinem Leben durch Erschießen ein Ende gemacht, nachdem er erfahren hatte, daß seine Frau und sein einziges Kind vergiftet worden waren. Dr. Turmaco war einer der angesehensten und gesuchtesten Aerzte ganz Argentiniens gewesen. In Berlin hatte er studienhalber mehrere Jahre zugebracht. Als im Jahre 1915 die argentinische Regierung eine neue Geburtsklinik in Buenos Aires eröffnete, wurde er zum Leiter und Oberarzt dieses Instituts berufen. Ein Jahr später heiratete er die Tochter eines dortigen reichen Seidenfabrikanten, mit der er mehrere Jahre in sehr glücklicher Ehe lebte. Eines Abends führte ihn einer seiner Freunde in einen Spielklub und seit diesem Augenblick wurde Turmaco ein leidenschaftlicher Anhänger des Hasardspiels. Er verlor große Beträge und sogar Summen, die seine Einkünfte weit überstiegen. Wiederholt half ihm sein Schwiegervater mit größern Geldmitteln aus. Einige Zeit später wurde in der Klinik eine schöne Kreolin als Pflegerin angestellt, in die sich Turmaco verliebte. Im Jahre 1917 verlor er an zwei Farmer ungeheure Beträge, die er nicht bezahlen konnte. Er mußte einen 14tägigen Aufschub zwecks Regulierung der Schuld erbitten. Innerhalb dieser Zeit lud er seinen Schwiegervater zum Nachtessen ein und benutzte dessen Anwesenheit, um ein größeres Darlehen von ihm zu erhalten. Diese Bitte schlug der Vater seiner Frau kategorisch ab, da ihm die Spielleidenschaft seines Schwiegersohnes mit der Zeit nicht verborgen geblieben war. Von dieser abschlägigen Antwort ganz niedergedrückt, stand er nach wenigen Augenblicken vom Tisch auf und erklärte, noch eine Flasche alten Portweins aus dem Keller holen zu wollen. Von dem Weine trank auch der Schwiegervater aus einem Glase, das ihm Dr. Turmaco kredenzte. Wenige Minuten später sank er um und war innerhalb einer Viertelstunde nicht mehr am Leben. Als Erbe des Vermögens war der Arzt nunmehr in der Lage, seine Spielschulden zu begleichen. Seit dieser Zeit bemächtigte sich aber seiner eine tiefe Melancholie. Einen großen Teil seines Vermögens verteilte er an Wohltätigkeitsinstitute. Seine Umgebung war voller Verwunderung über den Wechsel seiner Lebensweise und bemühte sich, die Ursache zu ergründen. Einem seiner Freunde vertraute er an, daß die schöne Pflegerin von ihm die Eheschließung verlange und er sich ihrer nicht entledigen könne, da sie kompromittierende Briefe von seiner Hand besäße. Wenige Tage später erschien die Kreolin in der Villa des Arztes, und übergab dem Diener eine Torte mit einer Karte des Arztes, auf der vermerkt stand, daß er die Torte von einer dankbaren Patientin erhalten habe. Zwei Stunden später wurde Turmaco telephonisch benachrichtigt, daß seine Gattin und das Kind schwer erkrankt seien. Er eilte heim und fand beide in hoffnungslosem Zustand vor. Eine halbe Stunde später hörte man einen Schuß aus dem Krankenzimmer. Dr. Turmaco hatte sich neben den soeben verstorbenen Familienangehörigen getötet. Mutter und Kind waren von der Pflegerin vergiftet worden, die eine Visitenkarte ihres Chefs entwendet hatte, um die Botschaft an die Familie darauf zu schreiben. In der Torte wurde Gift gefunden. Die Kreolin hatte sofort nach Angabe des Kuchens in der Villa des Arztes Buenos Aires verlassen und konnte bisher nicht ergriffen werden.

Das neue Gesellschaftsspiel.

In Italien produziert man nach Maßgabe der Möglichkeit gegenwärtig alles selbst. Was man früher aus England, Deutschland, Frankreich bezog, soll jetzt im Lande selbst hergestellt werden. Nun geht man daran, auch eigne, und ganz besonders pikante, Gesellschaftsspiele zu erfinden, die tatsächlich völlig originell und höchst effektvoll sind. Dabei geht es oft wie mit dem Ei des Kolumbus. Man erfindet ganz durch Zufall, ganz von selbst irgend etwas, und die Heiterkeit darüber ist dann um so größer und herzlicher. Ein Mailänder Kaufmann Giulio begegnete seinem Schwager Giovanni und sagte ihm: „Weißt Du, daß ich ein neues Gesellschaftsspiel erfunden habe? Komm mit mir nach Hause, und wir spielen es zusammen mit Emilia." Giovanni folgte gern, denn Emilia ist Giulios hübsche Frau, die ihm, Giovanni, wie es scheint, nicht ganz gleichgültig ist. Man ging nach Hause, setzte sich um den Tisch, und Giulio erklärte, worin das neue Spiel bestehe. Es sei so einfach, daß es sozusagen gar keine weitern Hilfsmittel erfordere, als die fünf Finger . . . „Es handelt sich lediglich darum, daß Du auf alle meine Fragen beständig antwortest: „Es ist wahr! Worauf dann eine sehr schöne Ueberraschung eintritt." Dann begann das Spiel.

Giulio: „Ist es wahr, daß ich mit der Tetrazzini gesungen habe?" — Giovanni: „Es ist wahr." — Giulio: „Ist es wahr, daß ich den Girardengo geschlagen habe?" — Giovanni: „Es ist wahr." — Giulio: „Ist es wahr, daß ich mit einem einzigen Faustschlag den Posisio niederstreckte?" — Giovanni: „Es ist wahr." — Giulio: „Ist es wahr, daß Du der Geliebte meiner Frau bist?" Ehe der Schwager sein Nein stammeln konnte, hatte Giulio ihm zwei Ohrfeigen versetzt. Dann stach er mit dem Brotmesser auf ihn ein, während Emilia heulend davonlief. Auch Giovanni lief blutend und hilferufend fort und zur nächsten Sanitätswache . . .

Vor Gericht dauert das Gesellschaftsspiel fort, denn der Prätor fragt den Attentäter boshaft: „Ist es wahr, daß Sie Ihren Schwager so zugerichtet haben?" Giulio muß es zugeben, entschuldigt sich aber mit dem Hinweis darauf, daß er neulich Giovanni mit seiner Frau Emilia in einer etwas merkwürdigen Situation überrascht habe. Der Prätor hat darum ein Einsehen und verurteilt den Erfinder des neuen Gesellschaftsspiels nur zu 1 Monat bedingter Haft. Trotzdem wird die neue Erfindung auf dem Gebiet des Gesellschaftsspiels kaum vielen Anklang finden. Wenigstens nicht bei Personen mit unerlaubter Liebe. —

Von echtem Korn und Schrot
das Hickstein-Vollkorn-Brot!
In allen einschlägigen Geschäften zu haben. Vertreter: Martin Frankenstein, Magdeburg. Fernsprecher 639 und 683. In allen einschlägigen Geschäften zu haben.
Alleinverkauf für Biederitz: Gustav Gramsch, Bäckermeister, Schulstraße 1. Alleinverkauf für Gerwisch: Otto Lüderitz, Bäckermeister.

Vereine und Versammlungen

Neuzeitliche Fragen des Arbeitsrechts.

Ueber dieses Thema sprach in der gut besuchten Mitgliederversammlung des Bundes der technischen Angestellten und Beamten (Butab) Rechtsanwalt Dr. Braun (Magdeburg). Der Redner führte ungefähr folgendes aus: Es ist eine bedauerliche Tatsache, daß die menschliche Arbeitskraft durch die Gesetzgebung leider nicht so geschützt ist, wie sie es nach ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft verdient. Während z. B. im Bürgerlichen Gesetzbuch über das Kaufrecht etwa 86, und über das Mietrecht zirka 70 Paragraphen enthalten sind, wird das Arbeitsrecht in ganzen 19 Paragraphen behandelt.

Der fünfte Abschnitt der Reichsverfassung behandelt das Wirtschaftsleben, und wenn alles das, was in den Artikeln 151 bis 165 niedergelegt ist, inzwischen in entsprechende Gesetze umgeformt wäre, brauchten die Gewerkschaften heute nicht mehr für die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts, Einrichtung der Erwerbslosenversicherung, Arbeitsgerichtsgesetz usw. zu kämpfen. Das Betriebsrätegesetz reicht heute bei weitem nicht mehr aus, um dem Arbeitnehmer den notwendigen Schutz in arbeitsrechtlichen Fragen zu bieten. Besonders die Rechtsprechung und Auslegung der Gesetze läßt viel zu wünschen übrig.

Aus eigener Praxis und an Hand von jeweiligen Beispielen aus der Rechtsprechung der Arbeitsgerichte und der ordentlichen Gerichte konnte dieses vom Redner begründet werden. Der Referent führte weiter aus, daß alle Bemühungen zur Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts bisher vergeblich waren. Der bereits im Jahre 1921 und in verbesserter und vervollständigter Form (etwa 300 Paragraphen enthaltend), im Jahre 1925 von auf diesem Gebiet erfahrenen Männern (Dr. Sinzheimer usw.) vorgelegte Entwurf verstaubt in den Schränken des Arbeitsministeriums. Alle Gewerkschaften haben Ursache, durch gemeinsame Arbeiten ihre ganze Kraft für die endliche Durchführung ihrer Forderungen einzusetzen.

Mit der Mahnung an alle Arbeiter und Angestellten, durch eifrige Mitarbeit die Bestrebungen der Berufsorganisationen zu unterstützen, schloß der Vortragende seine inhalts- und lehrreichen Ausführungen, die durch reichen Beifall belohnt wurden. —

Wasserstände.

\+ bedeutet über, — unter Null

Elbe.			Fall	Wuchs
Nimburg	23.11.	+ 0,05	0,19	—
Brandeis	"	+ 0,10	—	—
Melnik	"	+ 0,40	0,04	—
Leitmeritz	"	+ 0,65	—	—
Aussig	"	+ 0,76	0,04	—
Dresden	"	— 1,48	—	—
Torgau	24.11.	+ 0,95	0,05	—
Wittenberg	"	+ 1,80	0,01	—
Roßlau	"	+ 0,96	—	0,05
Aken	"	—	—	—
Barby	"	+ 1,25	0,07	—
Magdeburg	"	+ 0,99	0,08	—
Tangermünde	25.11.	+ 1,59	0,01	—
Wittenberge	"	+ 1,89	0,02	—
Lenzen	"	—	—	—
Dömitz	"	+ 1,40	0,04	—
Darchau	"	—	—	—
Boizenburg	"	—	—	—
Hohnstorf	"	+ 1,47	0,05	—

Mulde.			Fall	Wuchs
Düben	24.11.	+ 0,24	—	0,14
Unstrut und Saale.				
Grochlitz	24.11.	+ 1,14	0,05	—
Trotha Unterp.	"	+ 1,90	0,15	—
Bernburg Unterp.	"	+ 1,20	0,04	—
Calbe Oberpeg.	"	+ 1,62	—	—
Calbe Unterpeg.	"	+ 0,89	0,12	—
Leitzkau	"	+ 0,93	0,05	—
Havel.				
Brandenburg Oberpegel	25.11.	+ 2,29	—	—
Brandenburg Unterpegel	"	+ 1,65	0,02	—
Rathenow Oberpegel	"	+ 1,72	—	—
Rathenow Unterpegel	"	+ 1,10	—	—
Havelberg	"	+ 2,52	0,01	—

Vereinskalender.

Deutsche Reichskurzschrift Magdeburg-Sudenburg. Uebungsabende für Anfänger und Fortgeschrittene Donnerstags von 8 bis 10 Uhr im Vereinslokal „Zum goldenen Löwen". Halberstädter Straße 56. 1410

Wetterbericht. (Nachdruck verboten.)

Aussichten für Donnerstag: Zeitweise noch stärker bewölkt, sonst aber heiter, vorwiegend trocken, nachts kalt bis zu Frost. —

Mitteilungen der Buchhandlung Volksstimme.

Wieder vorrätig:

Zielesch: **Jugend im Land der Jugend.** Ein Amerika-Buch. 191 S. Reich illustriert. Leinenband. 7,50 Mark. — Bismarck: **Gedanken und Erinnerungen.** Taschenausgabe auf Dünndruckpapier. Band 1 bis 3 in einem Bande mit Register. 906 Seiten. Leinenband. 8 Mark. — Jack London: **Die eiserne Ferse.** Roman. 371 Seiten. Leinenband. 4 Mark. — Rühle: **Umgang mit Kindern.** Grundsätze, Winke und Beispiele. 228 S. 1,50 Mark. — Schröer: **Gottwert Jugend und sein Werk.** 316 Seiten. Leinenband. 6 Mark. — **Reichsversorgungsgesetz vom 12. Mai 1920 in der Fassung vom 8. Juli 1926.** 1,50 Mark. — Wassermann: **Der Aufruhr um den Junker Ernst.** Erzählung. 165 Seiten. Leinenband. 5 Mark. — **Reichsvereinsgesetz.** 60 Pfg. — Gerhart Hauptmann: **Hanneles Himmelfahrt.** Traumdichtung. Geheftet 3,50 Mark, gebunden 4,50 Mark.

Theater- und Konzertkasse.

Sonnabend, 27. November, Francke-Jugendheim, 8 Uhr: „Blut und Liebe" (ein Ritter-Schauerdrama von Martin Luserke). Volksbühnen-Mitglieder 50 Pfg., Nichtmitglieder 60 Pfg.

Sonntag, 28. November, Kasino-Lichtspiele, 11 Uhr: Kulturfilm-Vortrag „In der kanadischen Wildnis". Volksbühnen-Mitglieder 60 und 75 Pfg., Nichtmitglieder 75 Pfg. und 1 Mark.

Billiger geworden!

Harleber Bauern-Käse

das preiswerte, schmackhafte Volksnahrungsmittel

Stück 20 Pfg. 2005

Otto Toepfer

Käsehandlung „Zu den drei Kronen".

Das praktischste Möbelstück

Chaiselongues

von 34.— Mk. an

Bettchaiselongues

von 95.— Mk. an

kaufen Sie bei mir billig in bester Verarbeitung aus eigenen Werkstätten.

— Auswahl enorm. —

Entgegenkommende Zahlungsbedingungen.

Bruno Ferris

MAGDEBURG-BREITEWEG 4
HAUPTPOST GEGENÜBER

Versand nach all. Orten

Möbel

auf

Kredit

zu mäß. Bedingungen

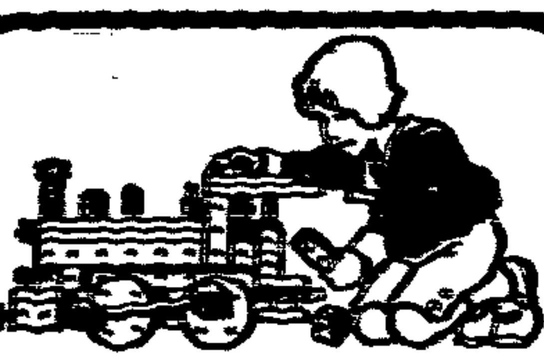
Möbel für 75 Mk. Anzahlung 5 Mk
Möbel für 130 Mk. Anzahlung 15 Mk
Möbel für 200 Mk. Anzahlung 25 Mk
Möbel für 300 Mk. Anzahlung 40 Mk
Möbel für 400 Mk. Anzahlung 55 Mk
Möbel für 500 Mk. Anzahlung 70 Mk

usw.

Schlaf-, Wohn-, Speisezimmer, Küchen, sämtliche Einzelmöbel

Friedländer

Alte Weinstr. 11.



Eine bedeutende große und kleine Kinder ... Sachen: Möbel, Wagen, Seilbahnen, Kranes und bewegliche Maschinen aller Art mit

Matador.

Preise:

M. 1.50, 2.75, 4.50, 6.90, 11.50, 16.—, 25.—

Buchhandlg. Volksstimme

Große Münzstraße 3

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg-Altstadt.

Todesfälle. 22. November. Franz, S. des ... Wilhelm ... 2 J. ... Sohn des ... Wilhelm ..., ... Ehefrau des ... 55 J.

Magdeburg-Sudenburg.

Todesfälle. 22. November. ... S. des ... Erich ..., 1 T. ... 41 J. ... 18 J. ... 53 J. ... 74 J.

Magdeburg-Neustadt.

Todesfall. 22. November. ... geb. ..., Ehefrau des ... Paul ..., 45 J.

Magdeburg-Buckau.

Todesfall. 22. November. Margarete ..., Ehefrau des ... Andreas ..., 30 J.

Magdeburg-Rothensee.

Todesfall. 23. November. ... Johann ..., 18 J.

Selbsthilfe!

Buchhandlung Volksstimme,

Magdeburg,

Große Münzstraße 3.

Steinfeger Inh.: F. ...

---

33 .. Stahldraht-Bettstelle 26.50 Mk.

Magdeburger Fischhallen

der Deutschen Seefischhandels-Aktiengesellschaft

Verkaufsstellen:

Alte Ulrichstraße 13 — Breiter Weg 89/90 — Jakobstraße 28

Schönebeck, am Bahnhof

In unserer Filiale Jakobstraße 28

frischgebackene Fische

Ia. ... Portion 35 ₰ — Ia. Fischfilet Portion 45 ₰

Lampenschirm-Spezial-Stoffe

weiß und farbig in großer Breite

Mk. 1.20

Sämtliche Zutaten billigst im

„Batik"

Grundstücks- u. Wohnungsmarkt

Statt Karten.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Begräbnis unserer lieben Entschlafenen sagen wir allen Freunden und Bekannten unsern herzlichsten Dank. Besonderen Dank Herrn Pastor ... für seine trostreichen Worte.

Die trauernden Hinterbliebenen

Edith ... geb. ...

Familie August ...

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Magdeburg

Nachruf.

Am 21. d. M. starb unser Mitglied

Albert Wustrau

Metallarbeiter, an Lungenleiden, 55 Jahre alt. 56

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 25. Novbr., nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Westfriedhofs aus statt.

Die Verwaltung.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unserer lieben Entschlafenen sagen wir hierdurch allen Verwandten, Freunden und Bekannten unsern innigen Dank. Vielen Dank den Bewohnern des Hauses ... Straße 4, besten Dank auch Herrn ... und Frau, den Angestellten der Firma ... und besonderen Dank Herrn ... für die trostreichen Worte am Sarge.

Die trauernden Hinterbliebenen

Sophie ...

nebst Kindern.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unseres teuren Entschlafenen sagen wir auf diesem Wege allen Verwandten, Freunden u. Bekannten unseren innigsten Dank. ... Besonderen Dank Herrn ... für die trostreichen Worte in der Trauerhalle.

Die trauernden Hinterbliebenen

Frau Helene Busch

Kurt Busch und Frau

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Trauerfeier unsrer lieben Entschlafenen sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unsern herzlichsten Dank. 198

Im Namen der Hinterbliebenen

Robert Göbel.

Nachrichten aus der Provinz

Weihnachts-Wohlfahrts-Lotterie

Es war nicht möglich, die Hunderte von Anforderungen nach Losen in zwei bis drei Tagen zu erledigen, zumal der Loseeingang von der Zentrale in Berlin nur in größern Einzelposten erfolgte. Zurzeit sind keine Bestände weder hier noch in Berlin vorhanden, und wir bitten die letzten Besteller, sich zu gedulden.

Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt,
Magdeburg, Neue Theaterstraße 2.

Bezirkswirtschaftsschule des A. D. G. B.

Der Bezirksausschuß des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes für den Bezirk Sachsen-Anhalt hat beschlossen, eine Bezirkswirtschaftsschule für Gewerkschaftsfunktionäre einzurichten. Diese Bezirkswirtschaftsschule ist ein Versuch, die Bildungsarbeit für die Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte zentral aufzubauen und organisch fortzuführen. Zu diesem Zwecke wird die Provinz Sachsen in 16 Unterbezirke eingeteilt. Die Vororte, d. h. solche, an welchen der Unterricht erfolgt, sind folgende: Bernburg, Burg, Halberstadt, Wernigerode, Neuhaldensleben, Calbe a. d. S., Stendal, Dessau, Eilenburg, Falkenberg, Merseburg, Sangerhausen, Weißenfels und Wittenberg. Die Großstädte Magdeburg und Halle bilden eigne Bezirke.

Der Unterricht wird durch Wanderlehrer erteilt, welche regelmäßig ausgetauscht werden. Die Lehrer sind erfahrene Gewerkschaftsangestellte. Der Unterricht findet am Wochenende statt, das heißt er beginnt Sonnabend abend von 6 bis 9 Uhr und wird am folgenden Sonntag von 9 bis 12 Uhr fortgesetzt. Die Ortsausschüsse des Vororts haben das Unterrichtslokal zu stellen. Während des Unterrichts darf nicht geraucht und dürfen keine alkoholischen Getränke genossen werden. Weiter haben die Vororte für die Unterbringung der Teilnehmer von auswärts zu sorgen. Diese kann entweder in Freiquartieren bei Gewerkschaftsfellegen oder in billigen Massenquartieren erfolgen. Fahrgelder oder sonstige persönlichen Auslagen der Teilnehmer hat der entsendende Ortsausschuß oder die Gewerkschaft zu tragen. Die sonstigen Unkosten übernimmt die Bezirksbildungskasse, so daß der

Unterricht unentgeltlich

erteilt wird.

Der Unterrichtsstoff wird einheitlich gestaltet. Er beginnt mit der Gewerkschaftsgeschichte, Arbeiterrecht, Arbeiterversicherung, Sozialpolitik und Wirtschaftslehre. Der fernere Unterrichtsstoff wird in gemeinsamen Konferenzen der Lehrer festgelegt werden.

Die Zahl der Teilnehmer wird nach der Stärke der Ortsausschüsse festgesetzt. Die Mindestzahl der Teilnehmer an den Unterrichtskursen soll im ganzen 40 betragen, jedoch 50 nicht übersteigen. Durch Führung einer Anwesenheitsliste wird der Besuch der Teilnehmer am Unterricht festgestellt werden. Am Schlusse eines Unterrichtsabschnittes erstattet der Lehrer einen schriftlichen Bericht, welchem auch Vorschläge für die fernere Ausgestaltung und Verbesserung des Lehrplans beizufügen sind.

Die Verteilung der Ortsausschüsse der Provinz auf die Vororte mußte unter Berücksichtigung der Bahnlinien erfolgen. Sie ist einstweilen in unserm Bezirk folgendermaßen erfolgt, kann natürlich nach Bedarf auch anders zusammengelegt werden:

1. Bernburg, Aschersleben, Alsleben a. d. S., Gröbzig, Harzgerode, Hoym, Nienburg a. d. S., Köthen.
2. Burg b. M., Genthin, Jerichow, Loburg.
3. Halberstadt, Thale, Quedlinburg, Oschersleben.
4. Wernigerode, Ilsenburg, Osterwieck.
5. Neuhaldensleben, Gardelegen, Oebisfelde, Wolmirstedt, Klötze, Weferlingen.
6. Calbe a. d. S., Schönebeck, Barby, Staßfurt, Leopoldshall, Förderstedt, Egeln.
7. Stendal, Rogätz, Tangermünde, Tangerhütte, Osterburg.
8. Dessau, Jeßnitz, Raguhn, Oranienbaum, Gommern, Aken a. d. E., Roßlau, Zerbst.
9. Magdeburg.

Durch diese Einteilung ist es möglich, daß sich etwa 1200 Gewerkschaftsfunktionäre in der Provinz ein grundlegendes Wissen anzueignen vermögen. Wenn es am notwendigen Eifer und der Unterstützung der Interessenten nicht mangelt, muß dieser erste Versuch gute Früchte tragen.

F. Wernicke, Bezirkssekretär.

Die Hauszinssteuerhypotheken der Kreise

Aus einem Runderlaß des preußischen Ministers des Innern an die nachgeordneten Behörden teilt der „Amtliche Preußische Pressedienst" folgendes mit: Soweit Mittel aus der für die Förderung der Bautätigkeit bestimmten Hauszinssteuer den Kreisen zufließen, stehen diesen die aus solchen Mitteln begründeten Hypotheken zu. Diese Hypotheken sind in sinngemäßer Anwendung des Runderlasses vom 7. September d. J. unter dem Vermögen der Kreise aufzuführen. Die kreisangehörigen Gemeinden, Aemter und Bürgermeistereien sind nur insofern, als sie im Umfang ihres örtlichen Aufkommens an die Stelle der Landkreise treten, Gläubiger der aus diesem Aufkommen begründeten Hauszinssteuerhypotheken und haben demgemäß auch nur insofern den Anspruch, daß die Hypotheken zu ihren Gunsten eingetragen werden

Die Krisenfürsorge für ausgesteuerte Erwerbslose

Die Unterstützung der ausgesteuerten Erwerbslosen wird durch das „Gesetz über eine Krisenfürsorge für Erwerbslose" vom 19. November geregelt. Das Gesetz bestimmt, daß die Errichtungsgemeinden der öffentlichen Arbeitsnachweise verpflichtet sind, eine Krisenfürsorge für die Erwerbslosen einzurichten, die 52 Wochen hindurch Erwerbslosenunterstützung bezogen haben, und diese Unterstützung deshalb nicht erhalten, weil sie ausgesteuert sind. Alle ausgesteuerten Erwerbslosen, welche nach dem 1. April 1926 aus der Erwerbslosenfürsorge ausgeschieden sind, erhalten aus der Krisenfürsorge eine Unterstützung und zwar auch dann, wenn sie seit der Aussteurung nicht laufend von der öffentlichen Fürsorge unterstützt worden sind.

Die Krisenfürsorge wird nur auf Antrag gewährt. Sie kann in besondern Härtefällen auch solchen ausgesteuerten Erwerbslosen gewährt werden, welche schon vor dem 1. April 1926 ausgesteuert sind, jedoch müssen diese bis spätestens 31. Dezember die Krisenfürsorge beantragt haben. Welche Bezirke und Berufe unter diese Voraussetzung fallen, sowie den Zeitpunkt, seit dem dies der Fall ist, bestimmt das Landesamt für Arbeitsvermittlung.

Für die Krisenfürsorge gelten im übrigen die Bestimmungen der Erwerbslosenfürsorgeverordnung in ihren wesentlichen Teilen. So kann die oberste Landesbehörde die notwendigen Anordnungen für Rechnung der Gemeinden treffen, sofern diese eine Krisenfürsorge nicht einrichten. Die Voraussetzung für Gewährung der Krisenfürsorge ist, daß der Erwerbslose arbeitsfähig und arbeitswillig ist und sich infolge Erwerbslosigkeit in bedürftiger Lage befindet. Die Familienmitglieder eines Erwerbslosen erhalten aus der Krisenfürsorge dieselben Zuschläge wie aus der Erwerbslosenfürsorge. Diesen darf eine selbständige Unterstützung nicht gewährt werden. Die Krisenfürsorge wird auch den erwerbslosen Ausländern gewährt, wenn ihr Heimatsstaat nachweislich deutschen Erwerbslosen eine gleichwertige Unterstützung gewährt.

Für die

Prüfung der Bedürftigkeit

gilt der § 7 der Erwerbslosenfürsorgeverordnung. Insbesondere sind die Rentenbezüge des ausgesteuerten Erwerbslosen zur Hälfte ihres Betrags auf die Krisenunterstützung anzurechnen. Für die Verrichtung von Gelegenheitsarbeiten gilt die Bestimmung, daß 10. v. H. des Unterstützungsbetrags, einschließlich der Familienzuschläge nicht angerechnet werden. Wenn mehr als 10 v. H. durch Gelegenheitsarbeit verdient wird, dann ist der Mehrbetrag des Verdienstes mit 60 v. H. auf die Krisenunterstützung anzurechnen. Völlig anrechnungsfrei bleibt jedoch die Unterstützung, welche der ausgesteuerte Erwerbslose auf Grund eigner Vorsorge (Unterstützung der Gewerkschaft) für den Fall der Arbeitslosigkeit bezieht. Eine Wartezeit besteht für die Krisenfürsorge nicht, wenn der Erwerbslose aus der Erwerbslosenfürsorge oder der öffentlichen Fürsorge in die Krisenfürsorge übernommen wird.

Die Krisenunterstützung ist in der gleichen Höhe zu gewähren wie die Unterstützung aus der Erwerbslosenfürsorge einschließlich Familienzuschläge. Zuständig für die Gewährung der Krisenunterstützung ist die Gemeinde, in der der Erwerbslose bei Eintritt der Unterstützungsbedürftigkeit seinen Wohnort hat. Der Unterstützungsempfänger aus der Krisenfürsorge darf sich nicht weigern, nachgewiesene Arbeit anzunehmen, die auch außerhalb seines Berufes und seines Wohnortes liegen darf, sofern ihm diese auf Grund seiner körperlichen Beschaffenheit zugemutet werden kann. Die Arbeit kann nur dann abgelehnt werden, wenn für die Arbeit nicht angemessener ortsüblicher Lohn (wenn ein Tarif besteht, ist der Tariflohn angemessener ortsüblicher Lohn) gezahlt wird, wenn die Unterkunft sittlich bedenklich ist und wenn bei Verheirateten die Versorgung der Familie unmöglich wird.

Wird eine Arbeit außerhalb des Wohnorts vermittelt, dann ist dem Unterstützungsempfänger aus der Krisenfürsorge freie Fahrt nach dem Beschäftigungsort, nebst einer angemessenen Beihilfe zu den Reiseunkosten aus Mitteln der Krisenfürsorge zu gewähren. Auch den Familienangehörigen, welche im Haushalt des Erwerbslosen leben, ist, wenn diese in den Beschäftigungsort mitreisen oder nachfolgen, freie Fahrt nebst einer angemessenen Beihilfe zu den Reiseunkosten zu gewähren. Ist bei verheirateten Erwerbslosen die Mitnahme der Familie in den neuen Beschäftigungsort nicht angängig, dann kann die Gemeinde den zurückbleibenden Familienangehörigen die Familienzuschläge aus der Krisenfürsorge ganz oder teilweise gewähren.

Von dem Unterstützungsempfänger kann die Verrichtung von Pflichtarbeiten verlangt werden, wenn die gewünschten Arbeiten vom Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises als gemeinnützige Arbeiten im Sinne des § 14 der Erwerbslosenfürsorgeverordnung anerkannt sind. Werden jugendliche Erwerbslose unter 18 Jahren zur Pflichtarbeit herangezogen, ist auch diesen die Unterstützung zu gewähren. Die Unterstützungsempfänger der Krisenunterstützung müssen die vorgesehenen

Kontrollvorschriften beachten,

andernfalls kann ihnen die Unterstützung entzogen werden.

Für den Fall der Erkrankung hat die Gemeinde die Unterstützung zu gewähren, welche bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse ihres Bezirks oder einer andern Krankenkasse gewährt wird. Zu diesem Zwecke sind auch die Unterstützungsempfänger aus der Krisenfürsorge gegen Krankheit zu versichern. Als Krankenunterstützung erhält ein erkrankter Unterstützungsempfänger aus der Krisenfürsorge den Betrag, den er als Unterstützung für seine Person aus der Krisenfürsorge erhalten würde. Darüber hinaus hat die Gemeinde als Trägerin der Krisenfürsorge die Zuschläge für die Familienmitglieder zu gewähren.

Ueber Unterstützungsgesuche auf Gewährung der Krisenfürsorge entscheidet der Vorsitzende des öffentlichen Arbeitsnachweises. Gegen die Entscheidung des Vorsitzenden ist binnen 2 Wochen nach ihrer Bekanntgabe Einspruch beim Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises zulässig. Die Anträge auf Gewährung der Krisenfürsorge sind bei der Gemeindebehörde und in denjenigen Gemeinden, wo sich der öffentliche Arbeitsnachweis befindet, bei diesem zu stellen.

Für Angehörige bestimmter Berufgruppen kann die oberste Landesbehörde anordnen, daß deren Anträge dem Vorsitzenden des Landesamts für Arbeitsvermittlung oder den Vorsitzenden bestimmter öffentlicher Arbeitsnachweise vorzulegen sind, die für die zwischenörtliche oder zwischenbezirkliche Vermittlung in Betracht kommen, wenn sie der Auffassung ist, daß Arbeitslose dieser Berufe außerhalb des Arbeitsbezirks in Arbeit vermittelt werden können. Die Krisenunterstützung darf in solchen Fällen erst zuerkannt werden, wenn die Stelle, der der Antrag vorzulegen war, sich damit einverstanden erklärt hat. Erwerbslose, die nach den Bestimmungen des „Gesetzes über Krisenfürsorge für Erwerbslose" unterstützt werden, sind bevorzugt vor andern Erwerbslosen zu öffentlichen Notstandsarbeiten heranzuziehen.

Von den Ausgaben für die Krisenfürsorge erhalten die Länder drei Viertel vom Reiche überwiesen. Die obersten Landesbehörden haben diesen Betrag auf die Errichtungsgemeinden der öffentlichen Arbeitsnachweise entsprechend ihrer Belastung durch die Krisenfürsorge zu verteilen. Leistungen, die nach diesem Gesetz gewährt werden, gelten nicht als Leistungen der öffentlichen Fürsorge, es besteht also keine Verpflichtung zur Rückzahlung. Dieses Gesetz ist befristet und gilt vorläufig nur bis zum 31. März 1927. Jedoch kann die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats die Geltungdauer dieses Gesetzes verlängern. Sie kann dabei einzelne Berufe oder Bezirke aus der Krisenfürsorge ausnehmen, oder diese auf einzelne Bezirke oder Berufe beschränken, ferner auch die Fürsorge zeitlich begrenzen.

H. Feldmann, Neuhaldensleben.

Kreis Wanzleben

Groß-Ottersleben. Der Arbeiter-Radfahrerverein Solidarität veranstaltete am Totensonntag in den „Hansa-Sälen" einen Theaterabend. Zur Aufführung kam „Die Liebe höret nimmer auf". Das Stück wurde ausgezeichnet gespielt und hatte eine starke Wirkung. Alle Mitwirkenden gaben das Beste und bekamen überaus lebhaften Beifall. Es wäre aber ein stärkerer Besuch zu wünschen gewesen. — Schießerei mit einem Wilderer. In der Nacht zum Dienstag gegen 3 Uhr bemerkten die Polizeibeamten W. und M. am Dorfeingang in Klein-Ottersleben von Hohendodeleben her einen Mann, der sich verdächtig bewegte und in dem man einen Wilderer vermutete. Die Beamten riefen ihn an, worauf er auf 20 Meter herankam und dann aus einer Jagdflinte Feuer gab. Von den Beamten wurde niemand getroffen. Der Wilderer versuchte nun zu fliehen und wurde verfolgt. Nachdem er auf mehrmaligen Ruf nicht stehenblieb, machten die Beamten von ihrer Schußwaffe Gebrauch und brachten ihm einen Fleischschuß bei, der ihn fluchtunfähig machte. In dem Festgenommenen erkannte man den Händler Wilhelm Heinemann, Rathenaustraße 46. Seiner Verletzung wegen mußte er ins Krankenhaus geschafft werden. Gewehr und Munition sind beschlagnahmt. — Arbeiterkulturkartell.

Matthias Tedebus, der Wandersmann

Roman von Ottomar Enking.

(19. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Immer geringer wurde auf die Art Matthiassens Hälfte. Zuletzt widerte ihn die Habgier seiner Schwester so an, daß er zu ihr sagte:

„Gib mir Mutters Tisch mit dem Tintenfaß und der Feder, und dann noch ihren Stuhl und das Bild von ihr und die Bibel — auf das übrige verzichte ich."

Klaras Augen funkelten; sie bezwang ihre Freude mühsam:

„Ja, wenn Du es mir selber alles schenkst —"

„Gewiß, Klara, ich schenke es Dir selber alles."

„Sonst . . . ich will wahrhaftig nichts, als redlich teilen."

„Ja ja. Nimm nur. Was soll ich schließlich mit so viel?"

„Nicht wahr? Du brauchst es ja nicht. Aber ich, wo wir nun bald heiraten."

„Ganz recht. Und das mit dem Geide, das überlassen wir alles dem Advokaten. So gibt es ganz sicher keinen Irrtum, und wir kommen nicht in Unerquicklichkeit."

„O, wir uns uneinig? Was würde Mutter davon wohl denken!"

„Das mein ich auch. Leb wohl, Klara. Alles Gute."

Er machte einen Umweg über den Kirchhof und nahm eine Handvoll Sand vom Grabe seiner Mutter. Mit diesem Häuflein heiliger Erde fuhr er dann wieder über die See.

Er stand hinten auf dem Schiffe. Die Stadt verschwand vor seinen Blicken. Ja, verschwinden. Laß sie. Er hatte da ja auch jetzt nichts mehr zu suchen. Und nach der Melodie: „Es ist bestimmt in Gottes Rat" — die ihm durch den Sinn zog, kamen ihm, im Takte, wie sich die Schraube des Dampfers durch das Wasser weichte, die Verse:

Jetzt muß mein Herz auf Wandern gehn,
Sich nach 'ner andern Stätte umsehn,
Zu bleiben, ja, zu bleiben . . .

*

Gegen den Schmerz gibt es ein unfehlbares Heilmittel: einen noch größern Schmerz.

Das erfuhr Matthias. Wollte noch ja das Wehsal um Lilli in ihm aufquellen, so kam von selber der Gedanke an seine Mutter, und was er an dem Mädchen verloren aber, so mußte er es ja besser nennen: sich nicht gewinnen hatte, das schien ihm denn gering gegen den Schatz, der ihm mit seiner Mutter entrissen worden war.

Lilli, zumal da er sie nicht sah und nichts von ihr hörte als das ganz nichtssagende: in Lübeck bei der Tante — entglitt nun seiner Seele ziemlich, wie die Erinnerung an einen Traum — mag er uns noch so heftig bewegt haben, mögen wir uns, jäh erwachend, noch so bestimmt vorgenommen haben: das vergeß ich nie! — doch blaß und blässer wird, je höher die Sonne steigt und je mehr Geräusche des Tages in unser Ohr dringen. Zuletzt . . . es ist noch nicht einmal Mittag . . . wissen wir nur dumpf, daß wir überhaupt geträumt haben.

Ja, die Geräusche des Tages, die zu Matthias Tedebus hindrangen, waren bei aller Tweetenhorner Stille sogar so stark, daß auch das gern gehegte und gepflegte Leid um seine Mutter darunter — man möchte sagen: zu leiden hatte. Es konnte nicht so viel Raum in seinem Herzen einnehmen, wie er ihm in seiner Sohnesliebe gönnen und für immer erhalten wollte.

Mehr denn je mußte er sich Frau Clasens Vertrauen gefallen lassen. Wen hatte er sonst auf Erden, der ihm auch nur ein Geringes an Mütterlichkeit und mütterlicher Sorge bot? Matthias, bei aller Tapferkeit und allem selbständigen Schreiben, war doch dazu geschaffen, sich irgendwo anzuschmiegen, sein Gemüt irgendwo ruhen zu lassen. Und wenn er nun in seiner Verlassenheit umherschaute: nur auf Frau Clasen fiel sein Auge. Ihre Geschäftigkeit um sein Wohl nahm zu. Die kleinen Dinge des alltäglichen Lebens, über die er sonst seiner Mutter hatte schreiben können, mußte er jetzt mit der Witwe besprechen. Zuerst tat er das allerdings nur wohl oder übel, dann aber erkannte er doch die Vorteile, die er aus Frau Clasens Freundlichkeit zog, und da er ja auch keinen Grund mehr hatte, daran zu zweifeln, daß die Clasenschen Frauen es redlich mit ihm meinten, so begann seine Dankbarkeit, die immer mit Freuden in ihm arbeitete, nach und nach lebhafter und bestimmender zu werden, und in der Enge des Zusammenseins, wo ihn von seinem Herzen aus gar keine Fäden noch mit der Außenwelt verbanden, war Frau Clasen dann bald da, wo sie hinstrebte — sie nannte es: an Mutterstelle. Matthias räumte ihr zwar vorerst diesen Ehrenplatz keineswegs mit einem Wort ein; in seinen Gedanken hielt er daran fest: der Platz mußte ewig leer bleiben, und nur ein Gedächtnismal seiner Liebe, dauernder als Stein und Erz, durfte da aufragen, aber sein Herz nahm gern hinlied mit dem, was das Leben ihm jetzt entgegenbrachte, und er widersprach Frau Clasen nicht, wenn sie mit großem Eifer immer auch neue Dinge anfing, was sie für eine schöne Aufgabe darin sah und wie wohl es ihr selber tat, ihm die Mutter wenigstens etwas zu ersetzen.

Der mütterliche Trieb in dieser Frau hatte spät eine Möglichkeit des Wirkens gefunden, und es bereitete ihr eine Lust, zu fühlen, daß ihr jemand wahr und wahrhaftig dankbar wurde. Das hatte sie noch nie erlebt. Für ihre Mutter konnte sie schaffen vom Morgen bis zum Abend, konnte ihr gute Worte, ja sogar — waren sie auch nur zaghaft — Zärtlichkeiten geben, sie erntete nichts als das „All nich wohr" der verbitterten Greisin.

Fine brauchte keine mütterliche Liebe. Sie war, wenn Frau Clasen recht nachdachte, schon von Jugend an ganz für sich gewesen — vielleicht der Mutter zu ähnlich, als daß sie der Mutter nahezukommen vermochte. Jetzt, seitdem Fine darum rang, die wichtigste, wohl die einzige Tat ihres Lebens zu tun: sich einen Mann zu gewinnen, der sie aus dem Leben hinter den Linden herausholte und ihr bei aller Gebundenheit in der Ehe die Freiheit der Frau schenkte, jetzt war sie erst recht ihre eignen Wege gegangen, sah nur ihr Ziel und verlangte, stumm oder auch laut, daß ihre Mutter mit ihr im Streben nach diesem Ziel aufgehen sollte.

Gab die Mutter in allem nach — nun, das verstand sich für Fine von selber —, dafür bekam Frau Clasen noch nicht einen warmen Blick.

So war die Witwe einsam zwischen den beiden andern Frauen, die sich doch keine Minute des Tages allein ließen.

Nun endlich war da ein neuer Mensch, der sie brauchen konnte und auch brauchte, der so weltverlassen dastand, daß ihm jede andre Seele, die ihm gefällig sein wollte, willkommen sein mußte. Beinahe war Frau Clasen froh, weil Matthias' Mutter das Zeitliche gesegnet und weil er mit seiner Schwester fast ganz gebrochen hatte.

Matthias wurde einig mit der Witwe. Er gestand es sich ein: ein kleiner, wenn auch noch so äußerlicher Ersatz wurde sie ihm in der Tat für das Wesen, das auf dem Friedhof an der Schlei die emsigen Mutterhände für immer ausruhte.

So hatte Matthias in dieser ersten Zeit von Frau Clasens Sehnsucht, einen Sohn in ihm zu erblicken, den Gewinn. Sie unfriedete ihn gleichsam. Sie kam ihm nicht mit Klagen über Großmutters Härte und Fines Kälte. Sie tat das nicht, weil sie durch ihre erwachte Mütterlichkeit von diesen beiden, ihr jetzt unablässig quälenden Dingen abgelenkt worden war.

Aber das Ungewohnte wird gerade dem Schwachen, der immer neue Kräfte von außen nötig hat, um sich weiter zu reißen, rasch zur Gewohnheit und damit zur Last.

(Fortsetzung folgt.)

Am Montag den 22. November hatte der örtliche Parteivorstand erneut alle Arbeiter-Sport- und -Kulturvereine, Gewerkschaften und so weiter zu einer Besprechung über die Bildung eines Kulturkartells eingeladen. Genosse Ernst Wille führte noch einmal an, was in der ersten vorbereitenden Sitzung vereinbart war, daß nämlich die ganze Frage in den einzelnen Organisationen erörtert werden sollte, was ja auch inzwischen zum größten Teile geschehen sei. Der Bildungssekretär des Bezirks, Genosse Grunewald hielt dann einen instruktiven Vortrag über „Wesen und Zweck der Arbeiterkulturkartelle. Er wies darauf hin, daß die Partei in der Zusammenarbeit der verschiedenen Arbeiterorganisationen im Kulturkartell einen wesentlichen Schritt zur Einigkeit aller auf dem Boden des Sozialismus Stehenden erblicke. Gemeinsam müßten neue Wege in organisatorischer und kultureller Beziehung gegangen werden. In der Debatte erklärten von 17 erschienenen Organisationsvertretern 12, und zwar die Vertreter der maßgebenden Vereine sogleich ihren Beitritt zum Kulturkartell. Einige Vertreter konnten noch keinen bindenden Bescheid geben oder wiesen auf gewisse Schwierigkeiten, die dem sofortigen Anschluß im Wege stehen, hin. Es wurde beschlossen, einen siebengliedrigen Ausschuß zu bilden, der seinerseits dann einen Obmann zu wählen hat. Bis zum 15. Dezember sollen die Vertreter beim Kartellvorsitzenden Genossen Ernst Wille gemeldet werden. Wir wollen hoffen, daß durch die Schaffung des Kartells die gesamte Arbeiterschaft [illegible] —

[illegible]. Rentenquetscherei! In der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft sozialer Verbände vom 6. Oktober wurde erwähnt, daß der Beschluß des [illegible] Wohlfahrtsausschusses bezüglich Rentenkürzung als ungültig erklärt wurde, weil der Ausschuß nur beratende Stimme hat und nicht satzungsgemäß zusammengesetzt war. Die zur Nachprüfung durch das Kreiswohlfahrtsamt sollten die Renten in der bisherigen Höhe weitergezahlt werden. Am 31. Oktober fand die Nachprüfung durch einen Vertreter des Kreiswohlfahrtsamtes statt. Merkwürdig an dieser Nachprüfung war, daß bis auf einen Teil den Vorschlägen des Ortsausschusses [illegible] wurde. [illegible] der Ansicht [illegible] werden, daß das Vorgehen des Ortsausschusses [illegible]. In einer [illegible] anläßlich des [illegible] Bestehens des evangelischen Frauenvereins erklärte man [illegible] Gemeindevorsteher, daß er [illegible] wäre, die Not der Armen zu lindern und daß er an der Rentenkürzung nicht schuld sei, sondern diese durch das Kreiswohlfahrtsamt vorgenommen sei. Er hat dabei aber verschwiegen, daß diese Kürzungen nur an Hand der durch ihn gemachten Ermittlungen über die Einkommensverhältnisse der Rentenempfänger möglich waren. Deshalb sei aus diesen Ermittlungen einiges herausgegriffen, z. B. ist einer alten Frau ein [illegible] von 4 Mark und seiner Ehefrau angerechnet worden, obwohl [illegible] wurde, daß die im Hause [illegible] nur 30 Pfennig, ein anderer sogar nur 15 Pfennig [illegible] gezahlt haben. Einigen anderen Rentnern wurde [illegible] zu den Mahlzeiten angerechnet, welche ihre [illegible] geben. Außerdem wurden die [illegible] Sitzung in Anzug gebracht, obwohl nach den [illegible] vom 13. November 1925 [illegible] bis zu 10 Mark für den Haushaltungsvorstand und bis zu 5 Mark für jedes weitere Familienmitglied außer Ansatz bleiben sollen. Wenn alle diese Einkommen nach diesen Angaben [illegible], so es wohl [illegible], wenn die meisten Rentenempfänger, [illegible] Stellen, nicht an die [illegible]. Die Beschwerden [illegible] sich alle [illegible], weil [illegible] Kreiswohlfahrtsamt [illegible] zur Stellungnahme dem Gemeindevorsteher vorlegt. Wenn dieser dann in der [illegible] Weise [illegible], ist nicht damit zu rechnen, daß auf dem Beschwerdewege Hilfe für die Beschwerdeführer geschaffen wird. Es wäre nun wohl an der Zeit, daß sich unsere Genossen in der Gemeindevertretung mit dieser Angelegenheit befassen. Der Dank der alten, notleidenden Rentenempfänger würde ihnen sicher sein, wenn ihre Notlage gelindert würde. — Lose für die Weihnachtslotterie der Arbeiter-Wohlfahrt zum Preise von 30 Pfennig für das Stück und 5 Mark für den Glücksbrief (20 Stück) sind beim Kassierer, Genossen Paul [illegible], Poststraße, und Genossin [illegible] in [illegible] erhältlich. Rege Beteiligung an der guten Sache ist Ehrensache jedes Genossen und Gewerkschaftlers. —

[illegible]. Die Arbeitsgemeinschaft der [illegible] Vereine veranstaltete am Totensonntag eine Gedächtnisfeier zu Ehren der gefallenen Kameraden. Die Vereine marschierten geschlossen zum Denkmal; der Sänger [illegible] die Veranstaltung „Unter allem Wipfeln ist Ruh“. [illegible] Genosse Schumacher (Magdeburg) hielt eine wirkungsvolle Ansprache, die mit der Mahnung an alle Anwesenden endete, mit uns für den Völkerfrieden zu kämpfen. Dann legte Kamerad [illegible] im Namen der Arbeitsgemeinschaft einen Kranz mit [illegible] nieder. — Die schwarzweißroten Vereine [illegible] bei ihrer Veranstaltung eine Kapelle [illegible] und zeigten eine Disziplinlosigkeit ersten Ranges. Ein Teil der Kameraden stand am Denkmal, der andere Teil [illegible] in der Kirche [illegible]. Mit diesem Auftreten haben die [illegible] ganz bestimmt keinen guten Eindruck gemacht. —

[illegible]. [illegible]. Am Sonntag den 28. November, [illegible] 3 Uhr, beabsichtigt das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold an dem neuen Denkmal für die im Weltkrieg gefallenen Kameraden einen Kranz niederzulegen. Die Rede am Denkmal hält Kamerad Gausekretär [illegible] (Magdeburg). Die Kameraden und die Mitglieder befreundeter Vereine versammeln sich um 2½ Uhr beim Gastwirt [illegible]. Die gesamte republikanische Bevölkerung ist zu dieser Feier eingeladen. —

[illegible]. [illegible]. Bei dem [illegible] Genossen [illegible] sind in der letzten Zeit 28 Zentner Erbsen und eine 30 Zentner Gerste gestohlen worden. Als Dieb wurde der Landarbeiter [illegible] ermittelt. Das „[illegible] Tageblatt“ bringt in seiner Nr. 272 vom 19. November einen Bericht, der beginnt: „Der Krug geht so lange zu Wasser, bis er bricht, heißt ein altes Sprichwort. Im vorliegenden Falle war die Gewitter der [illegible] [illegible] und unter Polizeibeamten [illegible], denn [illegible] gelang, den Diebstahl aufzudecken.“ Hierzu muß folgendes bemerkt werden: An der Aufdeckung des Diebstahls ist der [illegible] Genosse [illegible] beteiligt. Ihm gebührt in erster Linie der Dank, denn er ist es gewesen, der den Polizeibeamten [illegible], [illegible] den Dieb gesehen hat. Durch diese Feststellung gelang es, den Dieb noch am selben Tage zu ermitteln. Wir bringen diese Ergänzung, da wir annehmen, daß der Genosse [illegible] in dem Bericht des „[illegible] Tageblattes“ [illegible] nicht erwähnt wurde. —

[illegible]

An Jugend und Elternschaft! Die [illegible] hat in anderen Teil [illegible] Mitgliedern und [illegible] „Aufbrucht“ [illegible]. Die [illegible] muß aber unter allen Umständen und [illegible] werden. Noch ist eine große Zahl von freien Gewerkschaftlern, die beschäftigt sind, zu gewinnen. Ein besonderes Augenmerk muß aber auch der Jugend zugewendet werden. Die sozialistische Arbeiterjugendgruppe ist ebenfalls wieder im Aufblühen begriffen. Allen Jugendlichen wird ein Werbeabend [illegible] und gleichzeitig ein Programm, in welcher Weise die Jugend zu Sozialisten erzogen werden soll. Morgen (Donnerstag) findet in der „Zentralhalle“ ein Jugend-Werbeabend statt. Ein reichhaltiges Programm ist vorgesehen, so daß alle Genossen mit dem Verlauf des Abends zufrieden sein werden. An alle Genossen und Eltern richten wir die Mahnung, gleichzeitig zu erscheinen und vor allen Dingen ihre schulentlassene Jugend mitzubringen. Genossen, helft mit am Werke, die Jugendbewegung groß und stark zu machen, jeder bringe das kleine Opfer und erscheine am Donnerstag abend in der „Zentralhalle“! —

Eine Stadtverordneten-Sitzung findet am Donnerstag nachmittag im Rathaus statt. Fraktionssitzung heute (Mittwoch) abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus. —

Pastor Moeseritz

Dem Gemeindesekretär August Hentrich aus Groß-Ottersleben war ein peinliches Versehen passiert. Er hatte die Kartothek des Einwohnermeldeamts zu führen und schrieb auf eine der Kartothekkarten, als Pastor Moeseritz seinen Einzug ins Dorf hielt, statt des Wortes Pfarrer den auf Dörfern oft geläufigen Ausdruck Pfaffe. Die zweite Kartothekkarte wurde ordnungsgemäß ausgefüllt, also der Stand richtig mit Pfarrer bezeichnet. Von dieser versehentlich falschen Eintragung muß Moeseritz irgendwie Kenntnis erhalten haben. Jedenfalls erschien er eines Tages auf dem Gemeindebureau, erbat sich vom Gemeindevorsteher die Erlaubnis aus, die Kartothek des Ortsteils Klein-Ottersleben nachsehen zu dürfen, um die Kirchensteuerzettel versenden zu können. Die Genehmigung wurde dem Herrn Pfarrer nicht versagt, und triumphierend zog er seine Kartothekkarte hervor, auf der das Wort — Pfaffe stand. Katenbraun lief Moeseritz zum Gemeindevorsteher. Selbstverständlich war der Gemeindevorsteher nicht in der Lage, Auskunft zu geben. Hentrich wurde herbeigerufen, der erklärte, daß die falsche Eintragung lediglich ein Versehen sein könnte. Diese Erklärung genügte Herrn Moeseritz nicht. Er verlangte von dem Beamten, daß er persönlich bei ihm erscheinen und um Verzeihung bitten sollte. Das lehnte Hentrich ab. Und weil der Pastor nun auch noch in Erfahrung gebracht hatte, daß Hentrich der Sozialdemokratischen Partei als Mitglied angehört, beantragte er beim Konsistorium, daß gegen Hentrich bei der Staatsanwaltschaft Anzeige wegen Beleidigung erstattet werden sollte.

Die Staatsanwaltschaft in Magdeburg sah natürlich die unbedingte „Notwendigkeit“ einer öffentlichen Klageerhebung sofort ein, und so wurde Genosse Hentrich eines Tages vor das Schöffengericht zur Verhandlung zitiert. Sie endete mit einem glatten Freispruch, da dem Angeklagten die Absicht einer Beleidigung nicht nachgewiesen war, auch wurde festgestellt, daß das zweite Kartothekblatt ordnungsgemäß und richtig ausgefüllt worden war. In dieser Verhandlung versuchte der Vorsitzende, den Zeugen Moeseritz zu veranlassen, seine Anzeige zurückzunehmen, da der Verlauf der Verhandlung ergeben hatte, daß Hentrich absichtlich den beanstandeten Eintrag nicht ausgeführt habe. Pastor Moeseritz blieb „unerbittlich“. Er verlangte Bestrafung. Das Gericht kam zur Freisprechung, nachdem auch der Staatsanwalt Freisprechung beantragt hatte.

Pastor Moeseritz war mit dem Urteilsspruch nicht einverstanden. Er beantragte beim Konsistorium, daß gegen das freisprechende Urteil Berufung eingelegt werden müßte. Das tat dem Geistlichen den Gefallen. Inzwischen hatte sich aber der Gemeindekirchenrat von Groß-Ottersleben mit der Moeseritzschen Angelegenheit beschäftigt. Er stand einmütig auf dem Standpunkt, daß die Anzeige von Moeseritz zurückgezogen werden sollte. Moeseritz richtete sich nicht danach. Die Otterslebener Bevölkerung nahm gegen Moeseritz Stellung, so daß schließlich der Otterslebener Oberpfarrer Kunert öffentlich folgende Erklärung abgab:

„In der letzten Sitzung unseres Gemeindekirchenrats bin ich nach einer Besprechung über den eingangsgenannten Prozeß gebeten worden, doch über den Freispruch eine Aufklärung in der Presse zu geben, da gewisse Kreise der evangelischen Kirchengemeinde mit dem Ausgang des vielbesprochenen Prozesses angeblich überrascht und beunruhigt seien. Ich komme diesem Wunsche sehr gern nach, da ich bei dem zweiten Verhandlungstermin als Zeuge vernommen worden bin und infolgedessen den Sachverhalt authentisch kenne. Vorausgeschickt muß werden, daß der zweite Verhandlungstermin eine Vorgeschichte hat. Nach allgemeiner Ansicht befand ich mich bei dieser Zeugenvernehmung in einer keineswegs beneidenswerten Lage. Um nun sicher zu gehen, habe ich die ganze Sache vor ein doppeltes Forum gebracht, einerseits vor die amtliche Pfarrerkonferenz des Kirchenkreises Budau, und anderseits vor den Gemeindekirchenrat von St. Stephani. Beide Korporationen haben sich dahin geäußert, daß es am ratsamsten sei, wenn der Prozeß zurückgezogen würde. Die Aussichtslosigkeit war von vornherein klar, wie das Urteil es auch bewiesen hat. Unser Gemeindekirchenrat (bestehend aus zwölf Mitgliedern, von denen zehn anwesend waren, dazu kam noch ein Gast) hat einstimmig protokollarisch beschlossen, daß die beiden hiesigen Geistlichen persönlich Herrn Pastor Moeseritz zur Zurücknahme des Prozesses beeinflussen möchten. Die Unterredung hat stattgefunden, ohne daß wir einen Erfolg trotz eifrigsten Bemühens bei unserm Amtsnachbar hatten.

Was den Freispruch anbetrifft, so mußte die Freisprechung erfolgen, da die juristischen Voraussetzungen für eine Bestrafung fehlten. Staatsanwalt und Gerichtshof haben zwar beide einmütig betont, daß der gebrauchte Ausdruck eine Beleidigung ist; das ist über allen Zweifel erhaben; aber die Absicht der Beleidigung muß bewiesen werden, und das war vollständig unmöglich, namentlich da die andre Karte der Kartothek die richtige Amtsbezeichnung für einen Geistlichen enthält und da der Angeklagte außerdem noch Mitglied der evangelischen Landeskirche ist, so daß nicht angenommen werden konnte, daß er sich in so respektwidriger Weise gegen einen Geistlichen seiner Konfession benehmen konnte. So kam der Staatsanwalt nach ganz kurzem Plädoyer und der Gerichtshof nach kurzer Beratung zu demselben Ergebnis: der Angeklagte ist freizusprechen und die Kosten sind der Staatskasse aufzuerlegen. Schon beim ersten Verhandlungstermin soll von seiten des Rechtsanwalts der Versuch zur Zurücknahme des Prozesses an Gerichtsstätte gemacht worden sein, und es ist nur bedauerlich, daß die bessere Einsicht weiter amtlicher und Laienkreise nicht gesiegt hat. In dubio pro reo dieser Rechtsgrundsatz mußte dem Angeklagten zugute gehalten werden. Die ganze Angelegenheit möchte ich schließen mit dem Worte der Bibel, mit dem ich auch meine eidliche Zeugenaussage vor Gericht eingeleitet habe und die nicht übersehen und nicht verschwiegen werden darf: „Der Mensch siehet, was vor Augen ist, aber Gott siehet das Herz an“ (1. Samuelis 16, Vers 7).

Was kümmerte das aber alles Herrn Moeseritz. Auch das Konsistorium ging achtlos an diesen Vorgängen vorüber. So kam es auch zur Berufungsverhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts Magdeburg. Das Konsistorium hatte es aber als Nebenkläger vorgezogen, in dieser Verhandlung nicht zu erscheinen. Da lediglich das Konsistorium gegen das freisprechende Urteil Berufung eingelegt hatte, mußte die Berufung verworfen werden, so daß es bei dem freisprechenden Urteil verbleibt.

Pastor Moeseritz zog ärgerlich von dannen. Er war selbstverständlich als Zeuge anwesend, hatte aber wegen des Nichterscheinens des Konsistoriums keine Gelegenheit, sich auch ein zweites Mal „auszuzeichnen“. Die Leidtragende wird in dieser Affäre die evangelische Kirche sein. Die Otterslebener Gemeinde hat inzwischen Herrn Moeseritz den Abschied gegeben. Das Konsistorium hat ihn aber belohnt und ihn nach Halberstadt versetzt.

-nn.

Kreis Wolmirstedt

Politische Müller-Zwangsinnung.

Am 20. November hatte die Müller-Zwangsinnung Versammlung. Dr. Mackmann vom Verband für Handel und Gewerbe sollte über Steuerfragen und Buchführung sprechen, begann aber seinen Vortrag mit verfehlten politischen Ansichten. Er kritisierte die Stresemann-Erfolge in Locarno, fand rühmende Worte für die Beseitigung des Hakenzollenmonopols an der Reichswehrführung und behauptete, daß deswegen General von Seeckt gehen mußte.

Der in der Versammlung anwesende Vertreter der Kalbitzer Genossenschaftsmühle, Geschäftsführer Niemann, machte Dr. Mackmann darauf aufmerksam, daß in einer Versammlung der Zwangsinnung keine Politik getrieben werden soll. Das gefiel Dr. Mackmann nicht, er sagte, das sei keine Politik. Die Versammlung beschloß, Dr. Mackmann weiter sprechen zu lassen.

Diese Behandlung der Angelegenheit ist unerhört. Die Müller müssen der Zwangsinnung angehören, müssen zur Versammlung kommen, wenn sie nicht Strafe bezahlen wollen, und dann sollen sie sich noch politische Schmähreden eines Dr. Mackmann mit anhören.

Die Regierung sei an allem schuld, sagt dieser Dr. Mackmann, und diese bürgerliche Regierung wird doch von der Wirtschaftspartei aufs kräftigste unterstützt, in den Deutschnationalen ist die Regierung so sympathisch, daß sie lieber heute als morgen mit hinein wollen. Als Geschäftsführer Niemann zur Schluß der Versammlung noch einmal den Antrag stellte, daß derartige Vorträge politischen Inhalts nicht wieder in der Zwangsinnungs-Versammlung gehalten werden dürfen, da erklärte der Müllermeister Palke, die Ausführungen seien nicht politischer Art gewesen, und die Versammlung schloß sich gegen einige Stimmen dieser merkwürdigen Ansicht an. Nach diesem Beschluß kann es nicht mehr gehen, daß die Zwangsinnung der Müller das Hauptfeld eines Zwangsinnungsmittags von derartigen Versammlungen bestraft. Die ausgeübte Schädte sollte einmal nachsehen, was in der Müller-Zwangsinnung getrieben wird. —

Ebendorf. Die Gemeindevertreter-Sitzung für heute (Mittwoch) abend fällt aus; dafür ist sie am Freitag den 26. November, abends 8 Uhr, bei Dankwerth. — Oeffentliche Landarbeiter-Versammlung am Freitag den 26. November, abends 8 Uhr. Kreisleiter Dobberkau spricht über Landarbeiterfragen. Der Besuch auch der Frauen ist sehr erwünscht. —

Kreis Neuhaldensleben.

Harbke. Die Konsumversammlung war gut besucht. Geschäftsführer Hünke gab den Geschäftsbericht. Am 5. September konnte der Verein auf sein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Weit über Helmstedts Grenzen erstreckt sich heute das Unternehmen. Daß der Verein im Aufblühen steht, zeigte der Kassenbericht. Der Umsatz konnte gegen das Vorjahr weit überholt werden. Trotz der Wirtschaftskrise ist der Umsatz im Steigen begriffen. Unsre Verkaufsstelle hat ihn im letzten Jahr um 17 000 Mark erhöhen können. Der Stand der Mitgliederzahl war am 1. Juli vorigen Jahres 2002, heute 2110. Bemerkenswert ist der Bericht der Bäckerei. Es wurde für 111 440 Mark Ware umgesetzt, 96 863 Brote und 948 573 Stück Weißgebäck hergestellt. Verbacken wurden 2721 Zentner Roggenmehl und 850 Zentner Weizenmehl. Der Gesamtumsatz beträgt durchschnittlich 361 Mark je Mitglied für Backwaren. Für das verflossene Geschäftsjahr sollen 4 Prozent Rückvergütungen gezahlt werden. Wenn in diesem Jahre diese Vergütung geringer ist, so ist das darauf zurückzuführen, daß neuerdings ein größeres Grundstück erworben wurde, um den Betrieb neuzeitlich zu gestalten. Am Freitag den 26. November ist die Generalversammlung, abends 8 Uhr, im „Stadt Hamburg“ in Helmstedt und am Sonnabend den 27. November die Jubiläumsfeier in Zeelkes Saalbau.

Weferlingen - Belsdorf. In der Frauenversammlung hielt Reichstagsabgeordnete Genossin Arning einen vorzüglichen Vortrag über Zweck und Ziel der Arbeiterwohlfahrt. In den zu bildenden Ortsausschuß für Arbeiterwohlfahrt wurden die Genossinnen Stöber, Dehne und Weile gewählt; dazu traten dann noch zwei Mitglieder des Vereinsvorstandes. Diese haben als erste Aufgabe für die Vorbereitungen zur Weihnachtsfeier zu sorgen. Mögen die Genossinnen die Worte beherzigen: Mit gutem Willen ist viel zu schaffen! Lose der Arbeiterwohlfahrtslotterie sind wieder eingetroffen und bei allen Unterkassierern und beim Genossen Weile zu haben. —

Kreis Calbe

[illegible]. Eine Elternbeiratssitzung der Mädchen-Volksschule fand am Freitag abend statt. Dr. Frenzel hielt einen Vortrag über den Gesundheitszustand der Schulkinder. Ihm war zu entnehmen, daß 62 Prozent unsrer Schulmädchen kränklich veranlagt sind. Skrofulose und Unterernährung sind hervorzuheben. Diese Krankheiten sind auf die schlechten Wohnungsverhältnisse und die übergroße Arbeitslosigkeit zurückzuführen. Der Elternbeirat bedauerte, daß die Regierung und der Kreis nur geringe Mittel zur Verfügung gestellt haben. Von Dr. Frenzel wurde der Vorschlag auf Errichtung einer Walderholungsstätte gemacht. Gelände ist genügend vorhanden. Der Elternbeirat hofft, daß die Regierungsstellen ihre finanzielle Hilfe nicht versagen werden. Was nützen uns heute die Untersuchungen und Krankheitsfeststellungen bei den Kindern, wenn nicht die notwendigsten Maß-

Weiche mit Henko ein!

Henko [illegible] Schmutz und [illegible] und erleichtert das [illegible] Waschen [illegible] die Wäsche und spart Seife und [illegible] (Henko [illegible] Wasch- und Bleich-Soda überall zu haben)

Moden, Unterhaltung und praktische Ratschläge finden Sie in der Frauenwelt

Alle 14 Tage 1 Heft
Preis [illegible]

namente und Mittel zur Verfügung gestellt werden; denn bei der Lage unsrer Erwerbslosen besteht wohl für keinen die Möglichkeit, hier Abhilfe zu schaffen. Ueber die Errichtung eines Schulgartens sprach die Lehrerin Fräulein Engelke. Auf Grund dieses Vortrags erklärte sich der in der Sitzung anwesende Bürgermeister Dr. Pilling bereit, den schon seit längerer Zeit vom Elternbeirat eingereichten Antrag auf Errichtung eines Schulgartens, der aber vom Magistrat abgelehnt worden war, nochmals letzterem zur Genehmigung vorzulegen. —

Barby. Der Elternabend der Stadtschule findet am 30. November im „Rautenkranz" statt; Beginn 8 Uhr, Oeffnung des Saales ½8 Uhr. Am Vormittag ist Generalprobe, der alle Schulkinder beiwohnen. Darum muß abends für jedes Kind bezahlt werden, das, ohne mitzuwirken, von den Eltern mitgenommen wird. Als Eintrittsgeld werden pro Person 20 Pf. erhoben. Karten gibt es nur in der Schule. Mehr als 400 Karten werden nicht ausgegeben, um Ueberfüllung des Saales zu vermeiden. Wiederholungen sind in Aussicht genommen. Im Mittelpunkte der Darbietungen steht die Aufführung des Märchenspiels „Prinzeß Thusi", verfaßt von Rektor Weber in Magdeburg. Besonderen Beifall wird gewiß auch der Schleiertanz finden. — Seltener Fang. Ein Angler beförderte am Sonnabend abend aus der Elbe einen 15 Pfund schweren Hecht ans Tageslicht. — Im Hafen wäre am Sonntag dem Eigentümer Fr. ein mit Kohlen beladener Kahn beinahe gesunken. Es gelang ihn zu entlasten und die Restlast gleichmäßig zu verteilen. — Die Geflügelausstellung wird am 12. Dezember, mittags 1 Uhr, im Schützenhaus eröffnet werden. Anmeldungen können bis zum 5. Dezember eingereicht werden. Auswärtige Vereine haben ihre Beteiligung schon zugesagt. Preisrichter sind A. Wormann aus Calbe, Lehrer Hohmann und Franz Striebing aus Zerbst. —

Frohse. Das Reichsbanner veranstaltete am Totensonntag einen Theaterabend zugunsten der Ortsarmen als Weihnachtsbeihilfe. Der Besuch der Veranstaltung war gut. Das Drama „Der Wilderer" wurde vorzüglich aufgeführt. Es waren genußreiche Stunden. Der Behörde kann eine Summe von 40 Mark überwiesen werden, um zu Weihnachten eine Beihilfe zu leisten. — Arbeiterwohlfahrtslose sind im Genossenschaftslager zu erhalten. Jeder Genosse muß Käufer eines Loses sein. — Bergung eines Kahnes. Der vor etlicher Zeit gesunkene Kahn, welcher mit Schotter beladen war, wird jetzt mit Klauenbagger geleichtert; die Hebungsarbeiten haben schon sichtbare Erfolge gehabt. Bis spätestens nächster Woche, so rechnet man, wird der Kahn aus dem nassen Element wieder gehoben sein. — Der Postkasten an der alten Schule ist wieder entfernt und an seinem alten Platz am Rathaus angebracht. Damit ist ein Uebelstand beseitigt. —

Glöthe. In der Volksfürsorge-Versammlung hielt Kollege Gand (Magdeburg) ein Referat über „Volksfürsorge als Kulturgut". Er erläuterte eingehend die Nachteile der kapitalistischen Versicherungsgesellschaften und Abonnementsversicherungen und die Vorteile der Volksfürsorge. Seine Ausführungen erweckten lebhaften Beifall. Der Versammlungsbesuch hätte allerdings viel besser sein müssen. Die Nörgler, die immer an der Volksfürsorge etwas auszusetzen haben, waren nicht anwesend. Anmeldungen zur Volksfürsorge nimmt Kollege Gustav Ritter entgegen. — Die Versammlung der Fabrikarbeiter war den örtlichen Verhältnissen entsprechend gut besucht. Nach einleitenden Worten des Vertrauensmannes gab der Kollege Friedrich Ziem einen Bericht von der Generalversammlung in Staßfurt, der von allen Kollegen gutgeheißen wurde. Kollege Lüdtge erstattete Bericht über die Vertrauensmänner-Konferenz in Halberstadt und Kollege Hille ergänzte und erläuterte die Ausführungen. Einstimmige Annahme fand eine Entschließung, in der unsre Gewerkschaftsvertreter beauftragt werden, Lohnverhandlungen anzubahnen zur Aufbesserung der minimalen Löhne. Dann wurde über das Arbeitsproblem der Saxonia eingehend gesprochen und Kollege Hille hielt noch ein Referat über das Erwerbslosenproblem. Er überzeugte sämtliche Kollegen davon, wie wichtig es ist, sich wirtschaftlich in den freien Gewerkschaften zu organisieren. — Der Bildungsabend, der von der Sozialdemokratischen Partei veranstaltet wird, findet am Freitag den 26. November, abends 8 Uhr, beim Gastwirt Kleve statt. Landtagsabgeordneter Genosse Kaßen (Schönebeck) wird seinen Vortrag „Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie" fortsetzen. Auch unsre weiblichen Parteimitglieder sowie Freunde und Gönner der Partei sind eingeladen.

Groß-Rosenburg. Die Herbstbestellung ist noch rückständig, auch die Zuckerrübenernte dauert noch an. Um beides nicht zu verzögern, wurde die wegen der Maul- und Klauenseuche verhängte Ortssperre in eine Gehöftssperre — Grundstück des Gutsbesitzers Fr. Oßwald — umgewandelt. —

Pr.-Börnecke. Gemeindevertreter-Sitzung. Die Abnahme der Gemeindekassenrechnung für 1925 wurde vorgenommen. Gemeindevorsteher Genosse Röthe gab davon Kenntnis, daß der Gemeindevertreter Gustav Knopf sein Amt niedergelegt hat. Der Ankauf von 100 Obstbäumen wurde beschlossen. Für die bedürftigsten Einwohner unsers Ortes werden 300 Zentner Hausbrandkohle zur Verfügung gestellt. Die Verteilung übernimmt der Fürsorge- und Wohlfahrtsausschuß. Der hiesigen Ortsgruppe der Arbeiterwohlfahrt werden 70 Mark als Gründungsfonds überwiesen. Ein Antrag der Erwerbslosen auf Bewilligung einer Weihnachtsunterstützung mußte im allgemeinen abgelehnt werden, da eine solche Unterstützung nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht möglich ist. Da aber in besondern Notfällen Einzelunterstützungen gegeben werden können, wurde der Antrag zur Feststellung der Einzelbedürftigkeit dem Fürsorgeausschuß überwiesen. Auch in diesem Jahre soll wieder eine Weihnachtsbescherung für die bedürftigsten Einwohner stattfinden. Für diesen Zweck wurden 600 Mark bewilligt, ferner 150 Mark für die Weihnachtsbescherung der Kleinkinderschule. Die Kosten für Errichtung eines Urnenhains wurden bereitgestellt. Die Anlage erfolgt auf dem untern Friedhof. Ferner wurde auf Antrag der Sozialdemokratischen Partei beschlossen, im Frühjahr mit dem Bau von acht neuen Wohnungen zu beginnen. Die erforderliche Aufnahme einer Anleihe wurde beschlossen. —

Bad Salzelmen. Die Arbeitsgemeinschaft republikanischer Vereine veranstaltete am Totensonntag eine besonders eindrucksvolle Totenehrung. Auf dem Ehrenfriedhof an der Magdeburger Straße fand eine Gedächtnisfeier statt, die dem Gedanken der Völkerversöhnung diente. In seiner feierlichen Ansprache betonte Pfarrer Richter aus Leopoldshall, daß aus dem Vermächtnis der Gefallenen aller Nationen für die Lebenden die Verpflichtung erwachse, für Frieden und Verständigung der Völker einzutreten und eine pazifistische Zusammenarbeit zu erstreben. Das waren mannhafte und ehrliche Worte eines Pfarrers, wie wir sie leider so selten von einem evangelischen Seelsorger hören. Wohl bei allen Anwesenden haben die Worte einen tiefen Eindruck hinterlassen. Eingeleitet wurde die Feier durch ein gut vorgetragenes Lied des gemischten Chors der Arbeitersänger. Am Ehrenmal wurde ein Kranz mit schwarz-rotgoldener Schleife niedergelegt, während die Kapelle das Lied vom guten Kameraden spielte. Den Abschluß fand die würdige Feier in einem Vorbeimarsch mit gesenkten Fahnen und entblößten Häuptern an den Gräbern der ausländischen Krieger. — Der Wohltätigkeitsabend der Arbeiterwohlfahrt nahm wieder einen guten Verlauf. Hundert alte Leute wurden mit Kakao und Zwieback an mit Blumen reich geschmückten Tafeln bewirtet. Der Damenchor erfreute mit seinen Liedern. Besondern Beifall ernteten die Turnerinnen beim Holzpantoffelreigen. Die Solojzene „Die Klatschbase" löste größte Heiterkeit aus; auch das „Heidenröslein" wurde sehr gut vorgeführt. Verschiedene Rezitationen und Lieder füllten dann den gut gelungenen Abend aus. Die Weihnachtsbescherung der Arbeiterwohlfahrt findet am 18. Dezember statt. Spenden an Geld und Lebensmitteln nehmen mit Dank Frau Rund, Wilhelmstraße, und Frau Krieg, Baderstraße, jederzeit gern entgegen. — Die Kanalisationsarbeiten am Solgraben mußten vorläufig wieder eingestellt werden. Wir teilten bereits mit, daß die Arbeiten durch die feuchte Witterung der letzten Wochen und den dadurch bedingten hohen Wasserstand sehr erschwert wurden. Jetzt ist dieser Uebelstand aber so stark in Erscheinung getreten, daß man trotz aller nur erdenklichen Maßnahmen, die ein Weiterarbeiten ermöglichen sollten, die Arbeiten bis auf weiteres hat einstellen müssen. Es waren doppelte Wehre errichtet worden. Mit Hilfe von 15 Meter langen Holzkandeln wurde eine Umleitung des Grabens versucht. Aber leider alles vergeblich. Wenn am andern Morgen die Arbeiten beginnen sollten, dann hatte wohl das Wehr gehalten, aber das Grundwasser hat alle Maßnahmen wieder zunichte gemacht und das am Vortag trockengelegte Bett war wieder mit Wasser gefüllt. Trotzdem ist aber schon über die Hälfte des auszuführenden Teiles fertiggestellt worden, und man kann sich jetzt schon eine Vorstellung davon machen, wie der Graben nach Fertigstellung der Arbeiten aussehen wird. Es steht jedenfalls schon jetzt fest, daß das Projekt des Bauamts als vollkommen gelungen zu bezeichnen ist. — Wohlfahrtssammlung. Die vom Magistrat auf Wunsch und Antrag des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes geplante Sachwertsammlung wurde am Montag nochmals von den in Frage kommenden Organisationen gemeinschaftlich mit Bürgermeister Dr. Cyprian besprochen. Es hatten sich gewisse Schwierigkeiten herausgestellt, die nicht zu überbrücken waren, so daß die drei politischen Vereine im Interesse der guten Sache zurücktraten; dafür übernahmen die Wohlfahrts- und Turnvereine die Sachwertsammlung für die Notleidenden der Stadt. Die Sammlung soll bestimmt am Sonntag den 28. November stattfinden und soll von 9 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags dauern. Alle Helfer tragen eine weiße Armbinde mit dem Magistratsstempel. Politische Abzeichen jeder Art dürfen nicht getragen werden. Soweit bis jetzt festzustellen ist, hat die geplante Sachwert-Sammlung in allen Bevölkerungskreisen stärksten Widerhall gefunden. Jeder helfe mit, daß den Notleidenden Erleichterung in ihrer traurigen Lage geschafft werden kann. Der Sammlung ist ein guter Erfolg zu wünschen. —

Schönebeck-Felgeleben. Gesangskonzert. Unendlich schwer lastet die Wirtschaftskrise auf den Schultern der Arbeiterschaft. Trotz verlängerter Arbeitsfron, geschwächter Kaufkraft der in Arbeit Stehenden, trotz Not und Sorge für Kurzarbeiter und Erwerbslose trägt die organisierte Arbeiterschaft in sich den Glauben an eine bessere Gesellschaftsordnung, die Begeisterung für das Schöne, das Streben nach Kulturfortschritt. Das bewies auch der Volksliederabend der Arbeitsgemeinschaft Freie Sänger Schönebeck und Felgeleben am Totensonntag. In andächtiger Stille lauschte der vollbesetzte Saal den Perlen unsers Volksliederschatzes. Tiefempfundene Schönheit und Freude gaben die Chöre den alten Wiegen- und Kinderliedern. Die vorzüglichen Darbietungen des Doppelquartetts, der Einzel- und gemischten Chöre zeugten von völliger Hingabe der Sänger und ernster Arbeit des Dirigenten O. Kramm, dem als Anerkennung zahlreiche Blumenspenden zuteil wurden. Wohlverdienter Beifall für die glänzenden Leistungen lassen die Arbeiterschaft mit Stolz auf ihre Sänger blicken. Stürmisch wurden Wiederholungen und Zugaben gefordert. In der Schlußzugabe, Uthmanns „Weltenfriede", kam das Sehnen der Volksseele wuchtig zum Ausdruck. Den Sängern rufen wir zu: Mit altem Fleiß zu neuem Preis! —

Schönebeck. Versuchte Vergewaltigung. Am Montag abend zwischen 7 und 8 Uhr wurde in der Friedhofstraße am Kirchhof ein 18jähriges Mädchen vom Sohne des Hausschlächters L., Königstraße, und dem Schuhmacher D. überfallen, die versuchten, das Mädchen zu vergewaltigen. Durch Vorübergehende wurden sie in dem Vorhaben gestört. Die Täter sind beide festgenommen und dem Amtsgericht zugeführt. — Verschwunden ist die 18jährige Gertrud Fritze, Alte Peterstraße 10, seit Sonntag abend. Bekleidet ist sie mit einer weißen Pudelmütze, dunkelblauem Rippenmantel, roter Strickjacke, blauseidenem Kleide, grauseidenen Strümpfen, schwarzen Halbschuhen mit Wildlederbesatz und schwarzem Schal. Angaben über den Verbleib des Mädchens sind an die Polizeiverwaltung zu richten. — Entwichen ist der Fürsorgezögling Martha Ständer, die schon aus der Fürsorgeanstalt Wittweida fortgelaufen ist. — Der Chinese, der vor einiger Zeit wegen unberechtigten Handels festgenommen war und dessen Waren durch die Polizei beschlagnahmt wurden, ist am Montag nachmittag erneut wegen desselben Vergehens von der Polizei festgenommen worden. — Das Beamtenortskartell läßt in einer Versammlung für Beamte und Angestellte am 25. November, abends 8 Uhr, im „Landhaus" über Gegenwartsfragen des Berufsbeamtentums reden. — Von der Wohlfahrtssammlung. Auf Einladung des städtischen Wohlfahrtsamtes fand am Montag abend eine Sitzung der Organisationen statt, die bei der Sammlung am 14. November für die Hilfsbedürftigen der Stadt tätig waren. Zweck der Sitzung war, eine schnelle Verteilung der noch vorhandenen Lebensmittel vorzunehmen, unter Berücksichtigung von Vorschlägen der Organisationen. Die Lebensmittel werden am Freitag nachmittag zur Verteilung gelangen. Die andern Sachen (Zeug, Schuhe, Kartoffeln, Kohlen, Holz usw.) werden in einer spätern Sitzung verteilt werden. —

Schönebeck. Ein Kind überfahren. Ein auf der Fahrt nach Bad Salzelmen befindliches Auto überfuhr einen auf der Straße spielenden 3jährigen Knaben, der direkt in den Wagen hineinlief. Bewußtlos wurde er einem in der Nähe wohnenden Arzt zugeführt, doch sollen die meist äußerlichen Verletzungen nicht lebensgefährlich sein. —

Staßfurt. Auf, in den Kampf! Eine Vorbesprechung als Auftakt zur bevorstehenden Stadtverordnetenwahl hielt „das Große G", die Vereinigung des Handwerks, des Handels und des Hausbesitzes am Montag abend ab. Der Besuch war nicht gerade erfolgversprechend. Als Redner präsentierte sich der Schlossermeister und Provinziallandtagsabgeordnete François aus Magdeburg. Er verstand es, seinen Zuhörern das abgeschmackteste Zeug zugkräftig darzustellen. Von Anfang bis Ende war das Referat ein toller Schrei der Entrüstung über das dem Handwerk zugefügte Unrecht. Handel und Hausbesitz kamen dabei nicht auf ihre Rechnung. In Grund und Boden verdammte der Obermeister die heutige Staats- und Wirtschaftspolitik. Nichts als parteipolitisches Manöver sei die Gesetzgebung und die Zerrissenheit in den Reihen des Volkes sei groß. Deshalb hat der gute Mann mit seinen Freunden noch eine neue Partei, die Wirtschaftspartei, ins Leben gerufen. Ueber die Sozialdemokratie sagte der Redner den alten Unsinn, die Sozialdemokratie wolle durch unerhörte Steuerbelastung die Vernichtung der Klasse des Mittelstandes programmmäßig durchführen. Daß die Großunternehmer, die Kartelle und Truste den Mittelstand zertrümmern, aber nicht die Sozialdemokratie, das verschwieg der Obermeister. Auch das Erzbergersche Steuersystem, das die Steuerhoheit des Reiches endlich gebracht hat, verdammte er in Grund und Boden, sagte aber nicht, daß durch die Schonung des Grundbesitzes mit Steuern das Gewerbe mit Hilfe der Rechtsparteien steuerlich belastet ist. Er wetterte dann dagegen, daß sich die Gemeinden viel zu viel mit privatwirtschaftlichen Angelegenheiten beschäftigen. Jetzt müsse Schluß sein mit der rücksichtslosen Staatspolitik zu Lasten des Mittelstandes. Er würde diktieren, mit ihm sein Bundesfreund, die „bürgerliche Presse". Diesen Ausführungen, je von sehr geringem kommunalpolitischem und sozialem Verständnis zeugten, trat Stadtbaurat Seipel entgegen. Er erklärte sich für die Privatwirtschaft durch die Kommunen, insbesondere bestritt er die Beamtenfreundlichkeit des „Großen G". Die Beamten und Angestellten des Rathauses erklären sich mit ihm solidarisch. Nur kommt diese Erkenntnis reichlich spät. Die Beamtenschaft ist die unerhörte Behandlung seitens der Bürgerlichen satt und sehnt sich nach Gerechtigkeit. Rektor Föhse trat ein für Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft. Die Hausbesitzer wollen wieder Herr im eignen Hause sein. Was mit den Mietern geschieht, darüber schwieg sich Herr Föhse aus. Bäckermeister Krügermann kritisierte die parteipolitischen Tendenzen der Linksparteien im Rathaus und versprach aufs neue „sachliche" Arbeit durch die Vertreter des Mittelstandes. Proben hat ja die werktätige Bevölkerung hinreichend zu spüren bekommen. Auch der ehemalige Genosse Gropp konnte nicht umhin, seine kommunalpolitische Tätigkeit in empfehlende Erinnerung zu bringen. Die Arbeiterschaft wird dafür sorgen müssen, daß in Staßfurt möglichst wenige von den bürgerlichen kommunalpolitischen Größen bei der Wahl ins Stadtparlament einziehen.

Staßfurt. Die bürgerliche Magistratsmehrheit hat in ihrer hervorragenden Weisheit, entgegen dem Widerspruch der Arbeitervertreter, beschlossen, zur Stadtverordnetenwahl keine einheitlichen amtlichen Stimmzettel drucken zu lassen und herauszugeben. Wir werden also am 12. Dezember, wie früher, das Vergnügen haben, vor jedem Wahllokal die Stimmzettelverteiler aller sechs oder sieben Parteien aufgestellt und ihre Zettel jedem Ankommenden anpreisen zu sehen. Der alte Jahrmarkt vor den Wahllokalen mit dem lieblichen Anblick der massenhaft umherliegenden, nicht verwendeten Stimmzettel kehrt wieder und die Wähler und Wählerinnen haben wie früher das Vergnügen, aus den angebotenen sechs oder sieben Stimmzetteln sich einen nach ihrem Geschmack auszusuchen und die übrigen wegzuwerfen. Heil diesem Magistrat, der so getreu an der Ueberlieferung der schwarzweißroten Zeit haften bleibt und in richtiger Konsequenz seiner Einstellung die Neuerungen der schwarzrotgoldenen Zeit ablehnt. —

Stadtkreis Aschersleben

Zur Wahl des Gewerbefachschuldirektors, die, wie wir mitteilten, auf den Genossen Nikolaus fiel, bringt der hiesige „Anzeiger" ein „Eingesandt", in dem sich ein „Bürger" sehr aufregt. Es sei seit Jahren ein öffentliches Geheimnis, daß die Gewerbefachschule durchaus nicht den Anforderungen entspreche, die eine Stadt von fast 30 000 Einwohnern stellen müsse. Es hätte daher ein Mann gewählt werden müssen, der die Schule „auf eine höhere Stufe" bringt. Nikolaus sei nur gewählt worden, weil er das „richtige Parteibuch" in der Brusttasche habe usw. An dem ganzen Eingesandt ist nur das eine zutreffend, daß das Parteibuch, das Nikolaus hat, nämlich das sozialdemokratische, das richtige ist. Daß die Gewerbefachschule nicht berechtigten Ansprüchen genügt, wird erst jetzt gesagt, nachdem der bisherige Direktor in den Ruhestand getreten ist. Bis dahin klang es anders. Angenommen, der „Anzeiger" habe recht, so sei doch bemerkt, daß es ein Direktor allein auch nicht schaffen kann. Bei der Schule sind zurzeit bei 32 Klassen drei vollberufliche Lehrer tätig! Der Unterricht wird daher zum großen Teile von Handwerksmeistern und so weiter erteilt. Die sozialdemokratische Fraktion fordert schon seit Jahren, die Zahl der hauptamtlichen Lehrer zu vermehren. Aus Sparsamkeit unterblieb das immer. Auch die Lern- und Lehrmittel der Schule bedürfen sehr der Vervollkommnung. — Nikolaus hat die nötigen Prüfungen bestanden. Daß er ein ruhiger und in seinem Auftreten zu bescheidener Mann ist, ändert nichts an seiner Eignung. —

Der Kündigungsschutz der Angestellten scheint den Arbeitgebern recht unangenehm zu sein, denn er wird von diesen nach Möglichkeit einzuschränken versucht. Das hiesige Kaufmannsgericht hatte sich in seiner letzten Sitzung mit zwei Fällen dieser Art zu beschäftigen. In dem einen Falle war streitig, ob auch die Zeit, während der ein Angestellter als Arbeiter im Betrieb tätig war, mit als „Beschäftigungszeit" zu rechnen ist, und welcher Stichtag für die Berechnung der letzteren maßgebend ist, der Kündigungstag oder der Entlassungstag? Es kam ein Vergleich zustande, der dem Kläger den größern Teil seiner Forderungen zusprach. In dem andern Falle handelte es sich um die Frage, ob das Beschäftigungsverhältnis des Angestellten auch unterbrochen gewesen sein kann. An sich bestätigte das Gericht diese Zulässigkeit. Wenn aber gleichwohl die Klage keinen Erfolg hatte, so deshalb, weil bei jener Unterbrechung das Beschäftigungsverhältnis von dem Angestellten freiwillig aufgelöst worden war und weil die Unterbrechung ungefähr 5 Jahre gedauert hatte. —

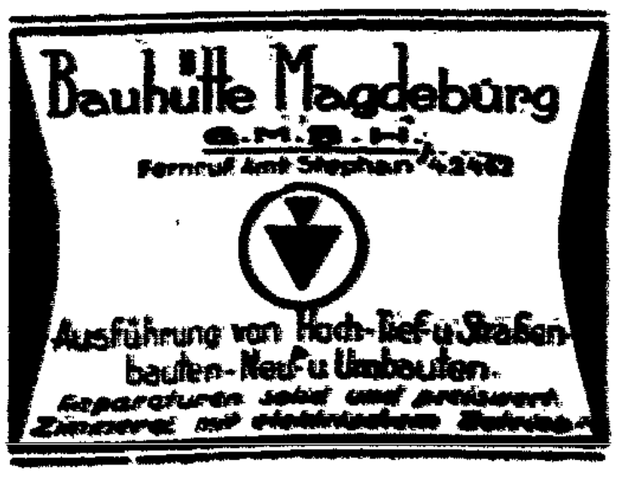
Altmark

Tangermünde. Parteiversammlung am Freitag den 26. November, abends 8 Uhr, in der Genossenschaft. —

Stadtkreis Stendal

Wichtige Parteiversammlung am Freitag den 26. November, abends 8 Uhr, im Lokal von Oeter. Gewerkschaftssekretär Genosse

Ihre chronische Stuhlverstopfung beseitigen Sie durch die bewährten Segregapillen. Hof-Apotheke, Breiter Weg 158.



Kortfeldt's Bettfedern-Reinigung

Tre[illegible]mann spricht über „Wirtschaftskrise und Partei". Genossinnen und Genossen, erscheint alle! —

Einen Lichtbildervortrag veranstaltet am Dienstag den 30. November, abends 8 Uhr, im Saale des „Odeums" der Verein der Freidenker für Feuerbestattung. —

Die 150. Zuchtviehversteigerung des Verbandes für die Zucht des schwarzbunten Tieflandrindes in der Provinz Sachsen findet am Donnerstag den 9. Dezember, vormittags 11 Uhr, in der Ausstellungshalle am Ostbahnhof statt. Zur Versteigerung gelangen 100 Zuchtbullen und 50 tragende Herdbuchkühe und -färsen. —

Der Verein der Gartenfreunde Stendal hielt am Sonntag seine Generalversammlung ab. Der Jahres- und Kassenbericht wurde erstattet. Der gesamte Vorstand wurde einstimmung auf 3 Jahre wiedergewählt. Es folgte eine lebhafte Aussprache über die Ergänzung des Namens A an der Osterburgerstraße. Alle, die noch nicht im Besitz der Schlüssel sind, werden gebeten, diese so bald als möglich in Empfang zu nehmen beim Vorsitzenden Otto Rietz, Arneburgerstraße 15. Der Garten ist den Donnerstag den 25. November an verschlossen. —

Sozialistische Arbeiterjugend. Morgen (Donnerstag) abend 8 Uhr Zusammenkunft im Heim. —

Vom Schöffengericht. Wegen Rückfalldiebstahls und Urkundenfälschung mußte sich der Schneider Ferdinand K. aus Frankfurt, geboren in Stendal, vor dem Gericht verantworten. Man beschuldigt ihn, in Abwesenheit der Frau K. im August deren [illegible] [illegible] und Silbersachen entwendet zu haben. [illegible] [illegible] den Zettel füllt er in dem Sinn aus, daß er beauftragt war, die Kleidungs- und Wäschestücke zu verkaufen. [illegible] — Steuerhinterziehung führte den Gastwirt [illegible] K. aus Gardelegen vor den Richter. [illegible] [illegible] ist. — [illegible] wurde ihn zu 1 Woche Gefängnis verurteilt, [illegible] —

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

[illegible] Sonntag den 28. November Versammlung bei [illegible] [illegible] Pare (Magdeburg). —

Warenmärkte.

Magdeburger Viehmarkt.

Magdeburg, 23 November. Auf dem städtischen Schlacht- und Viehhofe wurden aufgetrieben: 885 Rinder, und zwar 28 Ochsen, 10 Bullen, 463 Färsen und Kühe, 39 Fresser, 702 Kälber, 257 Schafvieh usw., 2080 Schweine.

Bezahlt für 1 Pfund Lebendgewicht in Pfennigen.

1. Rinder. A. Ochsen.

a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts, die noch nicht gezogen haben (ungejocht)	50—56
b) vollfleischige, ausgemästete im Alter von 4 bis 7 Jahren	44—45
c) junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete	—
d) mäßig genährte junge und gut genährte ältere	—

B. Bullen.

a) vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwerts	52—55
b) vollfleischige, jüngere	48—51
c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere	45—47

C. Färsen und Kühe.

a) vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwerts	53—58
b) vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerts b. z. 7 Jahren	45—52
c) jüngere Kühe und Färsen	34—44
d) mäßig genährte Kühe und Färsen	25—33
e) gering genährte Kühe und Färsen	20—27

D. Gering genährtes Jungvieh (Fresser)	20—40
Gut genährte Fresser über Notiz	

2. Kälber.

a) Doppellender feinster Mast	—
b) feinste Mastkälber	60—70
c) mittlere Mast- und beste Saugkälber	50—60
d) geringe Mast- und gute Saugkälber	41—49
e) geringere Saugkälber	30—40

3. Schafe. A. Stallmastschafe.

a) Mastlämmer und jüngere Masthammel	40—44
b) ältere Masthammel, gering. Mastlämmer u. gut genährte junge Schafe	32—39
c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe)	22—30

4. Schweine

a) Fettschweine über 150 kg (3 Zentner) Lebendgewicht	76—79
b) vollfleischige von 120 bis 150 kg (240 bis 300 Pfund) Lebendgewicht	76—78
c) vollfleischige von 100 bis 120 kg (200 bis 240 Pfund) Lebendgewicht	74—76
d) vollfleischige von 80 bis 100 kg (160 bis 200 Pfund) Lebendgewicht	70—73
e) vollfleischige unter 80 kg (160 Pfund) Lebendgewicht	65—71
f) unreine Sauen	60—68
g) geschnittene Eber	

Verlauf und Tendenz: Schweine und Kälber schlecht, sonst mittelmäßig. Ueberstand — Rinder — Kälber. — Schafe 40 Schweine.

Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht-, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben. —

Magdeburger Zuckerbörse vom 23. November.

Der Preis für Weißzucker (einschl. Sack und Verbrauchssteuer) beträgt für 50 Kilogramm brutto für netto ab Verladestelle Magdeburg und Umgebung bei Mengen von mindestens 300 Ztr. bei Lieferung innerhalb 10 Tagen [illegible], per November-Dezember [illegible], per Januar [illegible], per Januar-März [illegible]. Für gemahlene Melis. Tendenz sehr fest.

Berliner Produkten-Börse vom 23. November.

Notierungen an der Produktenbörse ab Station. Weizen, märk. 274—277, mecklenburgischer ——. Roggen, märkischer 227,00—235, per Dezember 245,50—243,75. Sommergerste 195—208. Hafer, märkischer 175—186,00. Mais in Plata 193—195. Weizenmehl 35,75—38,75 einschl. Sack. Roggenmehl 32,75—34,5. Weizenkleie 11,30—12,5. Roggenkleie 11,75—12,75. Raps ——. Viktoriaerbsen 38 bis 42,00. Speiseerbsen 32,00—35,00. Futtererbsen 21,50—24,00. Peluschken 20—22. Ackerbohnen 21,00—22,00. Wicken 28—30. Lupinen, blau 14—14,30. Lupinen, gelb 14,00—15,00. Seradella, neue 21—22,50. Rapskuchen 15,50 bis 16,00. Leinkuchen 20,40—20,60. Trockenschnitzel 8,50—9,60. Sojaschrot 18,60 bis 19,30. Kartoffelflocken 25,00—25,50. (Getreide und Oelsaaten pro 1000 Kg, das übrige pro 100 Kg.)

Notierungen in Kolonialwaren.

Gemäß der Verkehrslage an der heutigen Börse in der Handelskammer zu Magdeburg wurden in Kolonialwaren und Landesprodukten folgende Preise für 50 Kilo bei Bezügen größerer Mengen im Verkehr zwischen Importeuren, Herstellern und Großhandel ermittelt:

Mühlenfabrikate:	
Gerstengraupen, lose	30,00—31,00
Haferflocken	20,00—21,00
Hafergrütze	22,00
Weizengrieß	23,50—23,00
Hartgrieß	24,00—24,25
Kartoffelmehl	22,50
Schnittnudeln	28,00—35,00
Makkaroni	40,00—50,00
Maisstärkepuder	— —
Hülsenfrüchte:	
Bohnen	19,50—24,00
Erbsen, geschälte	31,50—46,00
Linsen, russische	24,00—44,00
Reis:	
Rangoon-Reis	18,25—19,00
Tafel-Reis	20,50—42,00
Bruch-Reis	15,50—16,50
Früchte:	
Pflaumen	29,00—58,00
Korinthen	40,00—46,00
Rosinen	42,00—48,50
Sultaninen, türkische	65,00—78,00
Mandeln, süße	175,00—210,00
Mandeln, bittere	177,00—200,00
Gewürze:	
Pfeffer, schwarz	152,00—161,00
Pfeffer, weiß	236,00—250,00
Piment, Jamaika	115,00—120,00

Kaffee, roh:	
Guatemala usw.	205,00—300,00
Prima Santos	178,00—190,00
Superior Santos	172,00—177,00
Gerste, gebrannt	16,75—17,00
Kakaopulver	50,00—100,00
Tee	280,00—575,00
Speiseöle	50,00—53,00
Mohnöl	62,50—64,50
Rüböl, roh (Badöl)	47,50—46,50
Margarine	— —
Schmalz, amerik. Pur.	71,50—72,00
Marmelade	32,00—36,00
Kunsthonig	31,00—33,75
Corned beef, amerikan. 12/6 lbs. je Kiste	49,00—52,00
Deutsches Büchsenfleisch, in Kisten zu 12 Dosen, à 6 Pfund netto	— —
Heringe pro Tonne	
Engl. Matfulls lange	78,00—95,00
Norwegische	30,50—35,00
Holländische pa sup.	60,00—76,50
Deutsche kleine sup.	47,00—54,50
Sirup:	
Zuckersirup	27,00—30,00
Speisesirup	22,50—30,00
Rübensaft	20,00—34,00

Devisen-Notierungen in Reichsmark.

		22. November Geld	22. November Brief	23. November Geld	23. November Brief
Amsterdam-Rotterdam	100 Gulden	168,21	168,63	168,23	168,45
Buenos Aires	1 Papierpeso	1,709	1,713	1,709	1,712
Brüssel-Antwerpen	100 Belga	58,53	58,67	58,51	58,67
Danzig	100 Gulden	81,62	81,82	81,61	81,81
Oslo	100 Kronen	108,49	106,77	108,01	106,29
Kopenhagen	100 Kronen	112,09	112,37	112,09	112,37
Stockholm	100 Kronen	112,23	112,51	112,22	112,50
Helsingfors	100 finnl. Mark	10,58	10,62	10,561	10,601
Italien	100 Lire	17,29	17,32	17,70	17,74
London	1 Pfund	20,399	20,451	20,403	20,455
Newyork	1 Dollar	4,207	4,217	4,208	4,215
Paris	100 Frank	14,94	14,58	14,90	14,94
Schweiz	100 Frank	81,06	81,25	81,10	81,30
Spanien	100 Peseten	63,77	63,93	63,67	63,83
Japan	1 Yen	2,067	2,071	2,067	2,071
Rio de Janeiro	1 Milreis	0,516	0,518	0,512	0,514
Wien	100 Schilling	59,36	59,50	59,365	59,505
Prag	100 Kronen	12,450	12,490	12,459	12,459
Jugoslawien	100 Dinar	7,42	7,44	7,422	7,442
Budapest	100000 Kronen	5,892	5,912	5,892	5,912
Bulgarien	100 Leva	3,035	3,045	3,037	3,047
Lissabon	100 Escudos	21,525	21,575	21,525	21,575
Athen	100 Drachmen	5,22	5,24	5,23	5,25
Konstantinopel	1 Pfund	2,125	2,133	2,125	2,133

Kanada G. 4,212 B. 4,222 Uruguay G. 4,175 B. 4,185

Vorteilhafte Bezugsquellen

Moritz Bry
Aschersleben
Das größte Spezialgeschäft für Herren- u. Knaben-Garderobe
Arbeiter- u. Berufskleidung

MODENHAUS
[illegible] & [illegible]
ASCHERSLEBEN
Hochwertige Qualitäten zu sehr günstigen Preisen in größter Auswahl!

Möbel
zu billigsten Preisen bei — reellster Bedienung —
2400 qm Geschäftsräume
Eigene Polster- und Tischler-Werkstätten
Größte Auswahl!
C. SCHMIDT
Fernspr. 285 **Möbelhallen** Fernspr. 285
Ueber dem Steintor 38 — Breite Straße 14

Schuhwaren
jeder Art
billigste Bezugsquelle.
Paul König
Aschersleben Ermsleben a. H.

J. Jacks
Aschersleben
Kaufhaus
für
Damen-Konfektion
Kleiderstoffe — Wäsche
Baumwollwaren
Gardinen — Trikotagen
Das Haus der billigen Preise!!

• ODEON •
Sprechapparate und Schallplatten
sind weltberühmt
[illegible] Apparate auf Teilzahlung!
[illegible] — — — [illegible]
ODEON-MUSIK-HAUS ASCHERSLEBEN
[illegible]

Kurt Matthes
Aschersleben
Nr. 30 Breite Straße Nr. 30
Spezialgeschäft für Handschuhe
Krawatten, Hosenträger, Herrenwäsche, Damenwäsche, Oberhemden
Fernsprecher 549

Anna Thieme
Aschersleben :: Markt 15
Telephon 419
Putz- und Modewaren
Trikotagen
Handschuhe, Wollwaren

Auch in dem kleinsten Haushalt muß ein
GASKOCHER
[illegible], denn
fort mit dem KOHLENHERD
[illegible]
Stadtgeschäft: MARKT 2
[illegible]
Fernruf 786 **Städt. Gaswerk ASCHERSLEBEN** Fernruf 786

Conitzer & Co.
ASCHERSLEBEN, Breite Str. 12/13.
Das führende Kaufhaus

[illegible] & Sohn
Stendal
[illegible]
[illegible] Straße 1
[illegible] Straße [illegible]
[illegible] Straße 37 (alt 3. [illegible])

[illegible], Stendal
Billigste Bezugsquelle sämtlicher Bedarfsartikel

Billigste Bezugsquelle für sämtliche Manufakturwaren und Arbeiter-Bekleidung
Martin Teut
Stendal Schadewachten 22

Otto Richter
Brauerei Stendal
Braun-, Weiß- und Gräfer Biere
Alkoholfreie Getränke.

Carl Schaeffer
Tangermünde Lange Fischerstr. 1
Kohlenhandlung Telephon 50 u. 102
empfiehlt
Kohlen, Koks Briketts z. billigst. Tagespr.

[illegible]
Stendal [illegible] 6
Spezial-[illegible]
Eigne [illegible] am Platze.

Albert Berlich
Stendal, [illegible] Nr. [illegible] Fernruf [illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]
Gardinen-Wäscherei

KAUFHAUS
Karl Lung Nachf.
[illegible]
Stendal, [illegible] 4
Arbeiterkleidung, Manufakturwaren
Wollwaren — — — Wäsche

S. Grünberg
Stendal
— Schadewachten 32a —
Möbel, Garderoben Schuhwaren
auf Teilzahlung
bei günstig. Zahlungsbedingungen.

Lederwaren-Spezialhaus
empfiehlt billigst in großer Auswahl:
Damen-Handtaschen
Schul- und Aktenmappen
Koffer und Reisetaschen
Paul Schacht, Stendal, [illegible] 51.

Magdeburger Angelegenheiten

Magdeburg, den 24. November 1926.

Im Laden

Sechs Uhr abends in einem großen Fleischerladen.

Vor dem Ladentisch drängen sich die Menschen. Hintereinander gereiht stehen die Frauen und Männer der Arbeit und harren geduldig, bis die Reihe an ihnen ist, um ihr Viertel Wurst, ihr ehrlich verdientes Abendbrot, zu erwerben. Da plötzlich rauscht es heran: selbstbewußt schreitet eine Frau herein im langen Pelzmantel, den Kopf mit dem feinsten Winterhut bedeckt. Einen geringschätzigen Blick auf den wartenden „Plebs" gerichtet, ruft sie der Verkäuferin zu:

„Kann ich ein Fünftel Schinken bekommen?"

„Jawohl, gnä' Frau!"

Nach einer kleinen Pause: „Na, was ist denn mit meinem Schinken?"

„Gnädige Frau werden bedient, sobald die Reihe an Ihnen ist."

„Sie bedienen mich immer so unhöflich!"

Die wartende Menge wird unruhig.

„Wenn die Herrschaften, die vor Ihnen da waren, alle warten wollen, werde ich Sie zuerst bedienen."

Selbstredend allgemeine Ablehnung und entsprechende Bemerkungen über das ungebührliche Verlangen der „Dame".

Der Fleischermeister, der gerade am andern Ende des großen Ladens zu tun hat, wird aufmerksam. Die Verkäuferin berichtet ihm kurz und sachlich.

„Gnädige Frau," sagt er, „die Verkäuferin hat ganz korrekt gehandelt. Sie werden bedient werden, sobald die Reihe an Ihnen ist. Wenn Sie aber nicht warten wollen, wollen Sie bitte Ihre Einkäufe anderswo betätigen."

Die Menge schmunzelt. — Die Dame zieht nicht ab, sondern stellt sich mit langem, belämmertem Gesicht in die Reihe.

Da plötzlich kommt mir, der ich auch anstehe, eine Erscheinung: Wo hast du denn so ein belämmertes, langes Gesicht schon einmal gesehen? Richtig! Vor Verdun war's, im Jahre 1916, auf dem Truppenverbandplatz. Ich war Sanitätsgefreiter bei unserm guten Bataillonsarzt. Der hatte gerade alle Hände voll zu tun mit Schwerverwundeten. Da kam unser Oberst mit einem kleinen Fingerritzer:

„Gut' Morgen, Doktor, wollen Sie mir vielleicht den Finger verbinden?"

„Jawohl, Herr Oberst, wenn ich meine Schwerverwundeten versorgt habe, kommen Sie sofort dran."

Der Oberst machte ein genau so langes Gesicht wie die Dame da hinten — und wartete.

Achtung aber vor dem ruhigen, taktvollen Benehmen der Verkäuferin und dem wahrhaft geschäftlichen Geiste des Fleischermeisters! —

Nur durch die Arbeitsämter

Das Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt in Magdeburg weist darauf hin, daß die Vermittlung von Arbeitskräften für den Kanalbau nur durch die für die einzelnen Bauabschnitte zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweise erfolgt, die vorläufig in der Lage sind, den Bedarf aus ihrem eignen Bezirk zu decken. Wenn nötig, werden aber diese Arbeitsnachweise im Wege des zwischenörtlichen Ausgleichs auch bei andern Arbeitsnachweisen gemeldete Erwerbslose heranziehen. Es muß daher vor zwecklosem Umherreisen von Erwerbslosen zur Beschaffung von Arbeitsstellen beim Kanalbau dringend gewarnt und jeder Arbeitsuchende auf den für seinen Wohnort zuständigen Arbeitsnachweis hingewiesen werden. —

Kleingärtner und öffentliches Leben

Aus Kreisen der Schrebergärtner wird uns geschrieben:

Die Kleingartentätigkeit ist keine Berufsausübung. Sie stellt auch keinen Nebenberuf dar. Der Kleingarten ist ein Ersatz für den Hausgarten und als solcher ein Teil der Wohnung. Seine Pflege ist, Pflege des natürlich erweiterten Wohnheims.

Kleingartentätigkeit schafft und fördert sowohl für den Ausübenden als auch für die Allgemeinheit große gesundheitliche, soziale und kulturelle Werte. Sie schafft auch bedeutende Werte wirtschaftlicher, und zwar privat- und volkswirtschaftlicher Art unmittelbar und noch mehr mittelbar.

Indessen darf kein Kleingärtner glauben, er habe ein sittliches, soziales und staatsbürgerliches Recht, all seine neben der häuslichen Arbeit berufsfreie Zeit seiner Gartentätigkeit und dem Gartengenuß zu widmen. Wer das wirklich glaubt und danach handelt, ist ein schlechter Staatsbürger und ein ebenso schlechter Angehöriger seines Berufsstandes.

Die neuzeitlichen Verfassungen des Reiches, der Länder und der Gemeinden machen es jedem Kleingärtner als Staatsbürger zur sittlichen Pflicht, für Reich, Land und Gemeinde sein Bestes an Wissen und Können aufzuwenden, damit die Wohlfahrt des Volkes gedeihe. Diese Verfassungen verpflichten auch jeden, in seinem Berufsstande seinen Mann zu stehen und an dessen Zingen zur Geltendmachung in der Gesamtgesellschaft nach Kräften teilzunehmen. Mit andern Worten gesagt, heißt das: Das politische Parteileben hat ungeminderten, womöglich erhöhten Anspruch auf die Mitarbeit derer, die Kleingarteninhaber sind. Einen gleich großen Anspruch hat das Gewerkschaftsleben auf jeden, der seinen Lebenserwerb als Arbeiter, Angestellter oder Beamter wahrnimmt.

Diejenigen Kleingärtner schädigen die Kleingartensache, die ihrer staatsbürgerlichen und berufsständischen Pflichten irgendwie vernachlässigen, denn sie geben Anlaß zu dem dann scheinbar berechtigten Vorwurf, daß die Gartentätigkeit und das Gartenbehagen den Sinn der Menschen für öffentliche Angelegenheiten einschläfere. Und zu der Gegnerschaft derer, die im politischen und berufsständischen Leben eine besonders rege Tätigkeit entfalten, daß sie meinen, es nicht verantworten zu können, ebenfalls noch Kleingärtner zu werden.

Aber auch die Nichtkleingärtner, die Gartenlosen sind im Unrecht, wenn sie glauben, sie müßten sich gegen die Kleingartensache einsetzen, weil eine Minderheit von Kleingärtnern den öffentlichen Angelegenheiten ohne oder mit schwacher Teilnahme gegenübersteht. Sie sollten vielmehr nachdrücklich bestrebt sein, ebenfalls Garteninhaber zu werden, so daß sie selbst und ihre Familie in den Genuß der Gaben gelangen, daß sie des Segens teilhaftig werden, der aus dem Schollenverbundensein zu jeder Zeit strömt.

Z. S.

Berufsschulpädagogische Tage

Zum Zwecke der Schaffung einer Mädchenberufsschule veranstaltete die Magdeburger Ortsgruppe des preußischen Landesverbandes der Lehrerinnen an Berufs- und Fachschulen in Arbeitsgemeinschaft mit dem Institut für Jugendkunde eine Propagandatagung.

Am ersten Tage sprach Professor Petersen (Jena) über:

Die geschichtliche Entwicklung der Mädchenberufsschule.

Die Geschichte der Mädchenberufsschule ist noch nicht alt. Man muß zwei Epochen unterscheiden: eine romantisch-sentimentale, in der man ein Sonderreich der Frau schaffen will und dann die, in der die Frau um Anerkennung ihrer Arbeit kämpft. Der Kampf der Mädchen-Gymnasien um ihre Existenz und schließlich ihre Anerkennung bereitete eine andre Einstellung der Arbeiterin gegenüber vor. Die weibliche Arbeit wurde allmählich von Vorurteilen befreit und die Frau gewann nach harten Kämpfen ihr Recht auf Bildung und Arbeit.

Die Mädchen-Berufsschulen wurden nun wirtschaftliche Notwendigkeit, der Staat mußte sich aus sozialen Gründen mit ihrer Einrichtung befassen. Es kommt jetzt noch darauf an, den Lehrplan so auszugestalten, daß er den Ansprüchen genügt, die an ihn gestellt werden. Soviel Achtung man vor irgendeiner Fürstin haben kann, so geht es nicht an, den Proletariermädchen im Vogtland nichts andres im Unterricht zu erzählen, als Begebenheiten aus ihrem Leben. Damit bereitet man sie wahrhaftig nicht für ihr eignes Leben vor und macht sie nicht zu praktischen Menschen. Daß Professor Petersen diese Umgestaltung des Lehrplans fordert, muß ihm besonders anerkannt werden.

Die Erziehungsaufgabe der Mädchenberufsschule.

Darüber sprach am Sonntag morgen Dr. Erna Barschak (Berlin). Die Formung der Jugend soll kein Abrichten auf bestimmte Arbeiten sein, sondern muß bei lebendigstem Interesse aller Beteiligten vor sich gehen. Die Mädchenberufsschule soll keineswegs in Konkurrenz mit der Praxis treten. Sie soll nur eine Vervollständigung sein, aber doch wieder mehr als eine Ergänzung. Im Handel fehlt jedes geregelte Lehrverhältnis. Es wird weder auf Qualifikation des Lehrherrn noch auf Können der Lehrlinge bei Beendigung der Lehre Wert gelegt. Die Ausbildung ist durch die Spezialisierung oft mangelhaft. Die Berufsschule soll Lücken ausfüllen; sie soll sich nicht nur auf gelernte Mädchen erstrecken, sondern auch auf die angelernten und ungelernten.

Mit rein fachlicher Ausbildung können die Berufsschulen ihrer Aufgabe nicht gerecht werden. Werkunterricht, Gartenunterricht usw. müssen in das Lehrgebiet aufgenommen werden. Die Vermittlung von Wirtschaftskenntnissen muß durch Erziehung zur Arbeit durch die Arbeit geschehen. Eine Arbeitsdisziplin muß geschaffen werden, die nicht gleichwertig mit Drill ist. Hierin liegt die Hauptverpflichtung gegen die Gesamtheit. Eine besondere Aufgabe ist der Dienst an der zukünftigen Entwicklung. Der Unterricht darf nichts Starres sein und nicht verknöchern; er darf nicht nur Wert auf hauswirtschaftliche Ausbildung legen. Wohl ist es notwendig, die modernen Haushaltführungen den erwerbstätigen Frauen zu lehren, damit sie späterhin in ihrem Doppelberuf als Werktätige und als Mutter Erleichterung finden.

Große pädagogische Schwierigkeiten, bedingt durch das jugendliche Alter, hat die Mädchenberufsschule zu lösen. Der Lehrstoff darf nichts Unjugendliches an sich haben. In den meisten Fällen stehen die Schulentlassenen dem Leben rat- und hilflos gegenüber. Eine Stimmung der Enttäuschung und Verzweiflung untergräbt Lebens- und Arbeitsfreude. Hier ist das stärkste Gegenmittel: Weckung von Berufsfreude. Es ist eine allgemeine Erscheinung, daß, je länger die Berufsausbildung währt, desto schwächer die Berufsfreude wird. Die in den meisten Fällen unfreundliche Behandlung durch die Vorgesetzten, eine ungünstige Umgebung und eintönige Arbeit sind die Hauptursachen. Größtenteils kennen die berufstätigen Frauen kein freundliches Zuhause. Enge Wohnverhältnisse, Fehlen jeder Behaglichkeit treiben die Mädchen in die Arme des Vergnügungslebens. Als Gegenmittel muß eine erlebte Lebenskunde gepflegt werden. Die Berufsschule soll den Menschen nicht zum Schreiner, sondern den Schreiner zum Menschen machen. Die Berufsschule darf nicht vom Leben isoliert stehen. Sie muß den Mädchen in den kritischsten Tagen des Lebens einen gewissen Halt bieten.

Ueber die

Forderungen der Volksschule an die Berufsschule

sprach am Sonntag abend Rektorin Margarete Behrens (Magdeburg). Die Volksschule fordert von der Mädchenberufsschule die Fortführung alles dessen, was sie in die Kinder hineingelegt hat. Eine tiefe Sorge muß jeden, der es ernst mit der Jugend meint, erfassen um unsre Mädchen. Behaftet mit den Kriegserlebnissen ihrer Mütter, stark von Rachitis, Tuberkulose und den Geschlechtskrankheiten heimgesucht, wachsen sie heran. Alle bisherige Jugendfürsorge ist ungenügend gewesen. Die schulärztliche Versorgung der Volksschule muß die Mädchenberufsschule fortsetzen. Wie furchtbar die Nöte unsrer weiblichen Jugend sind, kann nur der voll ermessen, der einmal in den Wohnungen der großstädtischen Mietkasernen gelebt hat. Jeder jungee Erzieher müßte deshalb einmal hier einen Blick hineinwerfen können. Denn die Wohnungsnot ist die Wurzel aller sozialen Not. Die ganze Fülle des Kinderelends mit ihrer Bettelei und Frühreife wächst auf diesem Boden. Es ist deshalb begreiflich, daß die Mädchen ungeheuer lichthungrig sind. Erschütternd waren die Bilder, die Fräulein Behrens aus ihrer praktischen Erfahrung zeichnete.

Die Volksschule fordert von der Mädchenberufsschule, daß sie eine Lebensstätte werde. Sie soll nicht ihr alleiniges Ziel darin sehen, nur auf das Leben vorzubereiten. Freude ist alles, was den Mädchen fehlt! Dazu gehört in erster Linie ein wohnliches, freundliches Schulheim. Aus den Kasernenschulen müssen trauliche Räume geschaffen werden. Dann muß eine Gemeinschaft zwischen Lehrerinnen und Schülerinnen gebildet werden.

Die Lehrkräfte dürfen nicht in Schemas und Pläne eingeengt werden; die neue Schule braucht den ganzen Menschen. Mit der Jugend und für die Jugend muß die Menschenbildung unsrer Zeit gehen. Die Unternehmer haben kein rechtes Verständnis für diese Schulform; sie sehen nur immer den meßbaren Nutzen. Es kommt aber nicht auf den Stoff an, sondern auf die Erweckung von Kraft. Aus Freude an der Arbeit muß ein Arbeitsethos erwachsen. Die Schule darf nicht spezialisieren, sondern sie muß Erlebnis schaffen. Bisher wurde in den Schulen gearbeitet, aber nichts erarbeitet. Zwischen Volksschule und Berufsschule darf es keine Trennung geben.

Am Montag sprach Dr. Olga Essig (Hamburg) über

die seitherigen Lösungsversuche

der Mädchenberufsschule. Jeder gesellschaftliche Fortschritt ist begrenzt vom Wollen und Können jeder Generation. Wir haben heute formell die Gleichstellung der Frauen. In der Praxis ist manches noch beim alten geblieben. Die Lösung dieses Problems ist eine gewaltige Aufgabe der Erziehung. Von den 4 Millionen Jugendlicher im Alter von 14 bis 17 Jahren, die die Statistik 1922 zählt, waren an den Berufsschulen 1,7 Millionen eingeschult, davon waren 1,2 Millionen Knaben und nur ½ Million Mädchen. Für diese jungen Mädchen sind die Berufsmöglichkeiten sehr eng. Und von den vorhandenen Lehr- oder Arbeitsplätzen sind nur wenige so, daß sie wirkliche Ausbildung und Erziehung vermitteln. Die Berufslosigkeit bringt schwere Gefahren für die weibliche Jugend. Dieser Zustand wird vorläufig so anhalten. Auch in der Haus- und Landwirtschaft hat ein Rückgang der Beschäftigungsmöglichkeiten eingesetzt. Ein Lehrverhältnis besteht in diesen Berufen selten. Mit einer reichsgesetzlichen Reglung kann hier wenig Wandel geschafft werden. Die Mädchenberufsschule hat sich bisher darauf beschränkt, Mädchen zu unterrichten, die eine geregelte Beschäftigung haben.

Für den Teil der jüngsten Mädchen, der unbeschäftigt bleibt, sind die verschiedensten Einrichtungen an den Berufsschulen freiwilliger und auch obligatorischer Art getroffen worden. Die Rednerin wendet sich aus mehreren Gründen gegen die allgemeine Einführung eines hauswirtschaftlichen Pflichtjahres. Wir leben heute in einer großen Wirtschaftskrise, die Arbeitslosigkeit schafft; vielleicht ist die Berufslosigkeit der jungen Mädchen hier eine Teilerscheinung. Die Annahme ist aber auch berechtigt, daß durch die Rationalisierung der Bedarf an jungen Mädchen immer gering bleibt. Die Zunahme älterer Mädchen an der Berufsarbeit ist in den sozial wenig bewerteten Berufen absolut und relativ vorhanden, während sie aus den höher bewerteten Berufen verdrängt wird. Für diese Berufe muß auch das Monopol der höhern Schulen wegfallen. Manche Bedenken sind gegen die Berufsschulung vorhanden, trotzdem muß sie gefordert werden.

Anschließend wurde eine Resolution angenommen, die von Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung in Magdeburg die Einrichtung einer Schule für alle Mädchen, die berufstätig sind, fordert. —

Fahrpreisermäßigung für Jugendpflege

Die neuen Bestimmungen über die Gewährung von Fahrpreisermäßigung für Fahrten im Interesse der Jugendpflege treten am 1. Januar 1927 in Kraft. Nach diesen Bestimmungen wird die Ermäßigung nur den Jugendvereinen gewährt, die in die behördliche Liste der Jugendpflegevereine eingetragen sind. Diese Eintragung muß jeder Jugendverein bis zum 30. November bei der zuständigen Regierungsstelle, in Preußen beim Regierungspräsidenten beantragen. In der Regel werden die Orts- oder Kreisausschüsse für Jugendpflege die Anträge weiterleiten. In den Anträgen ist der Name der Vereinigung, ihr Sitz, ihr Zweck, die Zahl ihrer Mitglieder unter 20 Jahren sowie Name und Wohnung des Vorsitzenden oder der Geschäftsstelle des Vereins anzugeben.

Die behördliche Anerkennung der Jugendgruppen der Sozialistischen Arbeiterjugend, der freien Gewerkschaften und der Arbeitersportverbände muß erfolgen, da die Zentralen dieser Verbände dem Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände bzw. der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege angeschlossen sind. Dem Antrag der Ortsgruppen ist eine Bescheinigung der Bezirksleitungen über die Zugehörigkeit des Verbandes zu den obengenannten Spitzenorganisationen beizufügen. Ueber die Anerkennung durch die Regierung wird eine Bescheinigung ausgestellt, die bei der Beantragung der Ermäßigung am Fahrkartenschalter vorzuzeigen ist. Größere Vereine können mehrere Ausweise erhalten, wenn sie es in dem Antrag vermerken.

Alle leitenden Aufsichtspersonen müssen einen behördlichen Lichtbildausweis besitzen, der ebenfalls von dem Regierungspräsidenten ausgefertigt wird. Die Ausfertigung muß gleichfalls bis zum 30. November beim Regierungspräsidenten beantragt werden. Dabei ist neben dem Vor- und Zunamen und der Adresse des Führers der Name und die Anschrift des Vereins anzugeben sowie ein Lichtbild in Paßgröße beizufügen. Als Aufsichtspersonen können Funktionäre der Gruppen im Alter von mehr als 18 Jahren namhaft gemacht werden.

Die Ausweiskarte des Vereins gilt für ein Jahr, für das Jahr 1927 wird eine blaue Karte ausgegeben. Der Lichtbildausweis gilt unbeschränkte Zeit. Ab 1. Januar 1927 ist die Fahrpreisermäßigung nur dann zu erlangen, wenn bei der Antragstellung die blaue Ausweiskarte und die Lichtbildausweise der die Fahrt leitenden Funktionäre vorgelegt werden. —

Sozialdemokratische Partei.

Bezirk Wilhelmstadt. Die Frauen berichtigen am Donnerstag den Kassenbericht. Treffpunkt an „Stadt Köln" um ½6 Uhr.

Ein schwerer Junge erwischt

In der Nacht vom 22. zum 23. November gelang es der Magdeburger Kriminalpolizei einen gefährlichen Einbrecher festzunehmen. Es handelt sich um den 18jährigen Fürsorgezögling Heinrich Precht aus Delmhorst. Er wurde in das Polizeigefängnis gebracht. Bis jetzt hat ihm die Kriminalpolizei 17 Einbrüche und Diebstähle nachgewiesen.

Precht gehört zum Typus des Fassadenkletterers. Er suchte sich mit Vorliebe Grundstücke aus, an denen Ausbesserungsgerüste standen. An diesen kletterte er dann empor, klomm an den Dachabfallröhren weiter und gelangte so durch die Dachluken in das Innere der Gebäude. U. a. räumte er vor einigen Tagen die im Dachgeschoß gelegenen Schlafstuben der Angestellten einer hiesigen bekannten Wein- und Biergaststätte aus. Desgleichen die Vorratskammer auf dem Boden einer andern Gaststätte. Daß diese Tätigkeit nicht ganz ungefährlich sei, hob er mit Stolz hervor, da er bei seiner Vernehmung bemerkte, daß er neulich beinahe das Leben durch Abrutschen von einem Dach eingebüßt hätte.

Ebenso stolz ist er auf seine zweite Spezialität, den Laubeneinbruch. Er rühmt sich, daß er im südlichen Teile der Wilhelmstadt wohl keine Laube unverschont gelassen habe. Ferner betätigt er sich auf dem Gebiete des Fahrraddiebstahls. Die erbeuteten Wertgegenstände, Kleider usw., soweit er sich nicht selbst mit ihnen ausstattete, verkaufte er in den Herbergen. Den Hehlern ist die Kriminalpolizei auf der Spur. —

Vom Wochenmarkt

Heute gab es blaue Nasen und rote Backen auf dem Markte. Die Kohlsorten und Obst herrschen auf dem Gemüsemarkt vor. Das Pfund Grünkohl kostet zerkleinert 15 Pf. und in Stunden 10 Pf., Rosenkohl ist das Pfund für 25 Pf. zu kaufen. Für den Kopf Blumenkohl muß 40 bis 50 Pf. gezahlt werden. Rotkohl kostet das Pfund 6 Pf., Weißkohl und Wirsingkohl 4 Pf. Sellerieknollen kosten 10 bis 20 Pf. das Stück. Der Preis für das Pfund Zwiebeln ist 5 Pf. und für das Pfund Kartoffeln 4 Pf. Für Birnen bewegt sich der Preis zwischen 15 und 40 Pf. pro Pfund, für Aepfel zwischen 25 und 60 Pf.

Geflügel aller Art ist reichlich vorhanden. Das Pfund Gänsefleisch kostet 1,10 bis 1,30 Mark. Für Hühner werden 3 bis 4 Mark verlangt. Rebhühner und Tauben kosten 75 Pf. bis 1 Mark. Fasanenhähne sind mit 6 Mark ausgezeichnet. Hasen sind nur spärlich vertreten. Für das Pfund Gefro-

fleisch im Felle beträgt der Preis 1,10 Mark, für zerkleinertes Fleisch 1,30 Mark.

Die Preise auf dem Fischmarkt sind unverändert. Das Stück Salzheringe kostet je nach Sorte 10 bis 20 Pf. Für das Pfund Bratfische werden 15 Pf. verlangt. Grüne Heringe kosten 2 Pfund 55 Pf. Schellfisch, Kabeljau und Rotbarsch kosten 55 Pf. Das Pfund Flußhecht kann für 1 Mark gekauft werden. Für das Pfund Bücklinge werden 48 Pf. verlangt. Kieler Sprotten kosten 70 Pf. Geräucherter Schellfisch ist das Pfund für 50 Pf. zu kaufen.

Der Fleischmarkt zeigt große Lücken. Käufer sind nur sehr wenig vorhanden. Rindfleisch und Gehacktes kosten 1,10 Mark das Pfund. Schweinefleisch, Nacken und Rouladen sind das Pfund für 1,30 Mark zu kaufen. Geräucherter Speck kostet 1,50 Mark und Schinken 2 Mark. Sülze, Rotwurst und Leberwurst ist das Pfund für 1,40 Mark zu kaufen. Zerbster Brägenwurst kostet 1,50 Mark, Mettwurst 1,60 Mark und Bratwurst 1,50 Mark.

Landbutter kostet das Stück 90 Pf bis 1 Mark. Für das Pfund Molkereibutter muß 2,40 Mark bezahlt werden. Eier kosten 15 Pf. das Stück. Für die Rolle Landkäse (6 Stück) wird 65 Pf. verlangt. —

Alkoholverbrauch in Magdeburg

Die Steuereingänge der Stadt aus der Getränkesteuer geben zugleich einen Ueberblick über die in Magdeburg konsumierten Alkoholmengen. Aus Bier-, Wein- und Schaumweinsteuer gehen monatlich durchschnittlich etwa 70 000 Mark ein, im Jahr also gegen eine Million Mark. Weine werden in Magdeburg verhältnismäßig wenig getrunken. Bei einem Durchschnittspreis von 25 Pf. pro Flasche kann man für den Monat Oktober rund 30 000 Flaschen errechnen, was einem Jahresverbrauch von 360 000 Flaschen gleichkommt, so daß also ein Einwohner Magdeburgs jährlich 1,2 Flaschen Wein trinkt.

Anders aber werden die Zahlen beim Bier. Im Juli wurden in Magdeburg 36 685 Hektoliter Bier getrunken, was pro Kopf 12 Liter bedeutet. Die Steuern, die sich nach dem Gehalt des Bieres von 1 bis 3 Mark pro Hektoliter staffeln, erbrachte dann auch nicht weniger als 39 000 Mark in jedem Monaten. Der Genuß schwerer Alkohole, also Branntwein und Likör, ist ziemlich erheblich. 200 Liter Branntwein wurden im September „erledigt", aber in den letzten Wintermonaten wird erfahrungsgemäß mehr mehr getrunken. Auch die vielen Vereinsveranstaltungen führen eine wesentliche Erhöhung des Konsums an alkoholischen Getränken mit sich. Der August, in dem wohl der wenigste Branntwein getrunken wird, bracht immerhin 5600 Mark Steuern. Jedenfalls wurden alle Steuereinnahmen für alkoholische Getränke erreicht, für Wein gingen die Steuereingänge noch über das Sommersoll hinaus. In diese Verbrauchssumme sind nur erstmals [illegible], über aber einen verschiedene Wein usw., ferner die verschiedenen Limonaden und Mineralwasser (Selters usw.).

Man sieht, die Schäle einer Großstadt nimmt einige Quantitäten an verschiedenen Alkoholarten auf, wobei ist durch die Wohlfahrt [illegible] des Alkoholverbrauchs erheblich zurückgegangen.

Diese Alkoholmengen wurden ausgeschenkt in 67 Gasthäusern (Lokalen mit Fremdenbeherbergung), und 520 [illegible] Lokalen, die Wein, Bier und Branntwein zum Ausschank bringen dürfen. Mit Beschränkung auf Bier (ohne Branntwein) bestehen 55 Wirtschaften, gänzlich alkoholfrei sind 34 Konzessionen vergeben. Außerdem ist 205 Branntweinkleinhandlungen die Erlaubnis erteilt, Spirituosen offen in kleinen Mengen zu verkaufen, während 195 Betriebe alkoholische Getränke nur in geschlossenen Flaschen zum Verkauf bringen dürfen. Nehmen man die genannten Zahlen für eine Einwohnerzahl von 293 182 auf die Kopfzahl an, so ergibt sich, daß je eine Schankwirtschaft auf 456 Einwohner fällt. Bedenkt man, daß Kinder und Greise kaum als „Kundschaft" in Frage kommen, so stellt sich das Ergebnis auf etwa 200 bis 225 Personen je Gastwirtschaft.

Je Gasthaus und Hotels kommt je ein Betrieb auf 4380 Einwohner. Hier steht aber der Fremdenverkehr die ausschlaggebende Rolle. Ferner fällt auf die Kopfzahl von 781 eine Branntweinhandlung. Konzessionserteilungen erfolgten im Jahre 1925 zehn, denen aber ungefähr gleichviel Konzessionsentziehungen gegenüberstehen. Heute stehen selbst die Gastwirte auf dem Standpunkt, daß Neukonzessionen möglichst (nicht prinzipiell) nicht erteilt werden sollen, da die 1066 Gastwirten und Spirituosenhandlungen für eine Stadt von der Größe Magdeburgs vollständig ausreichen. —

— [illegible] Bezirk Sudenburg. Genosse [illegible] sprach vor einer gut besuchten Frauenversammlung über den [illegible]. Sehr aufmerksam folgten die Genossinnen dem Vortrag. Den Referenten lohnte reicher Beifall. Es wurden dann die Anwesenden zur Weihnachtsbescherung [illegible] und die Genossinnen zur regen Mitarbeit aufgefordert. Auf das Konzert am 5. Dezember im „Kaiserhaus", das die Arbeiterwohlfahrt veranstaltet, wurde hingewiesen. —

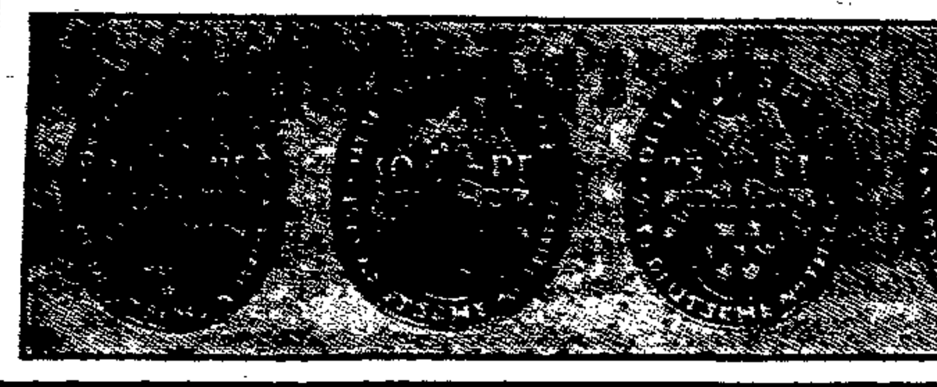
— Die [illegible] veranstaltete am Sonnabend den 13. November einen gemütlichen Abend für die alten Leute des Bezirks. In dem festlich mit Blumen geschmückten Saale gab es für die Gäste Kaffee und Kuchen. Die Veranstaltung wurde von der Musikgruppe der Arbeiterjugend eröffnet. Danach folgte eine Begrüßungsansprache des Genossen [illegible], in welcher er auf den Zweck dieses Abends hinwies. In bunter Folge wechselten dann Vorträge zur Laute, Rezitationen und Gesangs- und Musikvorträge der Arbeiterjugend. Zum allgemeinen [illegible] aller Anwesenden mußte die gut besuchte Veranstaltung abgebrochen werden, da der Raum in unserm Saal einer [illegible] angesagt hatte. Gar zu gerne hätten einige der Alten noch des Abends [illegible]. Mit dem Wunsche, bald wieder einen so schönen Abend miteinander verbringen zu können, schieden die Teilnehmer, von denen viele noch der [illegible] der Kinder [illegible]. —

— [illegible]. Die Uebungsstunden in der weltlichen Schule Sudenburg, Braunschweiger Straße, finden künftig jeden Freitag nachmittag von 5 bis 7 Uhr statt.

— [illegible] der [illegible]-Schule. Am Donnerstag den 25. November, nachmittags 4½ Uhr, veranstaltet Otto [illegible], Leiter des Seminars für rhythmische Gymnastik [illegible] eine [illegible]. Nach einem Vortrag über „Rhythmische Erziehung in Kindergarten und Grundschule" werden praktische Vorführungen gezeigt. Eintrittskarten zu 50 Pf. vor dem Beginn der Veranstaltung im [illegible]. —

— [illegible] in die [illegible]. Wie der „Amtliche Preußische Pressedienst" auf Grund einer Bekanntmachung des preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung mitteilt, werden am 3. Mai 1927 in der staatlichen [illegible] aufgenommen, und zwar in Elbing zur Ausbildung [illegible], in Kiel zur Ausbildung [illegible], in Bonn zur Ausbildung [illegible]. Die Bildungsdauer ist zweijährig. [illegible] Aufnahmegesuche sind bis spätestens zum 15. März 1927 an die [illegible] einzureichen. [illegible] —

— [illegible] Die [illegible] der [illegible], Leipzig. —

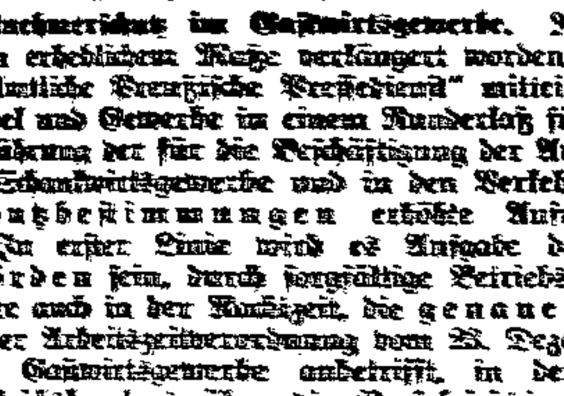


Neue Wohlfahrtsbriefmarken.

Ab 1. Dezember werden durch alle Postämter zugunsten der Deutschen Nothilfe im ganzen Reich Wohlfahrtsbriefmarken zu 5, 10, 25 und 50 Pf. verkauft werden. Die Ausgabe der Marken dauert durch die Post bis zum 15. Februar, durch die Organe der Deutschen Nothilfe bis 20. April 1927. Die Gültigkeit der Marken hört mit dem 30. Juni 1927 auf. Die Marken tragen die Wappen der Länder Württemberg, Baden, Thüringen und Hessen und den deutschen Reichsadler. Wir bringen im Bilde die neuen Marken.

— Drohbriefe gegen einen Richter. Landgerichtsdirektor Schütze, der den Vorsitz führte in der Verhandlung gegen den Rumburger Schröder und den Studenten Schulze, als am Montag wegen des Fluchtversuchs verhandelt wurde, erhielt einen erneuten Drohbrief, in dem von ihm sofortige Zurücknahme des Urteils verlangt wird. Andernfalls hätte er sein Leben verwirkt und werde man ihn um die Ecke bringen. Die Polizei wird natürlich nach dem Absender des Briefes fahnden.

— Arbeitnehmerschutz im Gastwirtsgewerbe. Nachdem die Polizeistunde in erheblichem Maße verlängert worden ist, erklärt es, wie der „Amtliche Preußische Pressedienst" mitteilt, der Minister für Handel und Gewerbe in einem Runderlaß für erforderlich, der Durchführung der für die Beschäftigung der Arbeitnehmer im Gast- und Schankwirtsgewerbe und in den Verkehrsgewerben geltenden Schutzbestimmungen erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. In erster Linie wird es Aufgabe der Ortspolizeibehörden sein, durch sorgfältige Betriebsbesichtigungen, insbesondere auch in der Nachtzeit, die genaue Einhaltung der in der Arbeitszeitverordnung vom 23. Dezember 1923 und, was das Gastwirtsgewerbe anbetrifft, in der Bekanntmachung des Reichskanzlers über die Beschäftigung von Gehilfen und Lehrlingen in Gast- und Schankwirtschaften vom 23. Januar 1902 enthaltenen Vorschriften nachzuprüfen und etwaigen Verstößen gegen diese Bestimmungen mit Nachdruck entgegenzutreten. Neben den Ortspolizeibehörden werden auch die Gewerbeaufsichtsbeamten, soweit es ihnen irgend möglich ist, die Gast- und Schankwirtschaften und die in Betracht kommenden Betriebe des Verkehrsgewerbes einer sorgfältigen Beaufsichtigung zu unterziehen haben, damit die Verlängerung der Polizeistunde sich nicht zum Nachteil der Arbeitnehmer auswirkt.



Unter einen Hut

alle Menschen zu bringen, wird nie gelingen, aber die gesamte werktätige Bevölkerung Magdeburgs und Umgegend als Leser für die „Volksstimme" zu gewinnen, ist kein unmögliches Beginnen. Daher sei ein jeder

Werber für unsere Zeitung!

Neue Abonnenten erhalten die „Volksstimme" bis zum 30. November umsonst geliefert.

— Gegen die 2-Uhr-Polizeistunde. Die verlängerte Polizeistunde hat in fast allen Großstädten, die sie eingeführt haben, versagt. Jetzt sind es nicht nur die Verbände der Gastwirtsangestellten, die gegen die „verlängerte" Nacht sind, sondern die Gastwirte selbst. Auch in Magdeburg schließen heute viele Betriebe weit früher, da es an Gästen mangelt, was sich, je näher man dem Weihnachtsfest rückt, immer deutlicher zeigt. Solange keine wirtschaftliche Besserung eintritt, wird sich diese Neuerung nicht lohnen. In den nächsten Tagen soll eine Zählung der Gäste, die in der Zeit von 12 bis 2 Uhr in den Räumen weilen, durch die Kellner stattfinden. —

— Beiträge für erkrankte Angestellte zur Erwerbslosenfürsorge. Nach einem eben ergangenen Bescheid des Reichsarbeitsministers sind auch in Krankheitszeiten, in denen die Angestellten das Gehalt weiter beziehen, Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge zu zahlen, denn Krankheitszeiten, während deren das Gehalt fortbezogen wird, sind unbestritten „ohne weiteres versicherungspflichtige Beitragszeiten". Beziehen dagegen die erkrankten Angestellten kein Gehalt, so unterliegen sie nicht der Versicherungspflicht nach dem Angestelltenversicherungsgesetz. Es besteht dann auch keine Beitragspflicht zur Erwerbslosenfürsorge. —

— Genehmigung einer Funkanlage für die Person oder für die Anlage? Im April 1925 bezog A. eine Wohnung, worin sich eine von der Postbehörde für den früheren Wohnungsinhaber genehmigte Rundfunkanlage befand. A. brachte einen neuen Apparat und Hörer an und betrieb die Anlage bis zum 7. Januar 1926, ohne eine Genehmigung für seine Person von der Postbehörde eingeholt zu haben. Von der Strafkammer wurde A. freigesprochen, da die Genehmigung für die Anlage, nicht für die Person desjenigen erteilt werde, welcher die Anlage betreibe. Eine neue Genehmigung sei nicht erforderlich, wenn ein Personenwechsel eintrete. Das Oberste Landesgericht erklärte die Ansicht der Strafkammer für rechtsirrig. Nach der rechtsgültigen Funkverordnung vom 8. März 1924 sei anzunehmen, daß jeder eine Genehmigung eingeholt haben müsse, welcher eine Funkanlage errichten oder betreiben wolle. Wolle der Staat verhüten, daß geheime Funkanlagen bestehen oder zum Nachteil des Staates ausgenutzt werden, so müsse er wissen, nicht nur, ob Funkanlagen errichtet seien, sondern auch, von wem sie betrieben werden und wer die Verantwortung für die Benutzung der Anlage übernehme. Demnach sei es ausgeschlossen, daß die Genehmigung nur für die Anlage erteilt werde, sie könne nur für die Person erteilt werden, welche die Anlage betreiben wolle. Die Genehmigung sei nicht die Erteilung eines übertragbaren bürgerlichrechtlichen Anspruchs auf Haltung einer Funkanlage, sondern die öffentlich-rechtliche Uebertragung der Ausübung eines staatlichen Hoheitsrechts, welches an die Person des Erwerbers gebunden sein müsse. Die Genehmigungsurkunde laute auch nicht auf eine bestimmte Anlage, sondern auf eine Person, welche die Genehmigung erhalte; nach den Bedingungen der Genehmigungsurkunde sei eine Uebertragbarkeit der Genehmigung ausgeschlossen. Die Vorschriften der §§ 16 ff. der Gewerbeordnung sprechen nicht gegen diese Auffassung. Ihre Grundlage finde die Funkverkehrsverordnung in Artikel 6 der Reichsverfassung. Eine Nachprüfung der Zweckmäßigkeit oder Notwendigkeit der fraglichen Verordnung stehe dem Strafrichter nicht zu, da ihm meistens hierfür die genaue Kenntnis aller tatsächlichen Unterlagen fehle. (II. 272, 26.) —

— Von einem [illegible] abgestürzt ist heute vormittag am [illegible] der [illegible] R. Er wurde zum Arzte gebracht, der einen doppelten Armbruch feststellte, außerdem erlitt er noch starke Hautabschürfungen im Gesicht. —

— Eine [illegible] gefunden wurde am Sonntag im „Kaiserhaus". Sie kann vom Inhaber des Hofs, Tischlerkrugstraße 22, abgeholt werden. —

— Selbstmordversuch im Gefängnispark. Ein junges Mädchen, das in den Abendstunden des Dienstag ihren in Haft befindlichen Bräutigam im Gerichtsgefängnis besucht hatte, wollte sich nach Beendigung des Besuchs im Gefängnispark mit einem Revolver erschießen. Sie gab einen Schuß ab, traf sich aber nicht. Landgerichtsrat Lemser und Justizoberwachtmeister Priehm eilten auf den Schuß sofort in den Park, nahmen dem Mädchen den Revolver ab und konnten so verhindern, daß sie weitere Schüsse gegen sich richtete. Die Lebensmüde wurde der Polizei übergeben. —

— Unfall auf dem Kruppwerk. Der Dreher Willi L. aus Fermersleben rutschte am Dienstag nachmittag auf dem Kruppwerk aus, schlug mit dem Kopfe gegen eine Drehbank und erlitt eine schwere Kopfwunde. Nach Anlegen eines Notverbandes fand der Verletzte Aufnahme im Krankenhaus Sudenburg. —

— Der kleine Finger abgerissen. Der Motorwärter B., wohnhaft Kurfürstenstraße 8, kam am Dienstag auf seiner Arbeitsstätte, Maschinenfabrik Buckau, mit der linken Hand in ein Zahnrädergetriebe, wobei ihm der kleine Finger abgerissen wurde. Er wurde dem Krankenhaus Sudenburg zugeführt. —

— Ein alter Mann überfahren. Von einem Auto angefahren wurde heute mittag in der Fürstenuferstraße der 70jährige Rentenempfänger H. H. wurde zum Arzte geschafft, der einen Armbruch und eine klaffende Gesichtswunde feststellte. —

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Abteilung Alte Neustadt. Morgen Donnerstag den 25. November abends 8 Uhr Jugendvollversammlung im Vereinslokal. Erscheinen Pflicht. Vortrag eines Kameraden über „Meine Reise von Holland nach England".

Abteilung Wilhelmstadt. Am Freitag abend 8 Uhr Abrechnung der Hundertschaftsführer beim Kameraden Müller, [illegible]straße 5.

Abteilung Buckau. Zur Beerdigung des Kameraden Teicke treffen sich die Kameraden am Donnerstag 9.15 Uhr am Buckauer Friedhof — Am Freitag abend 8 Uhr, 3. und 4. Hundertschaft, Versammlung bei [illegible].

Theater, Konzerte, Vorträge 2c.

Heinrichshofen-Ausstellung. Originale von Dorothea Vollbehr. Eintritt frei. Geöffnet werktags von 9½ bis 6½ Uhr.

Biochemischer Verein. Freitag den 26. November, abends 8 Uhr, in der Aula der Luisenschule Vortrag Dr. med. Witting (Hildesheim): „Die Lungentuberkulose als biologisch-biochemisches Problem".

Aus der Jugendbewegung

Altstadt. Mittwoch Leseprobe zur Weihnachtsfeier im Frankeheim um 8 Uhr. — Donnerstag Gesangsprobe im Heim. — Am Sonntag ist die Turnhalle geöffnet.

Sudenburg. Donnerstag Vortrag von Kelter Jackbaum.

Buckau. Donnerstag Liederabend. Musiker, Instrumente mitbringen!

Neue Neustadt. Donnerstag 8 Uhr Schule Umfassungsstraße Die Heimabend und Fahrtenberichte. — Freitag 7 Uhr Treffen Nikolaiplatz zum Gymnastikkursus.

Alte Neustadt. Donnerstag fallen die Zehn-Minuten-Vorträge aus. Dafür ist Tanzlehrabend. — Dienstag Zehn-Minuten-Vorträge.

Erweiterte Hauptvorstandssitzung am Donnerstag um 6 Uhr in der „Sterne".

Fermersleben. Mittwoch 8 Uhr bei der Genossin Schwedler Arbeitsgemeinschaft. — Sonnabend Kunstturnwartkursus auf dem Jungborn. Beginn 8 Uhr. Preis 50 Pfg. Decke, Seife, Handtuch und Besteck sind mitzubringen. Das Geld muß am Donnerstag bezahlt werden.

Rundfunkprogramme

Rundfunk Leipzig (Welle 357,1), Dresden (Welle 294,1)

Donnerstag, 25. Nov. 4.30: Dresd. Funkkapelle. Lincke: Ouv. zu einer Operette. Indra-Walzer. Potp. Lysistrata. Charakterstück Sie kommen. Am schönen Rhein gedenk ich Dein. Kakiri-Walzer aus Kakiris Hochzeit. Reiterstück Der kleine Reiter. Potp. Frau Luna. ⊖ 6.30: Aufwertungsrundfunk. ⊖ 6.45: Steuerrundfunk. ⊖ 7.15: Vortragsreihe: Was sollen wir lesen? 1. S. Prof. Dr. Witkowski. ⊖ 7.45: Letzter Vortrag Prof. Dr. v. Wendt von der Universität Helsingfors: Verschwindende Krankheiten. ⊖ 8.30: Der unbekannte Verdi. Mitw.: Armin Weltner (Bariton), Leipz. Funkorch. Ouv. Oberto. Arie aus Oberto. Ouv. Der falsche Stanislaus. Arie aus Macbeth. Ouv. Oper Nabuchodonosor. Arie aus Ernani. Ouv. Die Schlacht bei Legnano. Arie aus Schlacht bei Legnano. Ouv. Sizilianische Vesper. Arie aus Sizilianische Vesper. Ouv. Troubadour. Arie aus Don Carlos. Ouv. Die Macht des Schicksals. ⊖ 10: Funkstille.

Rundfunk-Progr. Berlin, Königswusterhausen, Stettin

Berlin Welle 483,9 u. 566. — Königswusterhausen Deutsche Welle 1300. — Stettin Welle 252,1. — Stettin gibt außer eigenen Darbietungen das Programm Berlins. — Königswusterhausen gibt es wochentäglich von 8.30 ab. Sonntags das ganze Programm.

Donnerstag, 25. Nov. ⊖ 4.30: 3 Klaviervorträge von Oppermann. ⊖ 4.50: Etté-Kammer-Orch. 6 Darbietungen. ⊖ 6.30: Prof. Wolff: Der Arzt in der Dichtung. ⊖ 7.05: Spanisch. ⊖ 7.30: Dr. Kohlrausch: Modernes Strafrecht. ⊖ 7.55: Chefredakteur Schwarzschild: Das wirtschaftliche Schicksal des Mittelstandes. ⊖ 8.30: „Doktor Klaus". Lustspiel in 5 Akten von Adolf L'Arronge. Pers.: Leopold Griesinger, Juwelier: J. Brandt; Julie, dessen Tochter: Charlotte Hagenbruch; Max von Boden, deren Gatte: Georg Baeschke; Dr. Ferdinand Klaus: Alfred Braun, u. a. ⊖ 10.30: Tanz-Orch. Etté.

Königswusterhausen. Donnerstag, 25. Nov. 2.30: Zentrale des Hausfr.-Vereins G.-Berlin: Haushalt und Haftpflicht. ⊖ 3: Prof. Dr. Amsel, Oberschull. Westermann: Einheitskurzschrift. ⊖ 3.30: Prof. Dr. Blum: Der Deutschunterricht in der Berufs- und Fachschule. ⊖ 4.30: Aus dem Zentralinstitut. ⊖ 5: Dr. Lotter: Die Kaltblüter u. ihre Geschichte. ⊖ 5.30: Prof. Weißenberg: Vererbung erworbener Eigenschaften. ⊖ 6: Geh. Reg.-Rat Prof. Fische: Ueberwindung der Landmaschinen. ⊖ 6.30: Dr. Alfred Kuhn: Museen in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. ⊖ 7: Dr. James Simon: Beethovens Kammermusik.

Rundfunk-Progr. Hamburg, Bremen, Hannover, Kiel

Hamburg Welle 394,7. Bremen Welle 400. Hannover Welle 297. Kiel Welle 254,2.

Donnerstag, 25. Nov. 4.15: nur Hannover: Sagen aus dem Rheinland. ⊖ 4.15: nur Kiel: Sonatinen und Sonaten. Mitw.: M. Fahrenkrog (Violine), H. Döring (Klavier). ⊖ 4.15: Kiel, Hamburg, Bremen: Vierhändige Klaviermusik. Mitw.: Hedwig Dondel-Nissen u. Hans-Caspar Nissen. ⊖ 5: Hamburg (alle Norag-sender): Italienische Arien. Mitw.: Wilh. Wagner (Tenor), Mitgl.: Dr. Sader. ⊖ 5.50: Hamburg (alle Norag-sender): Theatererinnerungen von M. Wolhein. ⊖ 6.15: Hamburg und Kiel: Musik. Plaudereien. ⊖ 6.30: Hannover, Bremen: Mus. Plaudereien. ⊖ 7: nur Bremen: R. Ehlers: Die Entstehung der Flach- oder Wesermoore. ⊖ 7: Hamburg (alle Norag-sender): Dr. Elisabeth von Bendix: Arbeitnehmerschutz. ⊖ 7.50: nur Hamburg: Das hamburgische Städtchen Geesthacht an der Elbe. Von E. Kumlehn. ⊖ 7.50: nur Kiel: Dr. Sefelaff: Die Kunsthalle in Kiel. ⊖ 7.50: nur Hannover: Wanderfunk. ⊖ 8.15: nur Bremen: Brahms-Abend. Mitw.: Elle Blume, Städtisch. und Norag-Orch. — Anschl.: Zehn Minuten techn. Beratung. ⊖ 8.15: nur Hannover: „Künstler-Abend". Mitw.: Ellen v. Zeremay, Arthur Kittenmacher, Kammerorch. Aus Der Vogelhändler. Aus Wenn Liebe erwacht. Aus Lady Hamilton. Aus Das Dorf ohne Glocke. Aus Der Vetter aus Dingsda. ⊖ 8.15: Hamburg, Kiel: „Der Vetter aus Dingsda". Operette in 3 Akten von Künneke. Haupt-Pers.: Julia de Weert: Erna Knoll-Lange; Hannchen, ihre Freundin: [illegible]; Josef Kuhbrot: W. Jallschak; Wilhelmine, seine Frau: Elly Walter; Egon von Wildenhagen: H. Freund, u. a. Zeit: Vom Abend des einen Tages bis zum Abend des darauffolgenden Tages. — Anschl.: Konzert aus Hannover. ⊖ 10.30: Hamburg (alle Norag-sender): Dr. Kankeleit: Die Rückgänge des Hochstaplers.

als Reis, aus dem wohlentwickelte junge Tierchen zum Vorschein kamen. Da die Liste der Wirte von Trichogramma eine große Anzahl der gefährlichsten Schädlinge der Forst- und Landwirtschaft umfaßt, so wird dieser kleinste Freund des Menschen in großem Umfang zur Schädlingsbekämpfung verwendet werden können. Der kleine Schmarotzer ist leicht zu züchten und in großen Mengen zu erhalten. Deshalb ist auch bereits von russischen Gelehrten seine Verwendung in der Schädlingsbekämpfung vorgeschlagen worden. Wie weitere Untersuchungen zeigten, wurden von in großer Zahl abgelegten Eiern der Kohleule 80 Prozent von der Schlupfwespe befallen; sie vernichtete also die Schädlinge zum allergrößten Teil, und darin liegt ihre praktische Bedeutung für die Landwirtschaft. —

Allerlei.

Die Kalenderreform des Völkerbundes. Die Sonderkommission, die zur Untersuchung der Kalenderreform 1924 vom Völkerbund eingesetzt wurde, hat jetzt ihren offiziellen Bericht veröffentlicht. Aus 53 Ländern waren 185 Vorschläge eingegangen, davon 33 aus Frankreich, 27 aus den Vereinigten Staaten und 24 aus Deutschland. Als der unbestreitbare Hauptfehler des gegenwärtig geltenden gregorianischen Kalenders wird die Ungleichheit seiner Monate, Vierteljahre und die fehlende Festlegung der einzelnen Daten bezeichnet. Dadurch wird Verwirrung und Unsicherheit in den wirtschaftlichen, statistischen und rechnerischen Verhältnissen geschaffen. Alle Berechnungen von Gehalten, Zinsen, Versicherungen, Pensionen usw., die auf monatlicher, vierteljährlicher oder halbjährlicher Basis festgelegt sind, müssen infolgedessen ungenau sein. Da der gegenwärtige Kalender von Jahr zu Jahr wechselt, so müssen die Daten der Feiertage, Festlichkeiten, Märkte usw. immer von neuem bestimmt werden. Außerdem ist auch keine statistische Vergleichung zwischen den einzelnen Jahren oder zwischen den Unterabteilungen eines Jahres möglich. Die Kommission hat nun drei verschiedene Reformpläne ausgearbeitet, die als einfache, teilweise und vollständige Reform bezeichnet werden. Die vollständige Reform sieht 13 Monate von 28 Tagen oder von je 4 Wochen vor; es sind im ganzen 52 Wochen oder 364 Tage. Der 365. Tag wird außerhalb der Wochenzählung hinzugefügt. Bei einem solchen Kalender fallen die Wochentage in jedem Monat auf dieselben Daten. Wenn der 1. Januar ein Sonntag ist, so ist der erste Monatstag in jedem Jahr ein Sonntag. Alle Monate sind gleich und haben dieselbe Zahl von Wochen, Arbeitstagen und Sonntagen, so daß Gehalte leicht berechnet werden können. Andrerseits aber ist die Zahl 13 nicht teilbar, die Vierteljahre enthalten nicht eine gleiche Zahl von Monaten, und in den zahlreichen Sitten und Bräuchen des alten Jahres ist eine sehr bedeutende Veränderung notwendig. Nach dem Urteil der Kommission ist dieses 13-Monate-System für die Statistik und die Wirtschaft am nützlichsten, das 12-Monate-System aber leichter durchführbar. Die Regierungen begünstigen daher das 12-Monate-System, während zahlreiche Handelsgesellschaften und Eisenbahnunternehmungen für das 13-Monate-System sind. Eine bestimmte Reform wird nicht empfohlen, sondern es soll erst einmal auf dieser Grundlage die öffentliche Meinung für die Reform gewonnen werden. In einem zweiten Teile des Berichts beschäftigt sich die Kommission mit der Festlegung des Osterdatums. Die meisten Antworten waren für die Wahl des zweiten Sonntags im April. Da aber die Möglichkeit besteht, daß dann das katholische Fest von Mariä Verkündigung mit dem Passionssonntag zusammenfällt, so wird die Festlegung von Ostern auf den Sonntag empfohlen, der dem 2. Sonnabend im April folgt. —

Aus der Geschichte des Pelzhandels. Eins der romantischsten Geschäftsunternehmen, das wohl je gegründet wurde, war die Schöpfung der Hudson-Bai-Gesellschaft, die noch heute, nach mehr als 250 Jahren, den wichtigsten Teil des kanadischen Pelzhandels betreibt. Wenn sich auch die Zeiten geändert haben, seit das erste Schiff der Gesellschaft im Jahre 1670 mit einer Ladung Biberpelze in die Themse einlief, so handelt die Hudson-Bai-Kompanie doch immer noch mit diesen kostbaren Fellen, freilich auf einer sehr viel breiteren Basis. Sie besitzt eine Kette von elf großen Lagerhäusern in den Städten von Westkanada und kauft den Trappern bis in den Polarkreis hinauf ihre Beute ab. Daneben unterhält sie freilich auch Schönheitssalons in Winnipeg und Vancouver und sogar Krippen, in denen einkaufende Mütter ihre Kinder abgeben. Man kann die Ausdehnung dieser Gesellschaft nur recht verstehen, wenn man auf einer Karte, die Kanada und den Nordpol umfaßt, das ungeheure Gebiet betrachtet, für das sie ein Handelsmonopol besitzt. In diesen Gebieten liegen mehr als 200 Stationen der Gesellschaft; die äußerste ist 800 Kilometer nördlich vom Polarkreis. 30 Stationen liegen an den unbewohnten Küsten der Hudson- und der James-Bai und werden nur einmal jährlich von einem Schiff angelaufen, die übrigen müssen auf den verschiedensten Fortbewegungsmitteln erreicht werden, auf Kanus, in denen nur ein Mann Platz hat, auf Kraftwagen und mit Hundeschlitten. Der Nordwesten Kanadas von Edmonton bis zum Mackenzie-Fluß ist noch ein sehr unwirtliches und schwer zu erschließendes Gebiet, dessen einzige Verkehrsmöglichkeiten in den Postverbindungen der Hudson-Bai-Gesellschaft bestehen. Die Stationen umfassen gewöhnlich ein kleines Haus des Leiters, das allerlei Waren enthält, und einen hölzernen Lagerschuppen. Hier tritt die Gesellschaft mit den Trappern in Verbindung, die im arktischen Winter der Pelzjagd nachgehen; es sind meistens Weiße, dann aber auch Indianer und Eskimos. Während des harten Winters sammeln diese Pelzjäger mühsam und langsam ihre Beute, häuten jedes Tier ab, nachdem sie es gefangen haben, und trocknen das Fell in hölzernen Rahmen; sie machen gewöhnlich ein bis zwei Fahrten zu der Station und verkaufen ihre Felle auf Grund des geltenden Marktpreises. Diesen Marktpreis aber erfahren die Trapper in neuster Zeit durch den Rundfunk, der selbst bis in ihre Einöde die neusten Notierungen der Pelzbörse berichtet. Der Herausgeber des „Calgary Herald“ erhielt in diesem Sommer Briefe von mehreren Pelzjägern aus dem Nordwesten, in denen sie baten, zweimal wöchentlich die Pelznotierungen zu funken; in einem dieser Briefe wurde auch um Mitteilung des ganzen Rundfunkprogramms gebeten, da „Jazz ebenso willkommen wie Geschäft in unserer Einöde ist“. Trotz aller „Romantik“ dringt also selbst in diese fernen Riesengebiete des kanadischen Pelzfangs die moderne Zivilisation ein. —

Heidehonig. Wer kennt nicht die lieblichen Heidelandschaften mit ihrem satten Rosa, über und über besamt mit der reizenden Erika, des Imkers Spätsommertraum. Was wir von ihr erhofft, das hat sie gebracht. War der vergangene Sommer in der Honigernte ein völliger Versager, die Heide hat wieder wett gemacht, was er gesündigt. So kommt es denn, daß in diesem Jahre fast nur Heidehonig — vom Auslandshonig sehen wir ab — zum Kaufe angeboten werden wird. Wir müssen für ihn eine Lanze einlegen, da er beim konsumierenden Publikum vielfach als ein Verkannter und Verschmähter erscheint. Man spricht ihm sogar die Eigenschaft eines „Blütenhonigs“ ab. Aber Heidehonig ist so gut echter Blütenhonig wie jener von der Linde, der Akazie, des Weißklees, des Hederichs. Wenn dem Heidehonig da und dort wenig Sympathie entgegengebracht und ihm mit Mißtrauen begegnet wird, so mag dies seinen Grund in seinem etwas verdächtigen Aussehen haben. Heidehonig kristallisiert, kalt gestellt, sehr rasch, aber auch recht unregelmäßig, wolkig, verliert seinen Glanz und zeigt bei der Entnahme aus den Gefäßen schleimige Konsistenz. Frisch geschleudert präsentiert er sich goldgelb glockenhell. Im übrigen kann man dieses ursprüngliche Aussehen leicht dadurch wieder herstellen, daß man den Honig im Wasserbade recht langsam auf etwa 30 Grad Celsius erwärmt. Höher darf die Temperatur nicht getrieben werden, weil sonst die dem Heidehonig eigenen aromatischen Bestandteile, die ihn weit über jedes Kunstprodukt erheben und die ihm kein Chemiker zu geben vermag, verflüchtigen würden. Heidehonig ist ein unerreichtes Kraftmittel zur Stärkung unsrer Nerven, unsers ganzen Körpers. Viele stoßen sich an seinem stark hervortretenden Waldaroma. Bei empfindlichen Personen reizt er, roh genossen, die Schleimhäute und sollte deswegen in solchem Falle nur in Kaffee, Tee oder Milch genommen werden. Heidehonig hat vermehrte Bestandteile an Albumin (Eiweißstoff); daher seine eminent kräftigende Wirkung bei schwächlichen, zurückgebliebenen, skrophulösen Kindern. —

Humor und Satire.

Der Dialekt. Ein Schwabe kommt in die Reichshauptstadt und flaniert durch die Straßen. Bei der sommerlichen Hitze verschiebt sich sein Patent-Lotterie-Hemd (kommt stets mit dem Einsatz heraus), und als er es zurechtrücken will, reißt das Knopfloch am Kragen ab, so daß sein Patent-Lotterie-Hemd auf die Straße fällt und er mit seiner freien Männerbrust dasteht! Er ist sich darüber klar, daß er so nicht weiter Unter den Linden oder in der Friedrichstraße spazieren kann, und geht daher in das nächste, bessere Wäschegeschäft und wendet sich an das bedienende Fräulein mit den Worten: „Fräulein, habbe Sie ä waichs Brüschtle?“ — Darauf die Verkäuferin ihm empört den Rücken wendet. (Simplicissimus.)

Süße Erinnerung. „Spricht Dein Mann noch manchmal von Eurer Hochzeitsreise?“ — „O ja, er sagt oft, er wünschte, er hätte das Geld, das wir damals ausgegeben haben.“ —

Zuverlässige Leute. „Nun, was für Leute haben denn dieses Jahr die Jagd gepachtet?“ fragt ein Bekannter den Förster. — „Zuverlässige Leute,“ erwidert dieser. „Sie versprachen, alles, was sie schießen würden, ins Krankenhaus zu schicken, und jetzt sind schon drei Treiber drin.“ —

Gedankenverbindung. „Nett gemacht hier im Schaufenster — der Schweinekopf mit der Zitrone im Maule.“ — „Ach Gott, da fällt mir eben ein . . . . Ich sollte ja meinem Mann eine neue Tabakspfeife mitbringen!“ —

Druck und Verlag W. Pfannkuch u. Co., verantwortlicher Redakteur Albert Pauli, sämtlich in Magdeburg.

Die Rast

Unterhaltungsbeilage zur Volksstimme

Nr. 95 | Magdeburg, Donnerstag den 25. November | 1926

Der Pelzmantel

Von Hermann Horn.

Der Kunsthistoriker Dr. Klauron hatte mit seiner Familie vorübergehend sein Landhaus im Kurort des Gebirges bezogen, und Schriftstellers- und Malersleute kamen auf Besuch. Die drei Ehepaare feierten nach einer vergnügten, durch Gelächter und Probieren etlicher Flaschen gehobenen Bahnfahrt unter den Augen des rotmützigen Bahnhofsvorstandes Wiedersehen. In zwei gemischten Reihen marschierte die frohe Schar die Hauptstraße des Ortes entlang, als vor einem Schaufenster eine Dame mit lockend fleischfarbenen Seidenstrümpfen ihnen mit singend geschwellter Stimme „Hua—a“ zurief, die Finger der erhobenen Rechten zum Gruße spielen ließ und um die Ecke verschwand.

„Wer war denn das?“ fragte der erstaunte Malersmann. „Hast Du sie denn nicht gekannt?“ antwortete Klauron. „Das war doch unsre Minna, das Stubenmädchen!“ — „Ach nein,“ rief die Malersfrau, „ist das ihr Neustes?“ — Und die Schriftstellersfrau fragte weiter: „Hat sie denn noch keinen Bubikopf?“ — „Ja,“ erwiderte Frau Klauron, „den hat sie auch. Ihr „Jeyiger“ ist ein Friseur, der hat ihn ihr, sogar recht nett, geschnitten. Sie wollen heiraten — sie hat mir bereits gekündigt. Sie versieht nur noch „aus Freundschaft zu mir“, und weil es hier so „reizend“ ist, die niedrigen Dienste eines Stubenmädchens! — Ich muß sagen, „er“ steht ihr ganz gut.“

„Nun,“ erwiderte die Schriftstellersgattin, „alles was recht ist, und wir haben oft genug unsern Spaß an der guten Minna gehabt, aber ich tät mich bedanken für sie, und du wirst auch froh sein, daß Du sie los bist.“

Die Angesprochene nickte, als wollte sie sagen, das kannst du dir denken. Dann kamen sie an das Häuschen; das Abendessen stand bereit, eine Maibowle wurde verschiedentlich geleert und gefüllt, so daß, obwohl über Minna noch weidlich gelacht wurde, die Gesellschaft doch zu sehr mit ihrer guten Laune beschäftigt war, um irgend etwas, geschweige denn die verschrobene Minna, ernst zu nehmen.

In den Mittelpunkt des Interesses trat das Mädchen erst den Tag darauf, der ein Sonntag war.

Um des Kirchenchores willen wollten die drei Damen zur Predigt gehen, als die Kunstmalersgattin noch einmal zurückkam. Ihr Mann wischte sich gerade den Seifenschaum des Rasierens vom Gesicht als sie sämtliche Kommodeschubladen aufriß und dann verzweifelt sagte: „Mein Pelz ist fort.“

„Unsinn,“ erwiderte er, besann sich und sagte dann: „Ich kann mich genau erinnern. Gestern hing er draußen in der Halle, an der hölzernen Säule!“

„Natürlich,“ entgegnete sie, „das weiß ich auch, aber er hängt nicht mehr dort!“ Damit lief sie hinaus Türen gingen draußen, und man hörte sie erzählen: „Mein teurer Zobel, der sechstausend Goldmark gekostet hat, ist verschwunden. Mein Mann hat Geld damit angelegt, wie er das Porträt des amerikanischen Milliardärs gemalt hatte. Dort an der Säule hat er gestern abend noch gehangen!“

Als er aufgeregtes Durcheinander hörte, trat der Maler nun selbst im Schlafanzug in die Halle. Die drei Männer, alle in seidenen Pyjamas, standen nun hier mit ihren Ehegattinnen, und Minna, das Stubenmädchen, wie Kathi, die fromme, aber strenge Köchin, waren auch zugegen.

„Natürlich hat er da gehangen,“ rief der Neugekommene, „ich sehe ihn noch deutlich. Wie ich gestern abend herauskam, um meine Zigarettendose zu holen, hing er noch!“

„Da hast Du ja auch noch,“ rief der Schriftsteller, „das rotlederne Täschchen Deiner Frau mit hereingebracht.“

„Ja, freilich,“ rief seine Frau, „daran erinnere ich mich,“ und die Malersfrau hob das „Rotlederne“ hoch.

„Und Sie können sich also, gnädige Frau,“ rief der Hausherr ernst und bedächtig, „genau entsinnen, daß Sie den Mantel gehabt haben? Das ist nämlich wichtig für die Untersuchung.“

Die angeredete Dame sah mit einem ungewissen Blick ihrer großen braunen Augen um sich, bis ihr Mann erklärte: „Wir hatten alle unsre Mäntel über dem Arm, als wir kamen. Minna hat sie abgenommen und an die Säule gehängt.“

„Minna?“ fragte Frau Dr. Klauron mit erhobener Stimme.

„Ich?“ fragte die Gerufene, „ja, ich habe die Mäntel abgenommen.“

„Nun, und der Pelzmantel?“

„Der „Pölzmantel“ — aber freilich, den habe ich dort in den Schrank gehängt.“

Alles stürzte an den Schrank. Da hing zwar ein Pelzmantel, aber die Hausherrin entschied nach kurzem Blick: „Das ist der meinige.“

Nun trat die Köchin hervor, die bislang ihre Augen schwer auf Minna hatte ruhen lassen. „Ich hab' zwar die Herrschaften nicht kommen sehen,“ sagte sie durchdringenden Tones, „und weiß nicht, ob ein Pelzmantel dabei war. Aber das weiß ich, die Minna ist heute nacht um zehn mit einem großmächtigen Paket aus dem Hause gegangen!“

Aber Minna ging auf die Köchin zu, wich vor ihr als vor etwas unfaßbar Verächtliches zurück und sagte mit zwei vor Ekel an den Leib gezogenen Händen: „O Du ordinäre — schmutzige Magd!“

„Ja, da kannst Du nun reden was Du willst,“ antwortete die Köchin, „Und ich habe gewiß nichts gegen Dich, aber was meine zwei Augen gesehen haben, das haben sie gesehen, und das muß mein Mund sagen! — Das hast Du nun von Deinem Getue.“ Sie warf ihr nochmals den durchdringenden Blick zu und zog sich in die Küche zurück.

„Ja, Minna,“ sagte nun Frau Dr. Klauron, „das mit dem großen Paket haben Sie gehört. Was denken Sie davon?“

„Wollen die gnädige Frau damit ausdrücken, daß ich und gnädige Frau uns so weit erniedrigen wollen, den Verdacht einer solchen Person an uns herankommen zu lassen?“

„Also lassen Sie jetzt einmal Ihr albernes Getue,“ rief nun der Hausherr. „Sie sind verdächtigt, den Mantel gestohlen zu haben. Wo haben Sie gestern nacht das Paket hingebracht?“

„Also, Herr Doktor,“ erwiderte das Mädchen, „ich bin nur aus Freundschaft zur gnädigen Frau noch mit hier herausgegangen . . .“

Da stieß Klauron mit dem Fuß auf und schrie: „Zum Donnerwetter, jetzt hab' ich aber genug. Wenn Sie nicht sofort mit der Sprache herausrücken, laß ich die Polizei holen.“

„Was,“ rief nun Minna, und das Schluchzen stak ihr schon in der Kehle, „das laß ich mir nicht gefallen. Ich hab' auch einen, der mir zur Seite steht.“

„Ja, wenn der Gendarm kommt, steht Ihnen einer zur Seite.“

Alle sahen, wie es dem Mädchen einen Ruck gab und es schneeweiß wurde, bevor es erhobenen Hauptes an den Schrank ging und den dorigen Pelzmantel betrachtete. Aber man konnte ihr keine lange Aufmerksamkeit schenken, weil plötzlich Frau Doktor Klauron zusammenzuckte und davonsprang. Aus ihrem Schlafzimmer hörte man sie bald rufen: „Um Gottes willen, meine kostbare Brillantbrosche ist auch verschwunden!“

Nun zögerte der Hausherr nicht länger und rief die Gendarmeriestation an.

Die Köchin kam auch wieder, guckte mit ihrem Blick umher, und sagte dann: „Die Brillantbrosche — davon weiß ich nichts.“

Dann kam der Herr Wachtmeister, hörte sich alles an und sagte: „Der Mann, wo sich das Mädchen mit dem Paket getroffen hat, den kenn' ich — das ist der mit den g'schneckelten Haaren, der in der Hütten am Dachswald Freilicht — Freiluft treibt.“

„Mein Bräutigam,“ erklärte Minna.

„Also, das kriegen wir nacha schon,“ beruhigte der Gendarm. „Bei dem Herrn sprechen wir vor, und die Dame nehmen wir einstweilen mit, damit keine Verdunklungsgefahr in Frage kommt.“

Jetzt brach Minna zusammen. Sie vergoß Ströme von Tränen, warf sich mit erhobenen Armen auf die Knie und schrie:

„Ja, gnädige Frau, Sie werden mich doch nicht von der Polizei abführen lassen. Ich bin ja gewiß unschuldig wie die gnädige Frau. Bittschön, tun S' mir nicht die Schand' an. Nur keine Polizei!" —

Es war eine schreckliche Szene. Keines konnte die Augen aufschlagen.

„Das hätten Sie sich alles ersparen können," sagte der Hausherr, „wenn Sie vorher gesagt hätten, was das gestern Abend für ein Paket war."

„Da war ja nur Wäsche für „ihn" drin — — und — eine Decke, die ich entlehnt hatte."

„Gewaschen hat sie für „ihn"," sagte die Köchin. „Eine weiße Hos' muß der Herr tragen."

„Und meine Brillantbrosche?" rief Frau Dr. Mauron.

„Ich habe sie doch gar nicht, und die andre Dame hat ja gar keinen Pelz gehabt."

„Vorhin," entgegnete da der Hausherr, „haben Sie den Pelz angeblich in den Schrank gehängt. Jetzt war er gar nicht da. Wann haben Sie gelogen und wann haben Sie nicht gelogen?"

Alle lächelten, und der Gendarm nahm die Untröstliche mit.

Am Nachmittag brachte man den Bräutigam, den Friseur Käsbohrer. Man hatte ihn in einer Hängematte auf einer wollenen Decke gefunden, was beides Frau Dr. Mauron als ihr Eigentum feststellte. Die gewaschene weiße Hose hatte er noch an, in ihrer hinteren Tasche hatten sich 2377 Mark bares Geld gefunden.

Er sagte zwar, das sei sein Erspartes, mit dem er heiraten und einen Friseurladen aufmachen wolle, aber wer hätte das glauben mögen. Jeder Zweifel mußte zerfließen. Die Decke hatte das Mädchen für alle Fälle zur Ausrede mitgenommen, und ein Friseur hatte natürlich auch den Amerikaner bestellen können, der die Beute im Auto mitgenommen und damit wohl längst über die nahe Grenze war.

Es war eine große Aufregung. Drei Tage lang wurde von nichts anderm gesprochen. Aber am vierten rief der Bahnhofsvorstand mit der roten Mütze an. Ein brauner Pelzmantel sei im Eisenbahnwagen gefunden und abgeliefert worden, ob der . . .? Datum, Stunde, alles stimmte. . . .

„Um Gottes willen," rief der Maler aus, „immer habe ich sagen wollen, ob nicht alles Illusion war. Man kann sich doch nie auf seine Augen und Ohren und gar in der Erinnerung verlassen. Ich schwöre, daß ich's nie mehr tun werde. Wir haben uns alle durch die Verdachtsgründe hineingesteigert."

„Ja, namentlich Du," sagte seine Gattin, „Du hast ihn ja noch an der Säule hängen sehen!"

„Natürlich hat er das," rief der Schriftsteller, „aber leider war es nur im Eisenbahnwagen. Da brachte er Ihnen ja auch das rotlederne Täschchen."

„Aber meine Brillantbrosche — die Hängematte und die Decke," sagte die Hausfrau.

„Also lassen wir das," erwiderte ihr Mann. „Wir geben jeder ein ordentliches Hochzeitsgeschenk in bar und entschuldigen uns bei ihr."

Seine Frau jedoch erklärte: „Bei der Polizei, wenn eins unschuldig verhaftet worden ist, findet man immer etwas, damit das Betreffende nicht gar so mitleiderregend unschuldig sich vorkommen mag. Die Diamantbrosche ist nicht da, und das mit der Hängematte und der wollenen Decke ist auf jeden Fall erwiesen, wenn sie auch sagt, sie hat es entlehnt. Dann hätte sie mich ja nur zu fragen brauchen."

Sie drang zwar nicht durch, aber sie brachte doch im Ort und wo die Geschichte erzählt wurde — und sie wurde von den drei Männern oft und mit der nötigen Folgerung erzählt —, auch ihre Anschauung vor, obzwar, als sie nach München kamen, die Köchin als erste in das Schlafzimmer ging und ein Nadelkissen brachte, das stets am ovalen Stehspiegel zu hängen pflegte.

„Gnädige Frau," sagte sie mit ihrem durchdringenden Blick, „hier Ihre Brillantbrosche!" —

Nach der Gold- und Sklavenküste.

Von Max Dittmar-Pillmann, Kapitän a. D.

Im Jahre 1907 ging ich als Offizier auf den englischen Dampfer Kennington, welcher in Rotterdam eine Ladung Stückgüter und Maschinen für die Westküste von Afrika einnahm. Kurz vor Abgang des Schiffes kamen noch mehrere Passagiere an Bord. Diese wollten nach den Goldminen an der Goldküste.

Nachdem wir Hoek van Holland passiert, setzte ein schwerer Schneesturm aus Südost ein, man konnte von der Kommandobrücke kaum das Vorderteil des Schiffes sehen. Im englischen Kanal empfing uns ein Nordweststurm. Als die „Kennington" Kap Lizard quer abhatte, steuerten wir in den Golf von Biskaya ein. Hier lief die nordwestliche und wilde See so hoch, daß eine Sturzsee mehrere Platten und Luklangen (runde Fenster aus dickem Glas) an Steuerbordseite einschlug. Einige Kabinen, darunter auch meine, waren bis oben zur Decke mit Seewasser angefüllt; auch waren einige unserer Rettungsboote zertrümmert und über Bord gespült. Die Sache wurde bedenklich, deshalb beschloß Kapitän Whittle, umzukehren und Plymouth als Nothafen anzulaufen, um den Schaden reparieren zu lassen.

Wir lagen über eine Woche in Plymouth; da benutzte ich mit einem Passagier die Gelegenheit, mir die schöne Stadt und Umgegend anzusehen. Der Hafen war auch sehr belebt, da die ganze Channel-Flotte auf der Reede vor Anker lag.

Nachdem die „Kennington" wieder seeklar war, setzten wir diesmal bei herrlichem Wetter unsre Reise durch den Golf von Biskaya fort. Unser Kurs war auf Monrovia im Staate Liberia an der Pfefferküste gerichtet, wo wir fünfundsiebzig Crewboys (Neger) an Bord bekamen, welche die ganze Zeit an der Küste in der Ladung arbeiteten.

Der erste Hafen, den wir anliefen, war Secondi an der Goldküste; hier verließen die meisten Passagiere den Dampfer, um nach den weiter im Innern gelegenen Goldminen zu wandern; auch wurde hier viel Ladung gelöscht, vorwiegend Maschinen. Es ist eine sehr gefährliche Sache, an Land zu kommen, da fast an der ganzen Westküste von Afrika eine sehr hohe und wilde Brandung läuft. Wir hatten zu diesem Zweck ein Walfischfängerboot an Bord, das von Negern gerudert und von einem Bootsmann mit einem Ramm (langes Ruder) gesteuert wird. Vielfach kommt es vor, daß ein Boot sich in der hohen Brandung überschlägt und mit dem Kiel nach oben auf den Strand geworfen wird.

Secondi ist ein schön gelegenes Städtchen, es gibt dort Kaufläden und mehrere Hotels. Mit Kapitän W. stand ich im besten Einvernehmen, oft bin ich mit ihm an Land gewesen. Es liegen fast beständig Dampfer vor Secondi vor Anker und der Verkehr ist ein sehr reger. Tagsüber ist es sehr warm, dagegen nachts kühl. Der nächste Platz, den die „Kennington" anlief, war Cape Coast Castle, dann Accra. Dann ging es weiter nach Lagos an der Sklavenküste, überall wurde Ladung gelöscht. Von hier aus dampften wir nach dem Gabunfluß; in Libreville, welches direkt unter dem Aequator liegt, wurde die letzte Ladung an Land befördert, auch verließen zwei französische Missionare, unsre letzten Passagiere, das Schiff, um sich in das Innere von Afrika zu begeben.

Wir steuerten nun in den Nebenfluß Muniriver, wo die „Kennington" ungefähr fünfzehn Meilen von der Mündung bei einer Faktorei zu Anker ging. Hier begann ein reges Leben für mich. Jeden Morgen in aller Frühe fuhr ich in unsrer Dampfpinasse mit einem Agenten, zwei Matrosen, einem Maschinenassistenten und einigen Negern den Fluß weit hinauf. Diese Fahrten waren sehr interessant. Zu beiden Seiten waren die Ufer vom dichtesten Urwald umsäumt. Ganze Scharen Flamingos und andre große Vögel belebten das Ufer, Elefanten und andre wilde Tiere erblickte man, wenn sie zur Tränke kamen. Zweimal haben wir mehrere Löwen gesehen, die aus dem Dickicht hervorbrachen und ein unheimliches Brüllen ertönen ließen. Unsre Flinten hatten wir beständig schußbereit. Nach mehrstündiger Fahrt gelangten wir zu einem idyllisch gelegenen Negerdorf, welches ganz versteckt dalag. Es war von herrlichen Bananenpflanzungen umgeben. Nachdem der Agent seine Anordnungen getroffen, begaben wir uns in eine geräumige Hütte, kochten oder wärmten unsern mitgenommenen Proviant; als wir gegessen, machten wir es uns bequem.

Die Zivilisation in dieser Gegend ließ viel zu wünschen übrig. Die Menschen stolzierten fast gänzlich nackt umher. Für kleine Geschenke von uns führten die Eingeborenen, Männer sowie Frauen, die schönsten und wildesten Tänze mit und ohne Waffen auf. Sie sind sehr aufmerksam und freigebig; sobald wir angekommen, machten sie ein Feuer für uns an, damit wir unser Mahl bereiten konnten, auch setzten sie uns Früchte und eine Art Wein vor. Unter diesen halbwilden Menschen erblickte man kräftige Gestalten, die Weiber waren von schönem Wuchs.

Wir nahmen an jedem Tag ein größeres Floß mit und bugsierten es im Schlepptau zum Dampfer. Die Neger hatten die Aufgabe, große Mahagonistämme zu fällen, sie zum Flusse zu transportieren und zu Flößen zu vereinigen. Wir lagen 42 Tage in Muniriver. Manche Bäume waren so stark, daß drei Mann sie nicht umspannen konnten. Während des Tages wurden die Stämme an Bord übergenommen und im Schiffsraum verstaut. Es war eine schöne Zeit. Häufig sind wir in den Urwald eingedrungen und haben manches Stück Wild erlegt. Der Agent und ein Missionar teilten mir mit, daß 50 Meilen weiter den Fluß hinauf noch Kannibalenstämme leben.

Während der Anwesenheit des Dampfers wurden in der Zwischenzeit die Flöße fertiggestellt, so daß wir nicht lange zu warten brauchten. Wir nahmen eine volle Ladung Mahagonistämme, für London bestimmt, ein.

Auf der Rückreise lief die „Kennington" die Insel Las Palmas an, um Bunkerkohlen einzunehmen. In London [illegible] das Westindiadock, wo die Stämme gelöscht und eine neue Ladung Stückgüter für die Westküste von Afrika eingenommen wurde. Diese Tour habe ich fünfmal mitgemacht. Auf der letzten Reise wurde ich an der Goldküste ernstlich vom Fieber mitgenommen. Deshalb beschloß ich, diese Fahrt aufzugeben. Nach England zurückgekehrt, hatte ich lange Zeit zu tun, bevor das Fieber gänzlich verschwunden war. — —

Wissenschaft.

Ein neuentdeckter Sinn. Der größte Teil der physiologischen Arbeit des 19. Jahrhunderts war der Erforschung der menschlichen Sinne gewidmet, und man fügte den bis dahin bekannten fünf Sinnen noch eine ganze Anzahl weiterer hinzu: den Gewichtssinn, den Temperatur- und Schmerzsinn, den statischen Sinn, den Muskel-, Sehnen- und Gelenksinn und den allgemeinen Sinn, der die Organempfindungen, wie Hunger, Durst, Sättigung dem Bewußtsein übermittelt. Man glaubte aber um die Jahrhundertwende, nunmehr alle menschlichen Sinne entdeckt zu haben. Dies ist aber nicht der Fall, denn auf dem diesjährigen Psychologenkongreß hat der Rostocker Professor Katz über einen neuen von ihm entdeckten Sinn Mitteilungen gemacht, über den Theo Ponte in der Frankfurter Wochenschrift „Die Umschau" berichtet. Der neue Sinn, der Vibrationssinn, ist ein besonderer Teil des Tastsinns und älter als der ehemals zum Tastsinn gehörige Drucksinn. Auch der Gehörsinn geht entwicklungsgeschichtlich auf den Vibrationssinn zurück. Die enge Verwandtschaft der vibratorischen und akustischen Eindrücke läßt sich an einem von Professor Katz konstruierten, lautlos arbeitenden Vibrator feststellen. Dabei werden die kleinsten Teile eines Holzwürfels in Schwingungen versetzt, und wer den Würfel mit den Fingern berührt, hat den Eindruck, mit den Fingern zu hören. Dies ist auch bei Tauben der Fall, und durch den neuentdeckten Sinn erklärt sich die Erscheinung, daß manche Tauben Musik „hören" können. Als Aufnahmeorgan bezeichnen diese Gehörlosen den Rücken, und anscheinend ist der Vibrationssinn bei Tauben in der Rückengegend besonders ausgebildet. Die Vibrationsnerven leiten die Erregung zum Gehörnerv, und hier erfolgt dann die Weitererregung des akustischen Zentrums. Die „erschütternde" Nebenwirkung, die wir bei mancher Musik empfinden, ist ebenfalls auf den Zusammenhang zwischen Gehör- und Vibrationssinn zurückzuführen. Sehr wichtig ist dieser neue Sinn bei der Materialbeurteilung. Berührt man eine lange Holzstange an dem einen Ende mit verschiedenen Gegenständen, wie Glas, Filz, Eisen, Gummi, so kann man an dem andern Ende durch Berührung mit der Hand vielfach rein vibratorisch die verschiedenen Körper nach dem Material unterscheiden. Schließlich ist noch eine Bedeutung des Vibrationssinns als Fernsinn erkannt worden. Manche Tauben können bei Einstellung der Beine die Richtung einer Erschütterung feststellen, die durch einen Schlag auf den Boden hervorgerufen wird. Ein Gehörloser gab die absolute Entfernung des Ausgangspunktes einer Erschütterung an, wenn er beide Zeigefinger auf einen großen Tisch hielt. Diese Erscheinung läßt sich mit ähnlichen Verhältnissen beim Hören vergleichen. Während es uns bei geschlossenen Augen unmöglich ist, die Richtung des Schalles anzugeben, wenn der Schallerreger in gerader Linie vor und hinter uns liegt, läßt sich die Richtung des Schalles erkennen, wenn die Schallquelle von dieser Linie nach links oder rechts verlegt wird. Dann erreichen die Schallwellen das eine Ohr etwas später und mit geringerer Stärke, und wir verbinden dies Verhältnis von Schallstärke und Zeitfolge mit räumlichen Gesichtsempfindungen. —

Kulturgeschichtliches.

Ein restaurierter „Totentanz". Dem mittelalterlichen Menschen, der in der Gemeinschaft der Sippe herkömmlich gebunden lebte, war der persönliche Tod noch kein schreckhaftes Einzelschicksal. Erst mit der Zersetzung seiner Wirtschaft, mit dem Erwachen zum Einzelsein ward ihm das Abscheiden aus diesem Dasein zu furchtbarer Bedrohung. Er tröstete sich damit, daß der Tod auch die Menschen nicht verschonte, die weit mehr als die Masse der Menschen aus dem gesellschaftlichen Zusammenhang herausgehoben sind, daß er auch zum Kaiser und König, zum Papst und Bischof kommt. Diesen Gedanken drücken die „Totentänze" aus, die seit dem 14. Jahrhundert auf Kirchhofsmauern und Kirchenwänden gemalt sind. Der Tod, noch nicht als der gespenstische, grinsende Knochenmann dargestellt, sondern als [illegible], gleichgültiges Leichenwesen, führt weltliche und geistliche Würdenträger ebenso wie den [illegible], den Bauern und den Bürger in leichtem Tanzschritt fort aus dieser Welt. Mit rhythmischem Schritte ging man einst zu [illegible] Worten. Von solchen Bilderreihen ist durch ein Holzschnittbuch besonders der „Tod von Basel" bekannt geworden, ein Totentanz, der nach einem Kleinbasler Vorbild etwa um die Mitte des 15. Jahrhunderts auf die Kirchhofsmauer des Dominikanerklosters in Basel gemalt wurde. In diesem Jahre ist nun auch in der Marienkirche zu Berlin ein „Totentanz"-Gemälde wiederhergestellt worden, das etwa um 1470 entstanden ist, das man aber in der Mitte des gänzlich unhistorisch denkenden 18. Jahrhunderts pietätlos übertüncht hatte. Bereits [illegible] wurde es unter der Uebertünchung entdeckt und in den [illegible] Jahren nach dem Vorbild eines Lübecker Totentanzes restauriert. Die ungünstige Lage im unbelüfteten und unbeheizten Turmbau hat schon im Anfang unsers Jahrhunderts und jetzt wieder eine neue Auffrischung notwendig gemacht, die von Professor [illegible] durchgeführt worden ist. Man hat den alten Farbresten nachgeforscht und modernste Farbentechnik angewandt, um möglichst den ursprünglichen Zustand wiederherzustellen. Die unter den Bildern stehenden Texte sind nur schwer zu entziffern. Dabei lehren sie des Interessanten genug. Unter den geistlichen Berufen findet sich auch der Arzt, der an seiner Kunst verzweifelt. Den Harn, den er im Glas untersucht, findet er so „uthermaten quad" (außerordentlich schlecht), daß er nach der Apotheke schicken möchte, um eine Arznei zu holen. Die Apotheken waren ja damals eine ganz neue Einrichtung, von der man mehr erwartete als von den Aerzten. Zur Rechten des Kruzifixes fehlt natürlich der „Wucherer" nicht, gleichsam der Bankier jener Zeit, denn damals ward ja jedes Geldverleihen als Wucher angesehen. Das Bäuerlein will sogar den Tod durch eine „vette Ko" (fette Kuh) bestechen. So liefert dieser „Totentanz" auch beachtlichen Stoff zur Kulturgeschichte seiner Entstehungszeit. —

Naturwissenschaft.

Wie ich zu einem „Karnickel" kam. Nachstehendes kleines Erlebnis, schreibt der zoologische Präparator E. Uhlendorf in Magdeburg, wird den verehrten Leser stark nach Münchhausen anmuten, und dennoch beruht es auf Wahrheit. „Der Abendhimmel ist voller Sterne, morgen wird ein schöner Spätherbsttag anbrechen, den du am besten in freier Natur verbringst," so sagte ich zu mir selbst. Mit grauendem Morgen schwang ich mich aufs Rad und war bald bei meinem Freunde, dem Förster. Der Tag hielt, was ich von ihm erwartet hatte. Die Sonne meinte es gut wie im Sommer, und gemütlich setzten wir uns an den Rand eines Abhangs, um in Ruhe unsre Pfeifen zu rauchen und die Natur zu belauschen. Da sehe ich rechts von uns in einem großen Kaninchenbau etwas braunes verschwinden. Es ist ein Iltis, der sich sein Frühstück erjagen will. Wie bei einem Schokoladenautomaten prompt nach Einwurf des Geldstücks die Ware herausfällt, so kamen hier gleich nach Einschliefen des braunen Räubers die Kaninchen aus dem Bau. Einige verließen wie ein geölter Blitz in langen Sätzen die Röhre, andere wieder saßen erst eine Weile schreckerstarrt vor dem Bau, um dann das Weite zu suchen. Interessiert schauten wir beide dem Schauspiel zu. Endlich schien der Bau leer zu sein. Wo aber war der Iltis? Hatte er seine Beute erwischt und labte er sich jetzt am warmen Blute seines Opfers? So mochte etwa eine Stunde vergangen sein. Da auf einmal sehe ich etwas durch die Büsche huschen. „Der Iltis!" Der Bursche ist gar nicht ängstlich. Frech kommt er auf uns zu und verschwindet ganz in unsrer Nähe in einem Loche. Hier blieb erst alles still. Dann stampfen und poltern! Er verfolgt ein Kaninchen! Dann ein lautes Klagen ganz in unsrer Nähe. Wir springen auf, und kurz entschlossen greife ich tief in die Röhre, aus der das Klagen kommt. Ich fühle etwas Weiches und ziehe es vor. Es ist ein lebendes Kaninchen und an der einen Hinterkeule hängt der Iltis. Ehe ich ihn jedoch fassen kann, ist er im Bau verschwunden. Ich halte nun das Kaninchen an den Hinterbeinen und schiebe es in die Röhre. Nochmal beißt sich der Iltis fest, läßt aber beim Hervorziehen des Kaninchens los. Weitere Versuche, ihn auf diese Art zu erwischen, waren vergeblich. Er hatte die Gefahr erkannt. — „Nu! Der Bursche geht ja besser als manches Frettchen und man spart Geld und Futterkosten," sagte lachend mein Freund. —

Das kleinste Insekt. Ein winziges Tierchen, wohl das kleinste aller Insekten, ist als ein großer Nützling erkannt worden. Es ist dies die Schlupfwespe, deren Wichtigkeit als Mitkämpfer gegen die Schädlinge der Land- und Forstwirtschaft Professor Hase entdeckt hat. Im Sommer [illegible] wurden die Gemüsekulturen in der Umgegend von Berlin, auch die der biologischen Reichsanstalt in Dahlem, von den Kohl- und [illegible] sehr stark heimgesucht, und dazu kam auch noch die Kohleule, die massenweise Eier ablegte. Trotzdem kam es zu keinem vollständigen Kahlfraß. Professor Hase stellte fest, daß die Mehrzahl der Eier von der Schlupfwespe angestochen wurde, worauf sie zugrunde gingen. Er hat sich daher eingehend mit diesem winzigen Feinde der Kohlschädlinge beschäftigt und seine Lebensgeschichte eingehend dargestellt. Die Schlupfwespe erreicht in ihren „Großformen" eine Länge von 0,9 Millimeter; die „Kleinformen" messen aber nur 0,3 Millimeter; sie sind also wesentlich kleiner als die Infusorien, und [illegible] die Pantoffeltierchen können sich mit ihnen an Winzigkeit messen. Noch klarer erkennt man die Kleinheit des Insekts, wenn man ihr Gewicht mit dem einer Stubenfliege vergleicht. [illegible] wiegt, wenn sie frisch ausgeschlüpft ist, [illegible] Milligramm, während eine frisch geschlüpfte Stubenfliege [illegible] Milligramm schwer ist. Also erst [illegible] Schlupfwespen wiegen so viel wie eine Stubenfliege. Die Eier des Tierchens besitzen durchschnittlich eine Länge von 0,1 Millimeter und eine Breite von [illegible] Millimeter. Ein [illegible] hat den [illegible] Umfang, und doch genügt die Versenkung dieses winzigen Schmarotzereies, um das Ei des Wirtes in fast allen Fällen zu vernichten. Dazu kommt, daß die kleine Schlupfwespe in ihrer Wirtswahl fast unbeschränkt ist. Eier der verschiedensten Insekten, die von Hase den Wespen zur Eiablage angeboten wurden, dienten ihr